

Pandemisches Zeitalter

Ausgabe Nr. 63, 12. April 2022



Mutanten mit griechischen Namen, Menschen, die sich boostern lassen, andere, die querdenken und Angst vor Zwangschippungen per Kanüle haben. Inzidenzen, Lockdown, Impfquote. Die Pandemie hat jede Menge eigenwillige Begrifflichkeiten hervorgebracht, die wir zwischenzeitlich wie selbstverständlich verwenden. Andere Begriffe scheinen indes an Bedeutung eingebüßt, oder gar in ihr Gegenteil verkehrt worden zu sein. Als selbsttitulierte Kämpfer:innen für die „Freiheit“ marschieren Nazis gemeinsam mit Esoteriker:innen, während Solidarität nochmals stärker als zuvor eine Solidarität unter Konditionen, eine Solidarität der Privilegierten zu sein scheint. Der Umgang der Politik mit den pandemischen Herausforderungen nährt ein gesellschaftliches Klima, das auf Konkurrenz, Rassismus und Sozialchauvinismus beruht und das Leben und die ach so hoch gehandelte „Freiheit“ einiger über die von anderen, oft marginalisierten Menschen stellt. Die Gesellschaft, so stellen einige Beobachter:innen alarmiert fest, polarisiere sich zunehmend. Andere schreiben der gegenwärtigen Pandemie eine Kristallisationsfunktion zu: Die Krise sei schon dagewesen, da systemimmanent; Corona hebe dies nur nochmal deutlich hervor.

Tatsächlich ist die Pandemie eine weitere Krise im und vor allem eine Krise *des* Kapitalismus. Kapitalistische Produktionsweisen, ökologischer Raubbau wie Massentierhaltung oder das Vorrücken in natürliche Lebensräume, globalisierte Warenströme, Produktion von Armut und gesundheitliche Unterversorgung sind nur einige Faktoren, die den Nährboden für Pandemien bilden. Tatsächlich sind virale Erkrankungen eine ständige Gefahr – unsere Lebensweise führt aber zusätzlich dazu, dass diese Gefahr unkontrollierbar wird. Ebenso wie die Klimakrise wird das Pandemische Zeitalter Realität bleiben, vor allem in einer Gesellschaft, die dem Primat der Ökonomie folgt, statt nach sozialen Lösungen zu suchen.

Auch wenn es scheint, dass die Pandemie auf ihr Ende zugeht, wird sie, und werden ihre Nachwirkungen uns noch lange begleiten. Während täglich noch immer hunderte Menschen an Covid sterben, werden vielerorts sämtliche Maßnahmen zum Schutz vor Infektion beendet. Immer sichtbarer wird eine tiefe Krise der Humanität. Die individuelle Freiheit, vor allem aber die Freiheit des Marktes, darf durch das bisschen Sterben nicht mehr eingeschränkt sein.

Zahlreiche Publikationen erschienen in letzter Zeit zum Thema, die das dynamische Geschehen zu fassen suchen. Wir fragen uns: Welche Anforderungen stellt das Pandemische Zeitalter an unser Leben und insbesondere an unser politisches Arbeiten? Wie zeigt sich die Krise für verschiedene soziale Klassen und wie werden gesellschaftliche Widersprüche durch die Pandemie verschärft? Wer profitiert? Welche theoretischen oder gar praktischen Strategien werden als Ausweg aus der Krise diskutiert? Wie müssen sich linke soziale Bewegungen aufstellen, um herzustellen, was am meisten fehlt: Wirkliche Solidarität.

In der nächsten Ausgabe #64 im Sommer 2022 beschäftigen wir uns mit einem Thema, dessen akute Dringlichkeit sich im Krieg Russlands gegen die Ukraine aufdrängt: Die Militarisierung der Welt. Wir wollen uns dabei vor allem die Geschichte und Rolle der Nato ansehen und unter anderem ausloten, wie es dazu kommt, dass ein gigantisches Militärbündnis das Image des weltweiten Friedensstifters inne hat.

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Die alltägliche politische Praxis neu denken und erfinden“



Interview mit Viola Carofalo und Maurizio Coppola von Potere al Popolo

Über die politische Bewältigung der Corona-Krise in Italien und darüber, wie kollektive Nachbarschaftshilfe Ort und Moment der Politisierung sein kann.

Leben im pandemischen Zeitalter in Italien. Zum Einstieg unseres Gesprächs geht es gleich ans Eingemachte: Wie wirkt sich die Corona-Krise auf politische Organisation und Artikulation aus?

Maurizio: In Italien gab es in der Anfangszeit der Pandemie einen massiven Lockdown. Kollektive Momente waren zeitweise völlig untersagt – und auch nicht gewünscht, selbst von den linken Organisationen, weil die Ungewissheit bezüglich des Virus insgesamt sehr groß war. Sie haben sich daher etwas zurückgezogen und all die virtuellen Formen der kollektiven Organisation ausprobiert. Was wir dann festgestellt haben – und da spreche ich vor allem von Neapel, es ist aber ein Spiegelbild für ganz Italien – ist die Tatsache, dass viele politische Organisationen ihren Handlungsspielraum nicht mehr richtig gefunden haben. Viele politische Aktivitäten fanden vor der Pandemie auf der Straße statt: Kundgebungen, öffentliche Veranstaltungen, Diskussionen, die Nutzung kollektiver Räume und so weiter. Es kam bei vielen zu einer Form der Identitätskrise, der Frage: Wie können wir überhaupt arbeiten?

Viola: Die pandemische Krise – die eine gesundheitliche Krise war, aber natürlich auch eine ökonomische und soziale Krise – sowie ihre restriktiven Begleiterscheinungen, haben uns in eine paradoxe Situation gebracht. Auf der einen Seite wurden alle Widersprüche, die dem neoliberalen Kapitalismus dieser Phase innewohnen, genährt und hätten auch Konflikte, Organisation und Kämpfe provozieren können. Trotz sich objektiv verschlimmernden Lebensbedingungen und wachsender sozialer Ungleichheiten sahen wir jedoch, dass es aus subjektiven Gründen weder Möglichkeiten gab, Kämpfe effektiv zu führen, noch die Debatte rund um die Pandemie in eine Klassenperspektive umzuorientieren.

Warum war das so?

Viola: Zuerst einmal, weil die Protagonist:innen in der Debatte die Ebenen vermischten: Die eine Ebene ist die legitime Kritik der autoritären Maßnahmen gegen die Pandemie. Wir haben uns ja mittlerweile schon daran gewöhnt, aufgespürt zu werden, immer einen Ausweis vorlegen zu müssen, passiv und diszipliniert zu sein gegenüber Maßnahmen, die unseren Lebensstil beeinflussen und verändern. Diese Kritiken wurden aber oft vermischt, sowohl in der medialen Debatte wie auch in den sozialen Protesten, mit verschwörungstheoretischen oder interklassistischen Weltanschauungen (interklassistisch meint in diesem Kontext ein politisches und soziales Konzept, das im Gegensatz zum Klassenbegriff die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Klassen und die Versöhnung und Harmonie der gegensätzlichen Klasseninteressen bejaht und in der Praxis fördert, Anm. Red.). Eine weitere Erschwernis war mit der sozialen Zusammensetzung der Proteste verbunden: Vor allem in der ersten Phase hatten Kleinladenbesitzer:innen, Kleinunternehmer:innen und so weiter die Hegemonie.

Maurizio: Italien hat eine Ökonomie, die stark auf sehr kleinen, kleinen und mittleren Betrieben basiert. In Süditalien sind diese stark mit der Tourismusbranche verbunden. Mit dem Einbruch des Tourismus sind dann eben auch ganze Bed&Breakfast-Strukturen-, Restaurants und sonstige Läden eingegangen. Diese Ladenbesitzer:innen gingen dann auch auf die Straße, hatten aber stark

korporatistische und zum Teil auch wirklich rechte Forderungen. Diese Leute sind wohl von ihrem Einkommen abhängig, aber auf einem viel höheren Niveau. Sie konnten während vorheriger Expansionsphasen des Tourismus auch Reichtum anhäufen, einen Lebensstandard erreichen, der viel höher ist als der von anderen aus der Arbeiter:innenklasse. Sie haben dann versucht, auch ihre Angestellten bei den Protesten zu involvieren. Barbetriebe haben etwa protestiert: Wir können jetzt den Arbeitsplatz der Barista nicht garantieren! Aber wenn man dann genauer hinschaute, hat sich der Reichtum dieser Barbesitzer:innen auch deshalb angehäuft, weil eben die Barista zuvor zu drei, vier Euro pro Stunde ohne Vertrag angestellt wurde. Solche Widersprüche kamen dann auf.

Viola: Die Forderungen waren in keiner Weise als progressiv zu bezeichnen. Die Kategorie der Ausbeutung und der irregulären Arbeit, die in diesen arbeitsintensiven Sektoren wie Hotellerie, Gastronomie, Tourismus dominieren, tauchte in ihrer Rhetorik und den Forderungen gar nicht auf. Es ging also nie darum, sichere und stabilere Arbeit mit mehr sozialen Garantien zu fordern. Ihre Forderungen waren vielmehr: möglichst schnell die Aktivitäten wieder öffnen oder Unterstützungsleistungen erhalten, aber nicht für die Arbeiter:innen, sondern nur für die Unternehmen.

Maurizio: Es war spannend, wie die Linken sich in diesen Widersprüchen bewegt haben. Für uns als *Potere al Popolo* war es klar: Wir müssen irgendwie dabei sein. Wir müssen unsere Forderungen, die wirkliche Forderungen der Arbeiter:innen sind, lautstark platzieren. Aber es war auch schwierig, weil die rechten Forderungen in den Protesten so präsent waren.

Eine Besonderheit, die ich im bundesdeutschen Kontext wahrgenommen habe, war eine Art Starre oder auch Abwehrhaltung, mit den aktuellen Entwicklungen einen Umgang zu finden. Etwa mit der Frage nach der richtigen Kritik an den staatlichen Maßnahmen. Wie liefen bei euch Diskussionen mit Genossinnen und Genossen ab?

Maurizio: Ganz zu Beginn der Pandemie war vieles stark geprägt durch die Diskussion um den Philosophen Giorgio Agamben, der in einem Editorial geschrieben hat, alles, was jetzt gemacht würde, diene einfach nur der totalen Überwachung durch den Staat.

Viola: Ja. In dieser Debatte fand die strukturelle Ebene unseres Gesellschaftssystems, sprich die ökonomische Basis, keinen Platz. Agamben geht ja zunächst von wichtigen Fragen aus, nämlich: Haben die Regierungen bewusst von der Pandemie profitiert, um einen Ausnahmezustand auszurufen, der ihre Macht über jeglichen Grenzen hinaus stärkt? Oder haben sie keine andere Wahl als den Ausnahmezustand gehabt? Das ist legitim, denn es wäre falsch, die langfristigen Konsequenzen der Regierungsmaßnahmen zu vernachlässigen. Was aber meiner Meinung nach bei diesem Ansatz fehlt, ist die strukturelle bzw. ökonomische Ebene: Die logische Schlussfolgerung von Agambens Überlegung war, dass die Pandemie der mittleren und Großbourgeoisie gelegen kam oder sogar notwendig war. Zugespißt ausgedrückt: Der neoliberale Kapitalismus hätte diese Pandemie und die Weiterführung der Eindämmungsmaßnahmen gewollt. Ich bin jedoch der Meinung, dass der Druck der Arbeitgeberverbände wie der *Confindustria* in Italien für die Wiedereröffnung möglichst breiter Teile der Produktionssphäre oder der Versuch, die Definition der „lebensnotwendigen“ ökonomischen Aktivitäten auszuweiten, in eine andere Richtung geht als die von Agamben skizzierte. Natürlich, in einer Krise – so auch in dieser pandemischen Krise – gibt es immer Menschen, die sich bereichern und andere, die ärmer werden. Es stimmt auch, dass gerade in einem Land wie Italien mit einer Produktionsstruktur, die von kleinen und mittelständischen Unternehmen dominiert ist, das Kapital möglichst schnell die Aktivitäten wieder aufnehmen wollte. Natürlich war das Kapital damit einverstanden, dass die Menschen auf der Straße Masken tragen mussten; weniger ok war es aber, wenn diese Maßnahmen der Regierungen Auswirkungen auf die Profitgenerierung hatten.

Maurizio: Die Diskussion drehte sich auch darum, wie man eigentlich diese Kritik artikuliert und darüber, wie wichtig es ist, auch immer den sozialen Aspekt mit einzubringen. Ich finde es zum Beispiel legitim, der Meinung zu sein, wir dürfen keinen Impfwang haben; aber gleichzeitig

müssen dann auch Vorschläge gemacht werden, was eine Alternative wäre. Eine Gesellschaft, die sehr komplex ist, die braucht gewisse Regeln, die alle einhalten müssen. Vor allem um die schwächeren Gesellschaftsgruppen zu schützen. Also nicht nur ökonomisch schwächer; sondern generell all jene, die dem Virus stärker ausgesetzt sind. Wenn wir uns etwa Quartiere anschauen, in denen die Leute sehr eng aufeinander leben, da müssen Regeln und Maßnahmen getroffen werden. Und die müssen auch staatlich verordnet werden, um die Leute nicht in eine gravierende Lebensgefahr zu bringen.

Viola: Die Deformierung der Debatte hat sowohl im Kleinen wie im Großen mit der Vernachlässigung der Klassenperspektive zu tun. In den Straßenprotesten wurde wenig über diejenigen gesprochen, die tatsächlich die Kosten der Pandemie tragen mussten – also nicht die Kleinunternehmer:innen, sondern die Arbeiter:innen, vor allem die prekären und Alleinernährer:innen-Familien. Dasselbe geschieht auch in Debatten abseits des Mainstreams, wenn ausschließlich auf die autoritäre Dimension fokussiert und die produktive, ökonomische Dimension vernachlässigt wird. Die Maßnahmen der Regierungen wurden nur als Möglichkeit interpretiert, die repressiven Politiken des Staates zu stärken und nicht auch als potenzieller Schaden für das Produktionssystem. Dieser Aspekt darf nicht weggelassen werden, wenn man die Komplexität der Situation verstehen möchte. Die Instrumente, die von den Regierungen je nach Gesellschaftsbereich mal stärker – in der Freizeit der Menschen –, mal weniger rigide – in der Produktion – angewendet wurden, sind daher ambivalent: Sie gingen in Richtung Individualisierung der Verantwortung (stiegen die Fallzahlen, war das dem individuellen Handeln geschuldet) und nicht in die Richtung, die Komplexität des gesellschaftlichen Lebens als Ganzes miteinzubeziehen. Dieses Fehlen der Klassenperspektive ist mit dem Mangel an Organisierung von Gruppen und Intellektuellen verbunden, die Debatte und die soziale Praxis in eine Richtung zu lenken.

Maurizio: Es ist nicht zuletzt eine völlig absurde Sache, dass man hier das Gefühl hat, Demokratie bedeute, es müssten 10.000 Meinungen zusammenkommen, eine verschiedener als die andere. Der Überzeugung zu sein, je mehr Meinungen wir ausbreiten, im TV, in den Talkshows, desto mehr können wir uns eine eigene Meinung bilden. Eigentlich eliminiert das unsere Möglichkeit, überhaupt Instrumente für ein Verständnis zu entwickeln. Etwa bei den Protesten: Wir können schon gegen den Green Pass (der italienische Impfausweis, Anm. Red.) sein, einfach so, aber das gibt uns keine Perspektive, keine Instrumente, zu überlegen, *wofür* wir dann sein müssen. Damit meine ich, auch wirklich Bewusstsein zu schaffen, dass die Gesellschaft anders organisiert werden muss. Darum sind die Green-Pass-Gegner:innen dann auch einfach verschwunden, weil die Realität sie sozusagen eingeholt hat. Es war auch nicht in ihrem Sinn, eine längerfristige politische Organisierung zu haben. Die simple Kritik von Green Pass, die gibt nichts her. Aber die Sache hat große Spaltungen auch innerhalb der Linken produziert. Wir von *Potere al Popolo* haben den Green Pass als ungenügendes Instrument kritisiert, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen. Aber die anderen haben einfach den Green Pass als absolute Maßnahme der totalen Kontrolle kritisiert. Das ist ein Unterschied.

Das war auch in Deutschland zu spüren. Aber welche positiven Perspektiven auf Zusammenleben, auf Solidarität, auf Kollektivität und verbindende Kämpfe in der Gesellschaft insgesamt lassen sich eurer Ansicht nach ausmachen?

Maurizio: Der große Vorteil einer politischen Organisierung wie unserer, die auch eine strategische Debatte führt und eine längerfristige strategische Perspektive hat, ist: Man kann viel schneller auch auf interne Krisenmomente, etwa den Wegfall des altbekannten politischen Alltagslebens, reagieren. Als Kollektiv *Ex OPG Je So' Pazzo*, aber auch als Partei *Potere al Popolo*, haben wir immer schon den Fokus gehabt, inmitten der sozialen Auseinandersetzungen zu sein. Das Ex OPG ist ein altes Gebäude – ein früherer Psychiatrie-Knast – im Stadtzentrum Neapels. Dort wurde auch *Potere al Popolo* gegründet. Es wurde 2015 besetzt mit der Perspektive, eben nicht nur für das politische Kollektiv, das besetzt hat, einen Raum zu schaffen, sondern von Anfang an zu versuchen, die Bedürfnisse, Probleme und Widersprüche der Nachbarschaft einzufangen und mit

den Bewohnerinnen und Bewohnern dann auch wirklich gemeinsam Projekte zu entwickeln und nach Antworten zu suchen. Zwischen 2015 bis zur Pandemie ist das Kollektiv daher massiv gewachsen. Zentral ist, dass nicht nur ein harter Kern der politischen Aktivist:innen das Überleben der Organisation ausmachen, sondern ein viel breiterer Kreis von Menschen. So entwickelt sich eine dialektische Art des politischen Aktivismus; im Sinne dass man eben nicht nur einfach überzeugte Kommunistin und Kommunist sein muss, um politisch aktiv zu sein, sondern jede Person hat eine nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung, hat einen bestimmten familiären und sozialen Kontext, in der sie handeln kann. Wenn eine Person nur eine Stunde pro Woche Zeit hat, um für das Kollektiv etwas beizutragen, wie kann man diese Stunde nutzen? Man muss diese Möglichkeiten potenzieren, indem man sagt, okay, du musst nicht fünfmal die Woche, drei Stunden jeden Abend zu einer Sitzung kommen, wo wir über die Notwendigkeit der Revolution sprechen. Sondern es gilt, damit einen Umgang zu finden, dass wir nicht nur Hardcore-Kommunist:innen organisieren, sondern die arbeitende Klasse. In der Anfangszeit der Pandemie war klar: Unsere Besetzung konnte nicht mehr Ort der Zusammenkunft wie zuvor sein. Wir konnten nicht mehr diese 40 Aktivitäten wöchentlich machen, von Sprachkursen über Sportangebote und so weiter. Gleichzeitig wussten wir: Die Menschen sind total marginalisiert, der Sozialstaat gibt keine Antworten auf die Probleme, die jetzt durch die Pandemie verursacht werden; vor allem Jobverlust und damit zusammenhängend Einkommensverlust, der nicht oder nicht unmittelbar über sozialstaatliche Leistungen gedeckt wird. Familien haben gesagt: Wir wissen nicht, wie wir das Essen auf den Tisch bringen, die Teller gefüllt bekommen sollen. Wir begannen also gemeinsam mit der Nachbarschaft, die Essensabgabestelle *Sanacore* aufzubauen und Nahrungsmittel – Grundnahrungsmittel wie Pasta, Reis, Öl, Bohnen, Linsen und so weiter – zu verteilen. Viele Menschen, auch viele Jüngere, die nicht krass aktiv waren vor der Pandemie, haben sich zusätzlich aktiviert – auch *über* die Pandemie. Weil wir einen Kontext schaffen konnten, der Partizipation und Politisierung ermöglicht hat. Das hält an. Der Sozialstaat hat trotz zwei Jahren Pandemiegeschehen keine längerfristigen Strukturen als Antwort auf die Prekarisierung der Menschen geschaffen. Und darum geht jetzt auch die Nahrungsmittelversorgung weiter, an rund 100 Familien vor allem im Stadtzentrum von Neapel.

Viola: Ein Teil der radikalen Linken und der sozialen Bewegungen sah in dieser Tragödie die Möglichkeit, neue Formen der kollektiven Bindungen, Vernetzungen und Solidarität zu denken. Also das Thema der sozialen Ungleichheiten und die Unzugänglichkeit der öffentlichen, sozialen Dienste in den Vordergrund zu stellen. Gerade das Bildungs- und das Gesundheitssystem war in den Jahren zuvor mit neoliberaler Politik abgebaut worden. Aber diese Perspektiven und Hoffnungen ließen sich leider nicht realisieren.

Welche sozial-politischen Entwicklungen sind es, mit denen ihr während der Pandemiezeit besonders zu kämpfen hattet und habt?

Maurizio: Die Einsicht, dass die Ansage der Regierung, alle nicht lebensnotwendigen gesellschaftlichen Bereiche zu schließen, keinesfalls der Realität entsprach. Da waren zahlreiche Fabriken, die weitergelaufen sind und Arbeiter:innen, die keine Schutzmaßnahmen bekommen haben; keine Masken, keine Handschuhe und auch keine Prävention. Es geht ja nicht nur darum, unmittelbar Instrumente bereitzustellen, um den Arbeitsprozess zu garantieren, sondern auch ein Bewusstsein zu entwickeln, was es eigentlich heißt, in einer Pandemie-Situation zu arbeiten – was den Interessen der Arbeitenden dient und was dem Kapital. Es gab Arbeiter:innen, die dann protestiert haben: „Das kann doch nicht sein, dass wir weiterhin jeden Tag in überfüllten öffentlichen Transportmitteln zur Fabrik fahren und dort auch wieder eine neben der anderen im Produktionsprozess arbeiten müssen. Eigentlich müssten wir diese Produktion stoppen und der Staat müsste uns das Einkommen garantieren!“ Dann ist da der Care Sektor, der vor allem von migrantischen Frauen aus Osteuropa – in Neapel aber im Besonderen aus Sri Lanka – garantiert wird. Dort waren auch Menschen, die ihre Stelle verloren haben. Der Staat hat zwar reagiert und im August 2020 ein Regulierungsprogramm eingeführt. Aber das hat überhaupt nicht funktioniert, weil es ihnen um Krisenüberbrückung und nicht um die tatsächliche Sicherstellung von Rechten

und Aufenthaltsbewilligungen ging. Ähnlich bei den Saisonarbeiter:innen. In der Linken kam die Frage auf: Wie können wir dort Kämpfe organisieren für die Garantie von sicheren Arbeitsbedingungen für Migrant:innen? Wie kann den Migrant:innen ein sicherer Wohnraum garantiert werden, etwa in der Landwirtschaft, in dem sie auch vor der Pandemie geschützt sind? Von der Politik kam darauf keine Antwort, aber von unten gab es dann diese Debatten für Organisationsprozesse. Das kommt jetzt auch wieder auf, mit dem Krieg. Mit ihm haben sich die ganzen Migrationsströme von Osteuropa nach Zentraleuropa verändert. Mit den ersten landwirtschaftlichen Produkten, die jetzt im Frühling in die Supermärkte kommen sollen, wie zum Beispiel dem Spargel, wird das sichtbar: Da haben wir jetzt auf einmal keine Arbeitskräfte mehr aus der Ukraine! Italien versucht jetzt, diese Arbeitskräfte anderweitig zu rekrutieren; zum Beispiel – ich glaube, von Österreich und auch Deutschland – werden Leute aus Nepal angeworben. Eine völlig absurde Sache: Staat und Kapital versuchen, neue Formen von Prekarisierung zu generieren, um die tiefgründige Krisensituation des Kapitals zu überwinden. Das zeigte sich sowohl während der Hochphase der Pandemiezeit wie auch jetzt.

Viola: Dazu passt, dass aktuell die Pandemie aus der öffentlichen Debatte eliminiert wird. Der Krieg hat die Pandemie ersetzt, auch weil die Berichterstattung immer sensationslüstern ist. Ich glaube aber nicht, dass diese Entwicklung einzig damit zu tun hat, dass Kriegsnews mehr Aufsehen erregen. Vielmehr wurde von einem ökonomischen und politischen Standpunkt aus gesehen eine Entscheidung getroffen: Es darf nicht mehr von der Pandemie gesprochen werden, weil nun die Produktions- und Verwertungsprozesse wieder in Fahrt kommen müssen und darum die Maßnahmen auch abgeschafft werden dürfen.

Maurizio: Man sieht aber auch, dass diese Krisenmomente sehr stark umkämpft sind. Es gibt Möglichkeiten, Forderungen zu formulieren und Kämpfe zu organisieren, etwa um stabilere Aufenthaltsbewilligungen und um bessere Arbeitsbedingungen.

Kann man von einer Zeitenwende sprechen, insofern nämlich, dass die Pandemie nicht nur für einen Ausnahmezustand steht, sondern für eine andauernde Krise mit unterschiedlichen Konjunkturen?

Maurizio: Das kann man gut in der politischen Praxis beobachten. Nach ziemlichem Hin- und Her seit den Wahlen 2018 haben wir jetzt eine „Regierung der nationalen Einheit“ mit Mario Draghi. Er ist so ein bisschen der Praktiker des *Quantitative Easing*, also der Verteilung des Geldes der Nationalbank an die Unternehmen, um das Wirtschaftswachstum in dieser Krisensituation nicht zu blockieren. Draghi wird noch bis 2023 Premierminister sein. Er ist totaler Ausdruck einer europäistischen, nordatlantischen Allianz. In diesem politischen institutionellen Setting bewegt sich aber auch unten sehr viel: Die Gewerkschaften haben eine bestimmte Rolle, die Basisgewerkschaften, die etwas in Opposition stehen zu den traditionellen Gewerkschaften, und linke Organisationen. Wir versuchen in diesem Kontext diese Widersprüche zu erklären, also, dass wir eine Krise erleben, die immer wieder einen anderen Ausdruck, eine neue Dynamik bekommt. Das sehen wir aktuell gleich an mehreren Punkten. Der „Kampf gegen das Virus“ – und jetzt der Krieg. Wie erleben eine Phase, die durch Formen der Kriegsführung charakterisiert wird. Das heißt nicht, dass der Krieg in der Ukraine jetzt noch weitere Jahrzehnte läuft. Aber das heißt, dass Militarisierung als politische Antwort ein Thema ist. Die Pandemie und nun der Krieg haben auch die Diskussionen um die ökologische Transition, die grüne Wende, aufgeworfen. Am Beispiel von NextGenerationEU wird das sichtbar, also dem gemeinsamen Programm von der Europäischen Union im Kontext der Pandemie. Es sollte für die europäischen Staaten vor allem für Digitalisierung der Arbeit und ökologische Transition Gelder bereitstellen. Mit der Frage der Energieautonomie von Europa ist das alles von einem Tag auf den anderen nicht mehr wichtig. Wir können plötzlich wieder Kohle abbauen und holen Flüssiggas aus den USA. Eine dritte Sache sind die ganzen Austeritätsprogramme, die dieses Zeitalter determinieren. Die letzten 20 Jahre waren in Italien geprägt von Privatisierung. Italien hatte ein sehr starkes öffentliches Gesundheitssystem, das *servizio sanitario nazionale*. Alle hatten kostenlos Zugang zu Gesundheitsversorgung. In den letzten Jahren wurde es stark privatisiert. Budgets wurden zu privaten Krankenhäusern verschoben und

Bezahlungen für gewisse Leistungen eingeführt: Für einen Arztbesuch wurden beispielsweise 20 Euro fällig. Das hat eine soziale Hierarchie produziert. In den letzten zwei Jahren war natürlich im Bewusstsein der Menschen sehr stark vertreten, dass Italien schon Jahrzehnte lang Fehler gemacht hat und deshalb auch der Pandemie nicht mit den nötigen Instrumenten und Mitteln begegnen konnte. Der öffentliche Tenor war: Wir müssen jetzt das Gesundheitssystem wieder öffentlicher gestalten, die Rolle des Staates gegenüber den Privaten wieder stärken. Die Regierung nahm das aber nicht in Angriff, weil: „Wir müssen das Budgetgleichgewicht garantieren, das kostet zu viel!“ Nun können auf einmal 110 Millionen Euro pro Tag für das Militär ausgegeben werden. Ein vierter Moment, den ich sehr stark spüre, ist der ganze Rassismus. In der Pandemie waren es „die Chinesen“; „China hat ja das das Virus nach Europa gebracht und China will ja die Welt dominieren,“ und so weiter. Und jetzt sind es „die Russen“. Wenn man keine Instrumente hat, um die aktuellen Entwicklungen zu verstehen, dann geht es schnell in Richtung Rassismus. Was ist das Ziel? Eben gerade diesen Feind zu potenzieren. Deutlich zu machen, dass dieser Feind extern ist. Auf einer politischen Ebene dient das dazu, dass man intern weitere sozialpolitische Reformen durchbringen kann. Das sind aktuelle Krisenmomente. Ob man es jetzt als pandemisches Zeitalter oder als das der Totalisierung des Krieges bezeichnet: Mit ihm einher gehen die Militarisierung des Alltags, die Frage der ökologischen Transition und der Neujustierung der weltweiten Produktionsketten, die Sozialausgaben, die eingeschränkt werden, und der Rassismus, der eine neue Form erhalten wird.

Vermutlich kann man sagen, dass diese pandemische Zeit den Linken sehr eindrücklich die Lektion erteilt, nochmal klar ihre Grundpfeiler zu überdenken. Was sind eure Lehren aus der Pandemie?

Viola: Die Pandemie hat unsere Organisation verändert, vor allem, weil wir die alltägliche politische Praxis neu denken und erfinden mussten. Nun geht es darum, die Kräfte und Erfahrungen, die wir vor und während der Pandemie akkumuliert haben, effektiv wieder hervorzuholen und zusammenzubringen. Denn es wird nun darum gehen, sich mit einer sozialen Situation konfrontieren zu müssen, die noch prekärer und problematischer ist als vor der Pandemie. Dabei denke ich auch an das Problem, dass die Menschen vermehrt Schwierigkeiten haben, die kollektive Dimension zu denken und zu leben, da diese zwei Jahre nicht spurlos aus ihrem Alltag verschwinden werden. Das wird eine Herausforderung.

Maurizio: Da gibt es aber auch Bruch-Momente, an denen wir ansetzen können: Wenn eine Linke fähig ist, dort zu intervenieren und Mobilisierungen herzustellen, dann können wir das Kräfteverhältnis auf unserer Seite verschieben. Dafür ist die Frage der Jugend sehr zentral. Die haben bei so vielen Themen mitgemischt, um die es kurz vor der Pandemie und inmitten der Pandemie ging: Fridays for Future, Black Lives Matter, Streiks der Kurierdienste und so weiter. Insbesondere in denjenigen Staaten, die nicht fähig waren, die Jugend zu respektieren mit dem Prozess des Erwachsenwerdens, war das Zurechtkommen mit der Pandemie und ihren Folgen sehr schwierig. Die Konsequenzen spürt man ja immer noch.

Viola: In den jüngeren Generationen ist auch deshalb ein weiteres Thema aufgekommen – nicht nur, oder nicht unmittelbar, als Klassenthema, aber auch: die Repolitisierung der *salute mentale*, der geistigen Gesundheit. Wieder kollektiv über die mentale Verfasstheit zu sprechen und über die Notwendigkeit der staatlichen Unterstützung von Personen mit psychischen Problemen ist etwas Wichtiges. Nicht nur wegen des Themas per se, das in den Jahren zuvor zur totalen Privat- und Individualsache geworden war, und noch dazu oft auch einen elitistischen Zug hatte. Das Thema spricht auch die Verbindung von Individualismus und Kollektivität an und dieser Aspekt kann fruchtbar sein: das Problem bin nicht *ich*; es ist also nicht individuelles Versagen, wenn ich eine bestimmte Situation nicht aushalte, weil ich nicht geeignet bin, den Stress nicht aushalte oder so; sondern das Problem ist komplexer und muss politisch gelöst werden. Ich denke, der aktuelle Übergang, der von einem kontingenten Problem – der Pandemie – ausgeht, erlaubt es, komplexere und breitere Themen anzugehen bezüglich der Re-Organisation der Klasse und der Re-Politisierung von Themen, die bis zur Pandemie noch als Bereiche angesehen wurden, die lediglich

zur Privatsphäre gehören.

Maurizio: Die ersten, die gegen den Krieg in der Ukraine auf die Straße gegangen sind, waren die jungen Leute. Ich glaube, das ist eine zentrale Herausforderung für linke Organisationen: eine Organisationsform und -perspektive zu entwickeln, die all diesen Erfahrungen Rechnung trägt; zusätzlich aber auch den Politisierungsprozess der jungen Generation respektiert. Die jüngere Generation geht auf die Straße, hat aber nicht wirklich alle Kategorien, um zu verstehen, um was es geht. Also ist politische Bildung zentral. Aber wir müssen lernen, dass wir da nicht die gleichen Instrumente anwenden können, wie wir die vielleicht in unserer Generation hatten. Wir müssen der Jugend den Spielraum lassen, selber Forderungen zu formulieren, auch innerhalb der Organisationen. Und wichtig ist auch eine weltweite Vernetzung, dafür haben wir ja eigentlich die Instrumente. Mit der Pandemie haben sich die Lebensrealitäten der Jugend von einem Land zum anderen sehr angenähert. Wir müssen Formen und Wege finden, um diese Realitäten zusammenzubringen; damit ihre Lage von der Jugend selbst diskutiert wird und die Jugend selbst dann auch Strategien und Lösungen entwickeln kann. Da sehe ich ein Riesipotenzial.

**

Viola Carofalo ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Philosophie der Universität „L'Orientale“ in Napoli und Mitglied der nationalen Koordination von Potere al Popolo. Maurizio Coppola ist politischer Aktivist in Neapel.

Das Interview führte Johanna Bröse.
Übersetzung von Maurizio Coppola.

Zusätzliche Anmerkung

Zum Titelbild: Sanacore ist die Essensabgabestelle für prekäre Arbeiter:innen und Armutsbetroffene. Es wurde vom Kollektiv Ex Opg Je so' Pazzo während den ersten Wochen der Pandemie im Jahr 2020 aufgebaut und ist noch heute aktiv. Sanacore verteilt regelmäßig Grundnahrungsmittel an über 100 Familien in der Stadt Neapel - Tendenz steigend.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Die alltägliche politische Praxis neu denken und erfinden“. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1757>.
Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Am Limit – Covid-Kapitalismus, Kipppunkte und Care



Essay von Christa Wichterich

Der Globale Süden sowie Osteuropa werden als Supermarkt preisgünstig verfügbarer Arbeitskräfte behandelt, aus denen der Globale Norden Sorgekapazitäten abziehen kann, um die eigene Reproduktionskrise in den Griff zu bekommen.

Essay von [Christa Wichterich](#)

Es ist inzwischen ein Allgemeinplatz, dass die Pandemie die strukturellen Defizite und die Krisenhaftigkeit der neoliberalen Globalisierung bloßlegt und wie ein Brandbeschleuniger strukturelle Ungleichheiten verstärkt. Die Covid-19 Krise trifft auf eine Dauerkrise im Kapitalismus: die Krise der sozialen Reproduktion. Mein Blick auf die derzeitige Variante des Kapitalismus erfolgt von den aktuellen Kipppunkten der Reproduktion und der zerstörerischen Extraktion von Sorge- und Pflegearbeit her. Denn aus der Perspektive der Reproduktion betrachtet, ist der Kapitalismus in der Pandemie durch einen brutalen Extraktivismus von Care – Sorge – gekennzeichnet. Die Pandemie hat uns fortwährend Lektionen bezüglich der Anfälligkeit und Rücksichtslosigkeit dieses Systems und bezüglich unserer eigenen körperlichen und sozialen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten erteilt.

Soziale Reproduktion wird als ein Mensch-Mensch-Verhältnis sowie als ein Mensch-Natur-Verhältnis begriffen; als System verwobener sozio-kultureller, ökonomischer und ökologischer Praktiken in unterschiedlichen politischen, patriarchalen und klassenbasierten Machtkonstellationen. Jede Variante kapitalistischer Produktionsweise schafft sich kontextabhängig eine je spezifische Reproduktionsweise. Soziale Reproduktion, vom Kinderhüten über das Gesundheits- und Bildungssystem bis zur Altenbetreuung, ist, wie die Produktionsweise in der neoliberalen Globalisierung, extraktivistisch und transnational organisiert: mithilfe und auf Kosten unter- und unbezahlter Pflegekräfte in Krankenhäusern, Altenheimen und Privathaushalten, Kindergärten und Schulen, migrantischer Ernte„helfer:innen“ in der Landwirtschaft, migrantischer Arbeitskräfte in der Fleischverarbeitung und Zulieferung preisgünstiger Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände, die stark auf unterbezahlter Lohnarbeit entlang globaler Wertschöpfungsketten beruhen. Doch auch auf nationaler Ebene leben und reproduzieren „wir“, die globalen Mittelschichten und der globale Norden unser „gutes“ (Über)Leben auf Kosten der „anderen“, der Subalternen, sozial schwacher Klassen, der Eingewanderten, aber auch zu Lasten derjenigen, die schlecht bezahlt unsere Versorgung gewährleisten: Reinigungskräfte, Supermarktbeschäftigte, Busfahrer:innen und Müllmänner.

Die Krise, die als Versorgungsnotstand aufgrund des Mangels an Pflegekräften, Intensivbetten, Sauerstoff, Masken oder Impfstoff erfahren wird, zeigt, dass die Märkte nicht in der Lage sind, die Reproduktion und das Überleben aller Menschen zu sichern. Sie funktionieren nach den Prinzipien der Profitsteigerung durch Kostensenkung, Effizienz und Konkurrenz, statt sich an menschlichen Bedürfnissen und dem Gemeinwohl auszurichten. Das verweist auch auf den fundamentalen Widerspruch der kapitalistischen Wachstumsökonomie, dass sie durch Profitgier und Überausbeutung die Quellen des Reichtums in der Natur und der menschlichen Arbeitskraft

zerstört.

Das tendenziell Selbstzerstörerische der kapitalistischen Ökonomie ist, dass diejenigen Menschen und Ressourcen verachtet und erodiert werden, die sie zu ihrem Fortbestand braucht. Der Wachstumsimperativ fordert seinen Preis durch den Sorgeextraktivismus bei den Versorgungs- und Sorgearbeiter:innen, die unterbezahlt und unbezahlt, überlastet, aber geringgeschätzt verbinden, beatmen, windeln, putzen, kochen, waschen, streicheln, trösten – tagaus, tagein.

Arbeit, Care und Geschlecht

Kapitalistisches Wachstum nährt sich nicht nur aus der Verwertung von Lohnarbeit und natürlichen Ressourcen. Es ruht auf einem dicken Polster von un- und unterbezahlter Care-Arbeit im Kontext einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Care-Arbeit verstehe ich hier als Sich-Sorgen, Versorgung, Pflege und personennahe Dienstleistungen in Gesundheits-, Bildungs- und anderen Sozialbereichen, die jede:r im Laufe des Lebens in unterschiedlichen Formen braucht. Care ist die konkrete Arbeit, die die soziale Reproduktion am Laufen hält. Ohne Care-Arbeit keine Erwerbsarbeit. Aus dieser Perspektive ist sie höchst produktiv, weil sie Leben produziert und erhält.

Perfiderweise setzen der Markt, die Waren- und Geldökonomie die (über-)lebensnotwendige Sorgearbeit als unendlich dehnbare und nachwachsende Ressource und als „natürliche“ weibliche Fähigkeiten voraus. Die Zuschreibung von Sorgearbeiten an Frauen betrifft nicht nur unbezahlte Hausarbeit, sondern auch Lohnarbeit. Auch im Markt gilt Care oft lediglich als Verlängerung von haushaltlichen und mütterlichen Versorgungsaktivitäten, als unproduktiv und keinen Warenwert erzeugend. Das bedeutet, dass Vermarktung und Lohnzahlung, die seit Friedrich Engels als emanzipatorische gleichstellerische Mechanismen gelten, die prinzipielle Abwertung von Care-Arbeiten nicht aufheben, sondern sie für die Profitmacherei nutzen.

Care-Arbeit ist durch eine Eigenlogik des Sorgens und des Sich-Kümmerns gekennzeichnet. Sie hat ihr eigenes Tempo und ihre eigene Produktivität. Da sich das Füttern von Demenzzkranken, das Unterrichten von Kindern und Streicheleinheiten nicht immer weiter beschleunigen lassen, zeigen sich hier Grenzen der Rationalisierung. Das kollidiert mit den Marktprinzipien von Effizienz, Konkurrenz und Produktivitätssteigerung und bestätigt die Geringschätzung immer wieder, gerade in Zeiten der Digitalisierung und Automatisierung.

Die andauernde Abwertung von Arbeit in der Reproduktion gegenüber Arbeit in der Produktionssphäre ist ein kapitalistisches Struktur- und Akkumulationsprinzip. Care-Extraktivismus, die intensivierete Kommodifizierung und Ausbeutung von Sorgearbeit, ist ein systemischer Herrschaftsmechanismus, ohne den Märkte und Gesellschaften nicht funktionieren und sich nicht reproduzieren könnten. Auf diese Weise entsteht eine kostengünstige und flexible Care-Arbeiter:innenschaft entlang der sozialen Ungleichheitsachsen von Geschlecht und Klasse, aber auch entlang ethnisierter, rassifizierter und Nord-Süd-Unterschiede. Die einzelne Sorgearbeiter:in ist auf den transnationalen Märkten gezwungen, sich als Unternehmer:in ihrer Care-Kapazität aufzustellen und zu verkaufen.

Eine neoliberale Zuspitzung besteht in der Annahme, dass jeder Mensch selbstverantwortlich den eigenen Körper, das Human- und Sozialkapital sowie die eigene Reproduktion optimieren und ökonomisieren kann. Hier setzt sich der Grundkonsens westlicher Gesellschaften fort, dass Natur, also auch die eigene Natur, prinzipiell beherrschbar sind. In Bezug auf die Körper soll dies von der vorgeburtlichen Diagnostik über die Tracking-Uhr (mit Menstruationskalender) bis zur robotergeleiteten Mobilität im Alter technisch und algorithmisch machbar sein. Autonomie statt Abhängigkeit.

Doch nun kommt die Pandemie als Spielverderberin dieser Fortschrittsfiktion daher. Sie torpediert die Trennung von Produktion und Reproduktion, die rationale Lebens- und Arbeitsplanung, die

gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse gegenüber Natur, Körper und Sozialem, die Autonomie der Individuen. Das verunsichert und tut weh, weil es Grenzen des Fortschritts durch Wissenschaften, Technik und Algorithmen markiert. Das Virus trifft uns nicht nur im physischen Sinne in Mark und Bein, sondern attackiert „unsere“ gesellschaftliche Identität und „unser“ zivilisatorisches Selbstverständnis.

Zwar hatte die zweite Frauenbewegung im Westen Sorge- und Hausarbeit zu einer Verteilungsfrage gemacht, um die Wiederholungsschleife von Arbeit und Geschlecht aufzubrechen. Doch nach Jahren mit Eltern- und Vaterzeit ist der sorgende Mann immer noch die Ausnahme und nicht die Regel. Zu Beginn der Pandemie übernahmen Männer auch mehr Aufgaben beim Home Schooling – Tendenz fallend. Covid-19 wirkt als Ursache eines Backlashs in Bezug auf die emanzipatorischen Errungenschaften, die feministische Kämpfe erreicht hatten: Home Office und Home Schooling revitalisieren traditionelle Geschlechter- und Familienrollen. Care wird ins Private, in die Familie verschoben und gegendert. Die Kernfamilie als Versorgungsinstanz erlebt von Deutschland bis China eine politisch geförderte Renaissance. Während die Figur der multifunktionalen Mutter symbolisch aufgewertet wird, wird die Familie zu einem Kipppunkt für Care-Arbeit: Wie auf den Intensivstationen der Krankenhäuser wird auch in der sozialen Intensivstation von Care, in der Familie, Arbeit entgrenzt. Gleichzeitig nimmt mit dem erhöhten Stress durch Home Schooling, durch Zukunftsängste und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit die Gewalt in Privathaushalten zu. Das System Kleinfamilie ist am Limit.

Der Preis für Gesundheit

Das Gesundheitssystem, das deutsche wie auch viele andere, steht exemplarisch dafür, wie das kapitalistische Streben nach Profiten soziale Bereiche durchdringt, die lange jenseits von Markt und Warenwirtschaft organisiert waren. Gesundheits-, Bildungs- und andere Institutionen der Daseinsvorsorge werden zunehmend privatisiert und finanzialisiert. Immer mehr Gesundheitseinrichtungen sind in privater Trägerschaft und Eigentum großer Konzerne oder börsennotierter Aktiengesellschaften. Paradigmatisch für die kommerzielle Landnahme des Gesundheitsbereichs ist die Einführung des Fallpauschalensystems in privaten wie auch in öffentlichen Krankenhäusern. Der Dreh- und Angelpunkt für die Neustrukturierung von Versorgungseinrichtungen ist die Buchhaltung. Kliniken und Rehas werden aus der Perspektive der Abrechnung von Einzeldiagnosen und -behandlungen organisiert, und nicht orientiert an den Bedürfnissen und Rechten der Patient:innen. Um wirtschaftlich und nicht primär bedarfsorientiert zu arbeiten, wird medizinische und pflegerische Arbeit systematisch der neoliberalen Spardoktrin untergeordnet. Dazu gehört permanentes Monitoring und digitale Dokumentation sowohl zum Zweck der Buchhaltung als auch zur ständigen Überwachung.

Wirtschaftlich arbeiten solche Einrichtungen vermittelt über Quantität, Größe und Geschwindigkeit. Die Quantität medizinischer und pflegerischer Leistungen bringt Gewinne, nicht die Qualität. Kostenoptimierung heißt, dass Kapazitäten für Notfälle nicht vorgehalten werden, denn sie gelten als unwirtschaftlich. Kostenoptimierung bedeutet auch, dass Krankenhäuser, die eine Grundversorgung in ländlichen Regionen gewährleisten und nicht auf Operationen spezialisiert sind, abgewickelt werden. Aus diesem Grund werden auch flexible Pflegekräfte von Leasing-Firmen eingesetzt, um Teilaufgaben zu übernehmen, ohne in den gesamten Pflegeprozess integriert zu werden.

Minutentaktung und Standardisierung sollen mehr Technikeinsatz, mehr Rationalisierungsgewinn, mehr Professionalität, aber auch Arbeiterleichterung ermöglichen. Sie werden jedoch dem ureigenen Tempo von Sorge- und Pflegearbeit – zum Beispiel beim Füttern von Babies und dementen Personen – übergestülpt, ohne Zeit für *human touch* einzukalkulieren: Streicheleinheiten, Zuspruch und emotionale Arbeit gehen nicht in die Lohnbildung ein und bleiben folglich unbezahlt. Migrantische Kinderbetreuer:innen bauen intensive Beziehungen zu den betreuten Kindern und Alten auf. Keine Ärzt:in stellt nur professionell ein Beatmungsgerät ab,

keine Intensivpfleger:in steht ohne Emotionen an einem Sterbebett. Somit ist Sorgearbeit extraktivistisch organisiert, bezahlte Arbeit schließt unbezahlte ständig ein, mit dem Resultat systematischer Unterbezahlung.

Kostenminimierung führt zum Raubbau an den Körpern und der Psyche von Pflegepersonal. Sie steigen aus, weil sie die Grenze, die das wachstumsbesessene System überschreitet, in sich tragen und am eigenen Leibe erfahren. Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sind gezwungen, ständig neues Personal zu rekrutieren, damit die Versorgungslücken nicht noch tiefer aufklaffen.

Verkettungen und neue internationale Sorgearbeitsteilung

Der akute Notstand in Kranken- und Altenpflege wird in Deutschland ganz selbstverständlich durch den organisierten Import von Care-Lohnarbeiter:innen bewältigt. Seit einigen Jahren normalisiert der deutsche Staat mit direkter Anwerbung, aber auch über Job-Messen die transnationale Rekrutierung vor allem von Altenpflegekräften in Balkanstaaten, nordafrikanischen und asiatischen Ländern und auch in Mexiko. Der Globale Süden wie auch Osteuropa werden als Supermarkt preisgünstig verfügbarer Arbeitskräfte behandelt, aus denen der Globale Norden Sorgekapazitäten abziehen kann, um die eigene Reproduktionskrise in den Griff zu bekommen. Das ist transnationaler Extraktivismus von Care, der offiziell „Triple-Win“ heißt, weil Deutschland, die Pflegekraft und das Herkunftsland von dem Deal profitieren sollen. Die Forderung der WHO, kein Gesundheitspersonal aus Ländern zu rekrutieren, die selbst unter einem Mangel an Kräften leiden, wird munter ignoriert. Im März 2020 importierte Deutschland 75 Intensivpflegekräfte aus den Philippinen per Rekrutierungsflug und Ausnahmeverordnung, sprich: trotz Pflegenotstand und Quarantäne auf den Philippinen und europaweiter Einreisebeschränkungen. Im Dezember 2021 wurden Krankenpfleger:innen aus Kerala in Südindien rekrutiert.

Am anderen Ende dieser Sorgeketten hatten die Philippinen bereits seit den 1970er Jahren den Export von Hausangestellten und Krankenschwestern zur Entwicklungsstrategie erklärt, um die Erwerbslosigkeit im Land zu reduzieren und vor allem um durch Rücküberweisungen Deviseneinnahmen zu bekommen, mit denen sie Staatsschulden zurückzahlen konnten. Den Philippinen folgten inzwischen eine Vielzahl von Ländern, die die Migration als „Patriotismus“ und die Migrantinnen, die ihre Familien zurücklassen, als „Heldinnen der Nation“ feiern.

Im wohlhabenden Zielland werden die Migrant:innen dann als „andere“ konstruiert: Sie seien psycho-sozial für die Altenpflege prädestiniert, weil in ihren Kulturen die Achtung für und Empathie mit alten Menschen stärker sei als im harschen Individualismus des globalen Nordens, die niedrige Bezahlung sei gerechtfertigt, weil sie im Herkunftsland viel mehr wert sei. Kulturalistisch-symbolische Aufwertung und finanzielle Geringbewertung von Care-Arbeiter:innen sind ein Tandem.

Global Care Chains gehören längst genau wie globale Produktionsketten zu den Lebensadern kapitalistischer Globalisierung. Care Chains sind aber immer auch *care drain and brain drain*. Die Sorgekette, die bei uns einen Mangel behebt, reißt am anderen Ende zum Beispiel in Polen eine Versorgungslücke auf. Während Arbeitskräfte, Ausbildung und Wissen das Land verlassen, werden Versorgungs- und Personaldefizite aus wohlhabenden Ländern und Haushalten in die ärmeren Herkunftshaushalte und -länder verschoben. Dort müssen Sorgearbeiter:innen individuelle Lösungen zur Bewältigung der Unterversorgung finden, durch Mehrarbeit von Verwandten oder Nachbar:innen oder manchmal durch Beschäftigung von noch preisgünstigeren migrantischen Arbeitskräften, in Polen beispielsweise aus der Ukraine. Die Soziologin Arlie Hochschild bezeichnet in ihrer Analyse globaler Sorgeketten die Extraktion von Emotionen als neuen Imperialismus, durch den Familien und Kinder im Norden in den Genuss eines emotionalen Mehrwerts kommen. Liebe und Care sind in diesen Ketten die neue Goldwährung. Durch die imperiale Lebens- und Versorgungsweise der globalen Mittelschichten wird anderswo Armut an Versorgung geschaffen, auch wenn die Einkommensarmut reduziert wird. Das bedeutet eine neue Ungleichheit sozialer

Reproduktionsbedingungen, aber auch dass soziale Reproduktionskrisen und die Chancen zu ihrer Bewältigung höchst ungleich verteilt sind.

Silvia Federici bezeichnet es als Prozess permanenter primärer Akkumulation, wenn Care-Arbeiten aus außermärklichen Bereichen in die kapitalistischen Märkte integriert werden. Dass dies ein fortschreitender Prozess im Bereich der Reproduktion, auch der biologischen Reproduktion ist, hat Covid-19 ins Rampenlicht gebracht. In Repro-Kliniken in der Ukraine warteten Dutzende von Leihmüttern geborene Babys auf Abholung durch ihre genetischen Eltern. Die konnten wegen Corona nicht einreisen, um ihr bestelltes, mithilfe von Reproduktionstechnologien zustande gekommenes Kind fristgerecht in Empfang zu nehmen.

Bioökonomische Märkte bieten ungewollt Kinderlosen Wertschöpfungsketten mit den notwendigen biologischen Ressourcen, Dienstleistungen, Pharmazeutika und Technologien an: Ei-, Samen- und Stammzellen aus den USA, die notwendigen Hormone vom Pharmakonzern Merck aus Deutschland, eine Leihmutter aus dem Globalen Süden/Osten. Das Verbot von Eizellabgabe und Leihmutterschaft in vielen Ländern führte zur Entstehung eines Fruchtbarkeitstourismus. Auch diese Ökonomisierung eines zutiefst als privat, intim und fern aller privatwirtschaftlichen Verwertung erscheinenden lebensweltlichen Bereichs bedeutet eine Landnahme vorher nicht kommerzialisierter Bereiche des Sozialen, von Körper und Natur. Sowohl die nach einer Hormonbehandlung erfolgte Bereitstellung von Eizellen durch eine „Spenderin“ als auch die Bereitstellung eines Uterus als Gefäß für das Kind anderer bedeuten eine Auslagerung von reproduktiver und Sorgearbeit. Da Organe und Körpersubstanzen wie Eizellen offiziell nicht als Ware gehandelt werden dürfen, müssen sie altruistisch „gespendet“ werden. Die entsprechende Entlohnung trägt das Etikett „Kompensation“. So gerät auch die biologische Reproduktion in den Sog von Vermarktung und Verwertung.

Systemrelevanz und Commons

Wir brauchten eine Pandemie, damit eine breite Öffentlichkeit die Systemrelevanz von Care-Arbeiten thematisierte. Applaus von allen Rängen für das Gesundheitspersonal. Viele Pflegekräfte haben das Beklatschen jedoch als real-existierenden Zynismus wahrgenommen. Denn sie kämpften und streiken seit Jahren vergeblich für mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung.

In den vergangenen Jahrzehnten politisierten Arbeitskämpfe in den Sozial-, Pflege- und Erziehungsdiensten Sorgearbeit und Arbeitsbedingungen. Den Anfang machten zum Höhepunkt der Finanzkrise 2008/09 die KiTa-Beschäftigten mit der Frage, ob sie nicht systemrelevant seien, sondern nur Banken. Paradigmatisch waren die Streiks an der Charité in Berlin. 2011 hatte ein Streik Lohnerhöhungen zur Folge, aber auch Personalabbau, was zu einer stärkeren Arbeitsbelastung bei dem verbliebenen Personal führte. Deshalb rückten nachfolgende Streiks mit dem Slogan „Mehr von uns ist besser für alle!“ die Qualität der Pflege in den Vordergrund. Jenseits von geringer Entlohnung skandalisierten die Proteste wie nie zuvor den Mangel an Anerkennung und Wertschätzung und forderten dabei aber gleichzeitig strukturelle Veränderungen wie ein Aufweichen der Pflegemodule und der Fallpauschalenabrechnung.

Während der ersten Welle der Pandemie protestierte medizinisches und Pflegepersonal in vielen Ländern gegen den Mangel an Infektionsschutz und die darin offensichtliche Missachtung ihrer Arbeit und ihrer Körper. In afrikanischen Ländern wie Zimbabwe, Ghana und Nigeria gab es Proteste gegen schlechte Bezahlung und Überbelastung, die auch eine Folge des transnationalen Exodus von Gesundheitspersonal ist. In den USA und Großbritannien war unter den Corona-Toten ein überproportional hoher Anteil von Schwarzen Menschen. Auch unter dem infizierten Gesundheitspersonal waren in den USA, England und Schweden ebenfalls überdurchschnittlich viele Schwarze Menschen und Eingewanderte. Care und Gesundheitsversorgung sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Mit der Politisierung von guter Pflege als Allgemeininteresse traten die Sorgearbeitskräfte als politische Subjekte aus der Unsichtbarkeit heraus. Pflegekräfte an vielen Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen in Europa solidarisierten sich und protestierten. Die Botschaft ist, dass eine hochwertige Versorgung unter den Bedingungen der Pandemie und eine bessere Pflegequalität allgemein unter neoliberalen Bedingungen nicht leistbar ist. Ein gutes Leben hingegen braucht eine hohe Qualität von Versorgung und Daseinsvorsorge. Deshalb sind die Proteste und Streiks des Gesundheitspersonals anti-neoliberal: Sie klagen ein wachstumsorientiertes neoliberales Gesundheitssystem an, das krank macht; sie politisieren Care und fordern einen polit-ökonomischen und kulturellen Paradigmenwechsel, der Rechten und Bedürfnissen der Menschen Vorrang vor Effizienz und Profit gibt.

Ein wesentlicher Schritt im Sinne der Commons wäre, Care der Profitmacherei auf den Gesundheits-, Erziehungs- und Betreuungsmärkten zu entziehen. Care muss als Gemeinschaftsgut und nicht als Ware auf Gesundheits- und Betreuungsmärkten behandelt werden. Die Proteste und Kämpfe der Gesundheitsarbeiter:innen haben emanzipatorische und transformatorische Potenziale, um Krisen sozialer Reproduktion, die auf den Märkten systemisch mit Anerkennungs-, Zeit- und auch Einkommenskrisen verflochten sind, zu überwinden. Die Spezifik von Sorgekämpfen, dass es um das gute Leben und die Qualität sozialer Reproduktion geht und zwar auf Grundlage von Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und Zeitwohlstand macht sie anschlussfähig an andere soziale Bewegungen, die alternative Praktiken von Produktion, Reproduktion und Verteilung erproben.

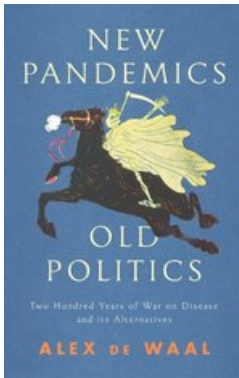
Die Pandemie macht schmerzlich erfahrbar, dass Gesundheit ein Gemeingut und weder handelbar noch verhandelbar ist. Eine Freigabe von Patenten und eine Commons-basierte Impfstoffproduktion und -verteilung wäre aktuell eine Chance, lebensnotwendige Produkte und Dienstleistungen, Medikamente und Care-Arbeit der Profit- und Wachstumsbesessenheit auf globaler Ebene zu entziehen und öffentliche Versorgung zu bevorzugen. Bleibt zu hoffen, dass die Pandemie als Hebel wirkt, um die Unvereinbarkeit von Qualitätsversorgung und Verwertung in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit zu befördern. Die Risse im Corona-Kapitalismus, die offensichtlich geworden sind, müssen weiter aufgesprengt werden.

Anmerkung

Bei diesem Essay handelt es sich um die gekürzte und aktualisierte Fassung eines Artikels, der am 06. Mai 2021 in *Grenzgängerin Nr. 3 „Kapitalismen“* erschienen ist.

Zitathinweis: Christa Wichterich: Am Limit – Covid-Kapitalismus, Kippunkte und Care. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1749>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Geschichtsstunde für Liberale



Alex de Waal

New Pandemics, Old Politics

Two Hundred Years of War on Disease and its Alternatives

Ein Buch will Lehren aus der Geschichte der Pandemien ziehen, den Pandemieschutz an die Große Transformation andocken und dadurch den Liberalismus retten.

Rezensiert von [Theresa Hanske](#)

Massentierhaltung, Zerstörung von natürlichen Lebensräumen, globale Handels- und Reiserouten und starke Verdichtung in den Städten zeichnen unsere Lebensweise heute weltweit aus. In ihr und durch sie haben auch Viren und Bakterien aller Art ihren Lebensraum ausgeweitet. Die durch sie verursachten Pandemien sind kein unvorhersagbares Ergebnis einer Mutationslotterie auf mikrobiologischem Level – zumindest nicht in erster Linie. Vielmehr ist es unsere Lebensweise, die Pandemien erzeugt. Sie erst schafft das Umfeld, in dem gefährliche Erreger entstehen können; in dem sie gegebenenfalls die Gattungsgrenze überspringen, eine weitere Übertragung von Mensch zu Mensch meistern und sich ausbreiten, zirkulieren und sich dabei durch ständige Mutationen immer weiter an ihre Umwelt anpassen können. Auch wenn sie nicht immer pandemisch werden: Es ist das, was Krankheitserreger tun, und sie tun es immer häufiger.

Spätestens seitdem die Omikron-Variante des Corona-Virus die Impfanstrengungen überholt hat, ist das strukturelle Problem ins öffentliche Bewusstsein getreten: Wollen wir mit der beschleunigten Evolution der Erreger schritthalten und ihren Mutationen zuvorkommen, müssten wir uns an das mikrobiologische Tempo anpassen und immer schneller zu medizinischen und technischen Lösungen finden.

Im Rüstungswettlauf mit der Mutationsrate

Dass es so weit kommen konnte, schreibt Alex de Waal der Vorstellung zu, Pandemien müssten und vor allem könnten bekämpft werden, indem man den Erreger identifiziert und ausschaltet. Am besten bevor es zum Ausbruch kommt, gewissermaßen als Präventivschlag im Labor. Dabei geht es ihm nicht darum, den Pandemieschutz als solchen und als staatliche Aufgabe infrage zu stellen. Seine Kritik richtet sich gegen das vorherrschende Paradigma im Umgang mit Pandemien. Forschung und Politik haben sich auf einen Krieg gegen Infektionskrankheiten eingeschossen. Im Anthropozän – eine pointierte Bezeichnung für die aktuelle erdgeschichtliche Epoche, in der der irreversible Einfluss des Menschen auf die Umwelt die weitere atmosphärische und biologische Entwicklungsdynamik der Erde bestimmt – wird nun aber deutlich: Die Menschheit ist auf diese Weise in einen Wettlauf mit den Viren eingetreten, den sie nicht gewinnen kann. Für de Waal ist das die Ausgangslage, um für ein Umsteuern im globalen Pandemieschutz zu mobilisieren. Darüber will er sprechen – „Was tun?“ soll allerdings seine Frage nicht sein: „Der Ausgangspunkt ist nicht der Inhalt der politischen Maßnahmen, sondern der Prozess, mit dem wir zu den Maßnahmen kommen.“ (S. 230)

Obwohl es ihm ganz offensichtlich um die Zukunft geht, wirft er seinen Blick zurück in die Geschichte. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Pandemie der letzten 200 Jahre: Cholera,

die Spanische Grippe, HIV/AIDS und die imaginierte, noch unbekannte Pandemie X. Er will die Spur derjenigen Vorstellung zurückverfolgen, die zum Schlachtruf gegen das Corona-Virus führt. Und so fragt er, wie es dazu gekommen ist, dass wir heute im viral-militärischen Dilemma stecken. Keine unwichtige Frage: Wie ist es dazu gekommen? Aber sie bleibt im luftleeren Raum hängen, denn er stellt die andere wichtige Frage nicht: Warum ist es dazu gekommen?

Infektionsbekämpfung entmilitarisieren – Pandemieschutz neu denken

Der Hauptstrang des Buches verfolgt die Problemstellung, dass eine militaristische Logik in der Pandemiebekämpfung verfehlt ist. Bei seiner Betrachtung der Cholera im 19. Jahrhundert zeigt er, wie die Mikrobiologie zur Leitwissenschaft in diesem Bereich der Gesundheitspolitik wird. Die Fixierung auf die mikrobiologische Ebene – das heißt, die Bestimmung des Bakteriums beziehungsweise Virus und seiner Eigenschaften – reduziert Pandemien auf den Erreger. Das verspricht eine zielgenaue Behandlung des Problems, unabhängig von lokalen Bedingungen – Aussichten, die Militärs faszinieren. Ob und unter welchen Bedingungen es zum Ausbruch kommt, ist jedoch primär sozial. Mehr noch gilt dies für die spezifischen Übertragungswege, auch etwa dafür, ob die Infektion endemisch bleibt oder sich weltweit ausbreitet. Immer wieder betont de Waal, die Entstehung und Ausbreitung von Infektionskrankheiten ist zuallererst ein soziales Geschehen, kein mikrobiologisches.

Eindrücklich führt er das Soziale an der Pandemie in seinem Kapitel über die Spanische Grippe während des Ersten Weltkrieges vor. Anders als andere populäre Darstellungen zur Spanischen Grippe richtet er sein Augenmerk dabei jedoch nicht auf die Eindämmungsmaßnahmen, um die Bedeutung von sozialen Faktoren für das Infektionsgeschehen zu erweisen. De Waal setzt bereits bei der Entstehung der Pandemie an. Er argumentiert, dass der Krieg oder präziser die Art der Kriegsführung im Ersten Weltkrieg das optimale sozio-ökologische Umfeld für das Virus geschaffen habe. Der Erste Weltkrieg erreicht einen temporären Verdichtungs- und Vernetzungszustand, wie ihn erst wieder die Globalisierung ab den 1980er Jahren herstellen wird. Dafür ist vor allem die Entwicklung im Bereich der Kriegslogistik verantwortlich. Ein interessanter Befund, bedenkt man, dass gemeinhin die logistischen Kapazitäten als Argument für den Einsatz von Militär zur Pandemiebekämpfung vorgebracht werden.

Seine Betrachtung von HIV/AIDS konzentriert sich geographisch auf Afrika und ist das Herzstück seiner Argumentation gegen die Kriegslogik in der Pandemiebekämpfung. Hier führt die Darstellung am überzeugendsten zusammen, warum sicherheitspolitisch motivierte Vorstellungen des Westens über Pandemien versagt haben und was es bedeutet, soziale Faktoren nicht als soziale Determinanten zu denken. Es hätte für den Pandemieschutz etwas von Afrika zu lernen gegeben. Bei seiner Betrachtung zur Ebola-Epidemie in Westafrika nimmt er diesen Faden noch einmal auf. Er zeigt, dass ein autoritäres, zentralisiertes und militarisiertes Vorgehen bei Ebola scheiterte und erst ein partizipativer und menschenrechtsbasierter Ansatz die Epidemie unter Kontrolle gebracht hat.

Die letzte seiner Pandemie-Geschichten widmet sich den Entwicklungen seit Mitte der 90er Jahre. Im Zentrum stehen drohende Pan- und echte Epidemien und de Waal erzählt sie weitgehend als Institutionengeschichte von US-amerikanischer öffentlicher Gesundheit und der Weltgesundheitsorganisation. Die Verquickung von Pandemieschutz und Sicherheitspolitik kommt zu einem vorläufigen Höhepunkt nach 9/11 und den kurz darauffolgenden Anthrax-Anschlägen in den USA. Mit dem Krieg gegen den Terror wird auch der globale Infektionsschutz militärisch hochgerüstet, was in der Metapher vom Krieg gegen das Virus seinen sinnfälligen sprachlichen Ausdruck findet.

Mit dem letzten Kapitel erreicht de Waal die Gegenwart. Eine Geschichte der Corona-Pandemie ist das jedoch nicht und will es auch gar nicht sein. Vielmehr entwirft er hier die Vision eines

alternativen Umgangs mit kommenden Pandemien, jenseits einer Kriegslogik in Sprache und Denken. Obwohl die Alternative mit viel Verve vorgetragen wird, bleibt sie inhaltlich merkwürdig blass. Wir verstehen immerhin, dass er für einen umfassenden, partizipativen Begriff von Gesundheit wirbt, der Umwelt, Tiere und Menschen zusammendenkt – kurz: *One Health*. Das englische Schlagwort hat sich gerade auch hierzulande eingebürgert, da scheint es auch schon zum Plastikwort verkommen zu sein. Wie bei de Waal kann es alles und nichts bezeichnen. Wohlwollender könnte man auch sagen: Es bezeichnet eher eine Haltung als einen konkreten Katalog von gesundheitspolitischen Forderungen oder Maßnahmen.

Spindoktor für ein liberales Transformationsprojekt

Immer wieder bleibt der Autor bei entscheidenden Fragen im Unbestimmten und verlässt sich auf vollmundige Transformationsrhetorik. Am Ende des Buches angekommen, stellt man dann auch fest, dass es trotz der vielen Details, die die Aufmerksamkeit beim Lesen in Anspruch genommen haben, nur eine nebulöse Erinnerung hinterlässt. Der Autor hat auf eine eigene politische Positionierung weitgehend verzichtet und dies, wie es scheint, mit Bedacht. Obwohl thematisch angelegt, stoppt seine Diskussion immer genau an dem Punkt, an dem sie in eine kontroverse Richtung münden würde. Besonders auffällig ist dies, wo auf die Globalisierung als virus-affine Organisation unserer Lebensweise hingewiesen wird. Bei ihm ist Globalisierung beschränkt auf Vernetzung und Verdichtung, womit das Konzept jedes kritischen Gehaltes beraubt ist. Es geht in der nicht minder vagen Rede von unserer Lebensweise auf, die dann folgerichtig von Produktionsweise gar nicht erst zu sprechen anfängt. Seine Globalisierungskritik ist kaum mehr als Rousseau'sche Zivilisationskritik und hält sich letztlich nach allen Seiten hin anschlussfähig. Sein Buch versteht sich als Aufruf zu einer sozialen Bewegung für einen neuen Umgang mit Pandemien abseits aller Ideologisierung. Wo alle strittigen Punkte ausgeklammert werden, bleibt auch das gemeinsame Ziel unbestimmt und muss sich als letzte Begründung mit Effektivität und vernünftigen Eigeninteresse zufriedengeben. Man sieht, es läuft eher auf ein Amendment im Gesellschaftsvertrag hinaus. Ein wirklicher Systemwechsel wird so nicht eingeleitet.

Alex de Waal 2021:

New Pandemics, Old Politics. Two Hundred Years of War on Disease and its Alternatives.

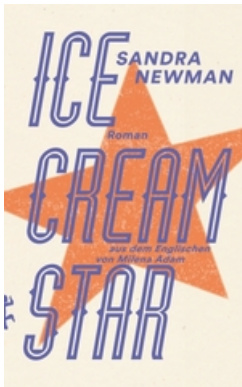
Polity Press, Cambridge.

ISBN: 9781509547807.

296 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Theresa Hanske: Geschichtsstunde für Liberale. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1759>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Der Pandemie entkommen



Sandra Newman

Ice Cream Star
Roman

Die Zukunft sieht schelcht aus: Eine Pandemie rafft die weiße US-Bevölkerung dahin und Schwarze Menschen werden nur 18 Jahre alt. Sie müssen lernen, sich zu organisieren.

Rezensiert von [Max Gabel](#)

Eine vor mehr als 80 Jahren aufgekommene Pandemie hat die erwachsene US-Bevölkerung weitestgehend ausgelöscht. Die überlebenden Schwarzen Jugendlichen erkranken in den „Vereinigten Staaten“ an Posies und sterben daran spätestens als junge Erwachsene – Weiße leben hier schon lange nicht mehr. Ausgehend von dieser Situation schöpft Sandra Newman mit „Ice Cream Star“ eine Welt, in der junge Menschen sich selbst organisieren, lernen, (über-)leben, sich umeinander kümmern, gegeneinander kämpfen und sich fortpflanzen. Diese Welt erfährt eine Bedrohung durch weiße, männliche, bewaffnete und deutlich ältere Invasoren – den Rous.

Die Arbeit der Übersetzerin Milena Adam muss besonders hervorgehoben werden. Ihr gelingt es die von Generation zu Generation von Kindern weitergegebene und veränderte Sprache aus dem Englischen ins Deutsche zu übertragen. Als Leser*in braucht es eine kurze Eingewöhnung, ehe es sich ganz in die wunderbare Sprachwelt von „Ice Cream Star“ ein- oder abtauchen lässt.

„Am Tag, wo meine Geschichte anfängt, ham wir die Evaks ausgelumft. Diese Evaks stehn sich Haus an Haus in Zwillingstreihn gegenüber. Die Häuser sind runtergefault und oll, jo, die Straße dazwischen is von rauswachsenen Gräsern geplätzt. Gibt so fünfzig Häuser in einer Straße und zwanzig Straßen in einer Stunde Fußweg. Als die Häuser alle voll warn, gabs mehr Leute als Eichhörnchen. Jetzt lebt keiner mehr.“ (S. 8)

Ein etwas anderer Roadtrip an der Ostküste

Wir lernen Ice Cream Fünfzehn Star kennen, die uns als starke Protagonistin und Ich-Erzählerin des Romans auf ihre viermonatige Suche nach einem Heilmittel gegen Posies mitnimmt. Sie lebt zusammen mit ihrem älteren Bruder Driver und den übrigen Sengles im Massawald und schlägt sich durchs Leben. Beim Plündern eines verlassenen Hauses überwältigt sie einen Rou und nimmt ihn gefangen.

„Keepers sieht mich komm, und sie rennt mit grinsenem Gesicht zu mir. Lässt das Jo-Jo zu mein Füßen fallen und schreit: ‚Der Rou heißt Pascha! Ich hab den ganzen Morgen auf Rou geredet!‘ [...] Ich halt meine Rede. Studier den Rou. Stehend hat er ne goliathische Größe, auf jeden Fall is er n gloriöses Tier. Obwohl seine geisterige Farbe mich spukt, is er normal geformt. Und als ich gucke, nickt er wie die Christlinge beim Grüßen. Ich nick mit fürchtenem Herzen zurück. Denk an die Kinder, die von den Rous geholt wurden, als Fleisch oder Sklaven. Aber der Stolz will, dass ich keine Angst zeig.“ (S. 44)

Ice Cream Star freundet sich mit Pascha Rou an, der ihr wohlgesonnen zu sein scheint und ihr von

der Existenz eines Heilmittels erzählt. Um dieses für ihren an Posies erkrankten Bruder zu suchen und um sich der Gewalt einer Gruppe feindlich gesinnter Rous zu entziehen, beginnt eine Reise durch vier Bundesstaaten. Der Weg von Lowell in Massachusetts, über das inzwischen spanischsprachige Marias (das früher einmal New York hieß), bis nach Washington, wo die Rous mit dem Heilmittel vermutet werden, lässt sich dabei tatsächlich auf einer USA-Karte nachzeichnen.

Von Rous und der Schläferwelt

Die anfängliche Leichtigkeit verliert sich im Verlauf der Geschichte immer mehr und wird von schwierigen Entscheidungen, Gewalterfahrungen bis hin zu Kämpfen mit vielen Toten überschattet. Dass hier ausgerechnet Russland als überlegene, unmoralische und invasive Macht gegenüber den verbliebenen Resten der US-Bevölkerung dargestellt wird, malt ein klischeehaftes Ost-West-Bild. Dies noch einmal stärker, als dass die Beweggründe für die russischen Invasionen und Kriege im Hintergrund bleiben und für die Handlung keine Rolle spielen.

„Paschas Stimme ist bitter. ‚Was ich vom Töten gesagt hab – ich hab ihr Töten gesehn. Is nich preziös noch leicht.‘

„Schee, wenn sie uns fang, kämpfen wir für sie. Leben alle Tage bei denen. Bin sicher, man kann sie irgendwann beräubern.‘

„Nee, kannste nich. Du stirbst im Krieg.‘

Ich spotte mein Atem. ‚Warum müssen wir sterben? Kämpfen sie nur um zu verliern? Gibt kein Sinn.‘

„Der Sinn is hier anders.‘ Seine Augen zeigen dem Mond ihren frostenen Ärger. ‚Jo, wo ich vorher gekämpft hab, warn die gefangenen Kinder schlimmer als die Rous selber. Töten und töten, für nichts. Ham auch nich lange gelebt, wurden alle umgebracht.‘

„Eure Kriege sind kurios. Nur Mord und kein Krieg.‘

Pascha zuckt die Schultern und protestiert nicht. Er lässt sein Reden in der Luft häng.“ (S. 94)

Der Roman handelt auch vom Erwachsenwerden, von Liebe und Freundschaft, von religiösem Fanatismus, von Politik und der Grausamkeit des Krieges. Erfrischend lesen sich die vielen Querverweise, Artefakte oder seltsamen Überbleibsel der vergangenen Schläfer-Zivilisation. Hier blicken wir von außen auf die „Errungenschaften“ der heutigen Zeit und erleben die Vergänglichkeit von Kultur und wie schnell die Bedeutung der Dinge verschwinden kann.

„Die Katze heißt Radio, weil das grad El Mayors Arbeit is. Er holt sich n Dutzend Radiomaschinen und schwört, dass er eine zum Reden bring kann. Davor gabs ne Katze Gips geheißen und ne Katze, die ihren Namen von Wasseranschluss zu Isolierung gewechselt hat. So versucht El Mayor, die Welt der Schläfer wieder zusammenzupuzzeln, Katze für Katze. Und alle andern Lowells kopieren das, ham Katzen Kaffeestrauch und Flugzeug geheißen, Sachen, die diese Kinder zu schaffen geschworn ham.“ (S. 56)

Ein Pandemieroman in der Pandemie?

Parallelen zur Corona-Pandemie sind, wenn überhaupt, eher allgemein. So gibt es ein Heilmittel gegen Posies, dieses wird aber von den Großmächten Russland und Europa nicht bedingungslos weitergegeben. Patente werden in diesem Zusammenhang aber nicht thematisiert. Die Bedeutung von Religion und Aberglaube ist teils ins Absurde übersteigert, allerdings in einer Situation, in der Jugendliche die Kinder erziehen und ausbilden und in der Wissenschaft und Informationsweitergabe quasi nicht mehr vorhanden sind. Posies und das damit verbundene junge Sterben sind zur Normalität geworden und es gibt auch nicht die Möglichkeit sich vor der Erkrankung zu schützen. Insofern spielen auch Fragen nach Schutzmaßnahmen oder der Geschwindigkeit der Durchseuchung zur Vermeidung einer Überlastung der Gesundheitssysteme keine Rolle.

Auch wenn sich in der Geschichte an einigen Punkten Schwarz-Weiß-Malerei erkennen lässt, so ist der Roman trotzdem oder vielleicht auch deshalb ein guter Roman für die Pandemie. Hier wird man gepackt und in eine andere Welt mitgenommen, die so vielleicht die Widrigkeiten des Coronaalltags oder das Eingeschlossen sein in Quarantäne zeitweise vergessen macht.

**

Der Roman erschien 2014 unter dem Titel „The Country of Ice Cream Star“.

Sandra Newman 2019:

Ice Cream Star. Roman. Übersetzt von: Milena Adam.

Matthes & Seitz, Berlin.

ISBN: 978-3-95757-766-5.

667 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Max Gabel: Der Pandemie entkommen. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1742>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Bewährungsprobe für linke Solidarität



Hanloser, Gerhard / Nowak, Peter / Seeck, Anne (Hg.)

Corona und linke Kritik(un)fähigkeit

Kritisch-solidarische Perspektiven "von unten" gegen die Alternativlosigkeit "von oben"

Der Sammelband appelliert an das vielfältig gespaltene linke Milieu, die Pandemie für einen konstruktiven Dialog zu nutzen, anstatt in einer Freund-Feind-Stellung zu verharren.

Rezensiert von [Joachim Maiworm](#)

Bereits der Buchtitel provoziert: Er bezweifelt die Kompetenz der politischen Linken, die gesellschaftlichen Verhältnisse herrschaftskritisch zu analysieren. Teile von ihr, so die These der Herausgeber*innen, zeigten sich von der Corona-Krise schlicht überfordert und seien „staatstreu“ geworden. So stellt Gerhard Hanloser fest, die von vielen Linken auf antifaschistischen Gegenaufzügen zu den Corona-Demos herausposaunte Parole „Wir impfen euch alle!“ lasse auf eine administrativ-autoritäre Position schließen. Für Elisabeth Voß spiegelt diese verbale Attacke eine dominant vorgetragene Haltung wieder, die anderen Menschen abspricht, als mögliche Gesprächs- oder Bündnispartner*innen zu gelten. Anstatt feindliche Angriffe gegen „die Anderen“ zu starten, sollte Stellung gegen „die Mächtigen in Wirtschaft und Politik“ (S. 40) bezogen werden.

Auch andere Autor*innen des Bandes halten die überhebliche Position radikaler Linke gegenüber den neuen Protestphänomenen für verfehlt, denn sie stütze letztlich die herrschende Gesellschaftsordnung unter dem Vorwand der Krisenbewältigung. Die sozialen Interessen und Motive der sogenannten Corona-Rebellen würden ebenso ausgeblendet wie die Beobachtung, dass sich sehr unterschiedliche Milieus bei den Corona-Demos zusammenfänden.

Gegen eine Politik der Angst

Autor Andreas Benkert, bekennender Lockdown-Gegner, setzt der kritisierten Parole ein klares Statement entgegen: „Keine Angst!“ (S. 31) Linke sollten die Produktion von Angst immer bekämpfen, da diese nur den herrschenden Interessen dienen würde. Die aus Angst resultierende Konformität nutze der Aufrechterhaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung. Damit spricht er ein Motiv an, das auch andere Beiträge des Bandes durchzieht. Nämlich, dass sowohl das Virus wie die staatlichen Verfügungen (Lockdown, Abstandhalten) Ängste und eine tiefgreifende Vereinzelung erzeugen, die sich politisch instrumentalisieren lassen: Ängste vor der Gefährdung der eigenen Gesundheit, vor dem Verlust des sozialen Status oder auch nur davor, nicht weiterhin das Leben eines „freien“ Konsumbürgers führen zu können. „Angst und Angstproduktion ist ein entscheidendes Thema in der Pandemie“ (S. 33), bringt es Benkert auf den Punkt. Er setzt dem ein solidarisches Miteinander entgegen, das „nur im Beieinandersein Bestand haben kann“. (ebd.) Damit wendet er sich gegen staatliche Aufforderungen zu einer Solidarität, die sich auf Maskentragen, Videokonferenzen oder „Stay-at-home“ Aufrufen beschränkt und die Menschen auf Distanz zueinander hält.

Neben der Beschreibung des prekären Zustandes der Linken, der daran ablesbar ist, dass die Pandemie linke Akteur*innen gegeneinander in Stellung bringen konnte, bildet die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt des Buches. Anne Seeck bemängelt, Linke hätten sich vielerorts von Marginalisierten,

Proletarisierten und Ausgebeuteten abgekoppelt und offenbar die Normen der Mittelschicht übernommen. Damit spielt sie darauf an, dass viele Linke offenbar ihren akademischen Status und die Beherrschung von „Szenecodes“ (S. 11) – kurz: ihr kulturelles Kapital – herausstellen, ein Interesse an den alltagspraktischen Problemen der Menschen aber vermissen lassen.

Deshalb kommen in dem Sammelband – und das unterscheidet ihn wohltuend von anderen Publikationen zum Thema Corona – verschiedene der besonders von der Pandemie und den staatlichen Maßnahmen gebeutelten gesellschaftlichen Gruppen selbst zu Wort: Menschen aus dem Pflegebereich, Psychiatriebetroffene, Obdachlose und Häftlinge. Der Bundesverband Psychiatrie-Betroffener kritisiert zum Beispiel, dass die eingeführten Abstandsregeln die Arbeit von Selbsthilfegruppen wegbrechen ließ und die Stigmatisierung von Menschen mit psychiatrischen Diagnosen neue Ausmaße angenommen hätte. Denn das Vertreten von rechten Verschwörungstheorien werde oftmals mit einer psychiatrischen Diagnose gleichgesetzt. Ein interessanter Hinweis, der so wohl kaum von Nicht-Betroffenen zu erwarten ist. Außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung bleiben ebenfalls die etwa 60.000 dauerhaft in Justizvollzugsanstalten inhaftierten Menschen, die zu Beginn der Pandemie mit einem totalen Besuchsverbot und dem Wegfall des Freizeitangebots konfrontiert waren. Autor Thomas Meyer Falk, selbst in Bruchsal inhaftiert, bezeichnet die coronabedingten Maßnahmen aus Gefangenensicht deshalb als „existenziell einschneidend“ (S. 106).

Wirtschaftsdemokratie und Klassenkampf

Dass die kapitalistische Organisation der Produktion insgesamt und speziell des Gesundheitswesens sich für die Bewältigung der Krise als wenig geeignet erwiesen hat, ist unter den Autor*innen des Buches unstrittig. Die notwendige Demokratisierung der wirtschaftlichen Prozesse, unter anderem die Vergesellschaftung nicht nur von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, erfordert daher soziale Kämpfe und eine breit gestreute Gegenwehr. Welche vielseitigen Anknüpfungspunkte es dafür gibt – davon zeugen die vier Beiträge im Schlusskapitel. Um die sozialen Kämpfe auch unter Corona-Bedingungen führen zu können, muss die Pandemie als gesellschaftliches Problem wahrgenommen werden, denn sie führt vielfach zu individuellen Überforderungen. Deshalb kristallisiert sich die notwendige Selbstorganisation der Betroffenen (nicht nur im Gesundheitssektor) als ein wesentlicher Fixpunkt von sozialen Kämpfen heraus: sowohl der abhängig Beschäftigten als auch beispielsweise der von Verdrängung bedrohten Mieter*innen in immer mehr Regionen des Landes. Die Mahnung des Autors Detlef Hartmanns, dass die Linke zudem neue Formen der Gemeinschaftlichkeit gegen den steigenden Individualisierungsdruck finden müsse, darf sicherlich auch als Aufruf an das linke Milieu verstanden werden, Spaltungen und enge Diskursgrenzen in Coronazeiten zu überwinden – ganz im Sinne der Herausgeber*innen des Sammelbandes.

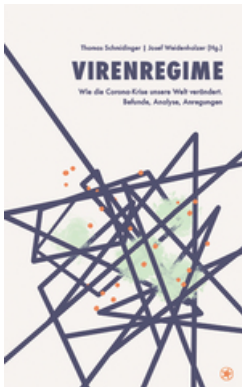
Das breit gefächerte Spektrum der Autor*innen eint zwar eine ausgeprägte Haltung gegen die Tendenz zu einem autoritären Staat, ihre Ansichten über angemessene Vorgehensweisen gegen die Bedrohungen durch Virus und Politik im Ausnahmezustand unterscheiden sich zum Teil jedoch erheblich. Christian Zeller favorisiert zum Beispiel die Idee einer europaweiten „ZeroCovid“-Strategie (S. 56ff.), für Alex Demirović ist ein „radikaler Shutdown“ (S. 255) gerade keine Option.

Die Vielfalt der Beiträge bietet gerade deshalb die beste Voraussetzung dafür, denjenigen Leser*innen auf die Sprünge zu helfen, die ihren politischen Standpunkt im Kontext der komplexen Pandemie überprüfen wollen und bereit sind, eigene Vorurteile – auch gegenüber Coronaskeptiker*innen – auf den Prüfstand zu stellen.

Hanloser, Gerhard / Nowak, Peter / Seeck, Anne (Hg.) 2021:
Corona und linke Kritik(un)fähigkeit. Kritisch-solidarische Perspektiven "von unten" gegen die
Alternativlosigkeit "von oben".
AG SPAK Bücher, Neu-Ulm.
ISBN: 9783945959596.
239 Seiten. 19,00 Euro.

Zitathinweis: Joachim Maiworm: Bewährungsprobe für linke Solidarität. Erschienen in:
Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1745>. Abgerufen am: 12. 04.
2022 13:10.

Alles beim Alten



Schmiedinger, Thomas / Weidenholzer, Josef (Hg.)

Virenregime

Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen

Der Kapitalismus hat kein Problem mit der Corona-Pandemie. Die Anthologie untersucht die Folgen der Krise – regional, europaweit, global.

Rezensiert von [Cornelia Stahl](#)

Wer hätte 2020 bei Erscheinen des Buches gedacht, dass wir uns zwei Jahre später, 2022, noch immer mit Corona beschäftigen müssen! Doch die Blickrichtungen haben ihren Radius erweitert: Mit „Pandemie sei Dank!“, das zum Wissenschaftsbuch des Jahres 2022 ausgezeichnet wurde, hat die Wiener Wissenschaftshistorikerin Daniela Angetter-Pfeiffer beispielsweise eine erhellende Geschichte der sozial innovativen Nebenwirkungen von Seuchen und Infektionskrankheiten vorgelegt. Darin erzählt sie von progressiven Maßnahmen auf dem Gebiet der Hygiene (... Händewaschen ist nicht selbstverständlich, bewirkt jedoch Wunder!), der Medizin, der Branntweinerzeugung und des Bierbrauens. Dass pandemiegeplagte Menschen im 14. Jahrhundert Mundschutztücher mit Essig oder noch lieber mit Aquavit benetzten, wie Pfeiffer schreibt, scheint als wirkungsvolle Maßnahme in Vergessenheit geraten zu sein.

Während heute die einen beim Krügerl Bier (oder Wein) das Ende der Pandemie herbeisehnen, geraten Menschen des globalen Südens in Bedrängnis, da Impfstoffe ungleich verteilt sind und Patente nicht freigegeben werden.

Breitbandmix der Negativfolgen

Die beiden Österreicher Thomas Schmiedinger und Josef Weidenholzer haben es sich auf die Fahnen geschrieben, dem aktuellen Thema der Pandemie eine Plattform der Auseinandersetzung zu bieten und starteten eine Ausschreibung für die Anthologie „Virenregime“. Mehr als 50 Autoren und Autorinnen folgten dem Aufruf und sind nun mit einem speziellen Blickwinkel auf das Thema Covid 19 vertreten. Den Fokus legt die vorliegende Anthologie auf die jeweils negativen Auswirkungen der Pandemie. Diese nimmt der Titel „Virenregime“ vorweg. In Europa wie auch weltweit hat die Situation der Pandemie bestehende Ungleichheiten zementiert und verstärkt bzw. zu weiteren Verwerfungen geführt. Wirtschaftliche und politische Schwachstellen traten ans Licht der Öffentlichkeit, konnten nicht mehr verschwiegen und banalisiert werden. Am deutlichsten wurden die Bruchstellen im Bereich der Pflege. Das Thema „Pflegenotstand“ bekam eine neue Dringlichkeit. Länder wie Russland hatten mit weitaus größeren „Baustellen“ zu kämpfen, wie Jutta Sommerbauer zu berichten weiß: „Der 145 Millionen Einwohner zählende Staat nahm im Frühling 2020 mehrere Wochen den zweiten Platz in der internationalen Fall-Statistik hinter den USA ein.“ (S. 188) Erst am 24. März 2020 wandte sich Wladimir Putin in Moskau erstmals an seine Bevölkerung und versprach Hilfe und Extraboni für Krankenhauspersonal. Sommerbauer betont: „der Kreml hatte andere Prioritäten als die Bekämpfung des Virus“ (S. 190). Das Vogel-Strauß-Verhalten Putins verhinderte die rechtzeitige Eindämmung des Virus und das zeitgerechte Setzen von Maßnahmen. Parallel zur Coronakrise wurden die Daumenschrauben hinsichtlich der Meinungs- und Pressefreiheit enger gezogen.

Von den negativen Auswirkungen der Pandemie weiß auch der Ökonom Walter O. Ötsch in seinem Artikel „Ist der Neoliberalismus am Ende?“ zu berichten, der in seinem Text auf den in den 1920er Jahren positiv konnotierten Begriff eingeht und seine Entwicklung bis hin zur Gegenwart nachzeichnet. Einen Hinweis auf das Ende des Neoliberalismus lieferte bereits die Weltwirtschaftskrise von 2008: „Ökonomen und Ökonominen waren erstaunt, dass eine Situation eingetreten ist, die in ihren Modellen nicht vorgesehen war, Politikerinnen und Politiker schoben schnell die Rhetorik des ‚Marktes‘ zur Seite.“ (S. 357) Am Ende seines Beitrages macht Ötsch auf die negativen Folgen der Pandemie aufmerksam und konstatiert: „Ende Juni 2020 prognostizierte der IWF, Internationale Währungsfonds, ein Schrumpfen der globalen Wirtschaft um 4,9%.“ (S. 352)

Aus den vielstimmigen Beiträgen geht eines deutlich hervor: Der Kapitalismus profitiert selbst in Krisenzeiten, findet aber keine Antwort für das Wohl aller Menschen. Mehr noch, es sind gerade krisenhafte Dynamiken, die dem Kapitalismus auf die Sprünge helfen. Wachstum und Profit setzt Ausbeutung von Mensch und Natur voraus.

Der Spiegel der Pandemie

Die Pandemie hält uns den Spiegel vor. Permanente Überproduktion war und ist nicht förderlich, weder für Mensch noch für die Natur. Die Coronakrise hat die finanzielle und somit die soziale Ungleichheit verstärkt. Das im Buch angeführte Beispiel der Unterstützungsmaßnahmen für Künstler*innen in Österreich zeigt, dass sich selbst die neun Bundesländer nicht auf einheitliche Schritte einigen konnten und finanziell ungleiche Maßnahmen gewährten.

Der Wiener Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger und der Linzer Soziologe Josef Weidenholzer haben mit „Virenregime“ einen vielstimmigen Zwischenstandsbericht zur Coronakrise vorgelegt, der von den weltweiten Folgen der Krise erzählt und Forderungen zu deren Bekämpfung bereithält. Ein kompaktes Werk, welches einen weltweiten Ausnahmezustand dokumentiert, gleichzeitig den Finger auf angrenzende Wundflächen legt: die Klima- und Flüchtlingskrise.

Zusätzlich verwendete Literatur

Angetterer-Pfeiffer, Daniela (2021): Pandemie sei Dank! Was Seuchen in Österreich bewegten. Amalthea-Verlag, Wien.

Schmidinger, Thomas / Weidenholzer, Josef (Hg.) 2020:

Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analysen, Anregungen. bahoe books, Wien.

ISBN: 978-3-903290-33-4.

486 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Cornelia Stahl: Alles beim Alten. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022.

URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1746>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Die Krise zu fassen bekommen



Redaktion Corona-Monitor (Hg.)

Corona und Gesellschaft

Soziale Kämpfe in der Pandemie

Die Dokumentation des Corona-Monitors versammelt Analysen zur Pandemie, aber krankt an ihrem Bezug zur Praxis.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Inmitten einer Krise, so heißt es oft, verstärken sich die gesellschaftlichen Probleme und Dynamiken wie durch ein Brennglas. Eine gesellschaftliche Kluft wird sichtbar und die immer öfter aufblitzenden Widersprüche können nicht mehr ignoriert werden. Wenn es nicht so zynisch wäre, ließe sich stets darauf wetten, dass die Krise die Randbereiche der Gesellschaft umso heftiger trifft. Jene Randständigen werden also noch weiter abgedrängt, die Verlierer*innen verlieren noch mehr und die Ausgebeuteten werden noch stärker ausgebeutet als sowieso schon. Für den Staat findet sich in diesem Teilbereich der Gesellschaft oft auch ein Ausweg aus der Krise: Es handelt sich nämlich um diejenigen, die die Kosten der Krise tragen. Das ist leider Kern einer jeden Krise und ihrer staatlich-politischen Bearbeitung. Das zeigt sich insbesondere auch im Zuge der Covid19-Pandemie.

Versuch von eingreifendem Denken

Um die gesellschaftlichen Entwicklungen des globalen und dennoch lokal unterschiedlich gewandelten Zusammenlebens durch die Corona-Pandemie zu begreifen, hat der – von einem akademischen losen Zusammenhang gemeinschaftlich betriebene – Blog *Corona-Monitor* die sich mitunter überschlagenden Ereignisse hierzulande zu dokumentieren versucht. Das Ansinnen war, sichtbar zu machen, was wo aus welchen Gründen passiert. Gleichzeitig ging es dem Blog nicht nur um eine kritische und kollektiv betriebene Beobachtung, sondern auch um eine Analyse und Einordnung des Pandemiegeschehens. Ein sinn- und mühevolleres Anliegen inmitten der pandemiegetriebenen Revolutionierung unserer Lebensweisen!

Nun hat die Online-Redaktion des *Corona-Monitors* jüngst den Sammelband „Corona und Gesellschaft“ als eine Art Dokumentation ihres Monitoring-Projektes veröffentlicht. Hier werden beobachtende und theoretisierende Beiträge einer Gruppe kritischer Sozialwissenschaftler*innen versammelt, die im Zuge der Corona-Pandemie verfasst wurden. Die Zusammenstellung fokussiert dabei besonders auf eine Einordnung der staatlichen und gesellschaftlichen Transformation in Reaktion auf COVID-19. Näher beleuchtet werden vor allem die Felder Arbeit, Migration, Sicherheit und Ordnung, rechte Politik und Solidarität. Explizite Beiträge zur Rolle von sozialen Kämpfen in der Pandemie sind hingegen unterrepräsentiert.

Was los war

Die Beiträge des Bandes funktionieren auf kritische und zugleich reflektierende Weise als Gradmesser gesellschaftlicher Transformationsprozesse *inmitten* der Pandemie, und zwar in doppelter Hinsicht. Spannend ist hier die zeitliche Ebene. Die meisten Beiträge wurden zu Beginn der Pandemie bis zum Sommer 2021 verfasst. Das verleiht der Publikation zum einen ihren

dokumentarischen Charakter. Es ist, als ginge man in „Corona und Gesellschaft“ auf eine Zeitreise: von den Anfängen über die Anpassung an den neuen Status quo bis zu den ersten Hochphasen der Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Tektonik.

Angesichts der dabei zahlreich hervorgetretenen Missstände lässt das eine*n auch mal die Hände über dem Kopf zusammenschlagen; zum Beispiel, wenn die staatliche und polizeiliche Missachtung des Versammlungsrechts und die Verhinderung von Protest während der ersten Coronawelle vom Autor*innenkollektiv Wäscher/ Siemer/ Schmid/ Karl dargestellt wird. Ebenso bringt eine*n der Bericht von Louisa Bäckermann und Peter Birke zur Verschärfung und zeitgleichen Legitimierung der städtischen und rassistischen Segregation in Berlin und Göttingen unter dem Mantel des Infektionsschutzes zum Verzweifeln. Auch die Leipziger Coronaproteste von rechts werden in einem lesenswerten Beitrag von Steven Hummel und Paul Zschocke nachgezeichnet und eingeordnet. Einige der bedeutsamsten Ereignisse aus dem Monitoring und zentrale Auseinandersetzungen des Krisendiskurses kann man in dem Sammelband also nun nachlesen.

Das Buch bietet neben kritischer Analyse im Nachgang zum anderen die Gelegenheit, die diskursiven wie auch eigenen Positionierungen im Pandemiegeschehen nachzuvollziehen und zu hinterfragen. In der Krise besteht immer die Gefahr einer theoretischen Schnellebigkeit, die einer erkennenden und verändernden Praxis im Wege steht. So auch in der Corona-Pandemie: Es gibt einiges, was wir falsch eingeschätzt haben und was wir mittlerweile anders einordnen. Einige Texte des Sammelbandes sind daher um Aktualisierungen und somit um interessante Fortschreibungen oder Richtungsänderungen der Beiträge aus einer anderen Phase der Pandemie ergänzt. Sie werden somit diachron und spiegeln auch unser Denken inmitten des Krisengeschehens wider. Die Möglichkeit der kritischen Aktualisierung der eigenen und im Zuge der Krise weiterentwickelten Positionen und Forschungen wurde allerdings nicht genügend ausgeschöpft. Oft sind es dann nur kurze Aktualisierungen und Ergänzungen, die den Beiträgen angehängt sind. So lässt sich der Eindruck, teils veraltete Analysen zu lesen, leider nicht ausblenden. Auch das Schlusswort bleibt nur eine „kurze Reflektion“ des Monitoring-Projekts und zielt weniger auf die Zeit nach dem Krisenhoch.

(N)irgendwo Widerstand

Mehr als dieser ungenutzte Reflexionsraum fehlt allerdings die mangelnde Beschäftigung mit der Linken und ihrer Praxis selbst. So waren es doch vor allem die gesellschaftlichen Kämpfe, von denen in der Pandemie allzu selten etwas zu bemerken war. Einige Bereiche der politischen Auseinandersetzung wurden – so scheint es – mit dem Lockdown ebenso zum Stillstehen gebracht. Einer der wichtigsten Bedingungen politischer Betätigung, der Öffentlichkeit und des zwischenmenschlichen Kontakts, beraubt, verlor die Linke den politischen Willen mitunter gleich mit. Doch kann von einem vollständigen Scheitern der Linken in der Pandemie wiederum auch nicht gesprochen werden. Während gesellschaftliche Interventionen, etwa in die staatliche Corona-Politik fehlschlagen oder Protest überhaupt nicht stattfand, erfuhren andere politische Felder der Linken ein Novum an Organisation, etwa der Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ oder die Fortführung des dezentralen Protests gegen das europäische Grenzregime.

Der bloße Pandemiezustand reicht hier also nicht zur Erklärung. Diese Gegenläufigkeit muss erklärt werden. Es heißt also, sich auch grundsätzlich der thematischen und praxisbezogenen Schwäche der Linken zu widmen. Die Hoffnung, dass – wie der Untertitel suggeriert – „Soziale Kämpfe in der Pandemie“ verhandelt werden, enttäuscht der Sammelband. Die Beantwortung der Fragen nach Protest, Austausch und Handlungsfähigkeit in der Coronakrise, „wenn ein Virus scheinbar alle eingespielten Alltage und lebenswichtige Prozesse zum Erliegen bringt“ (Klappentext), fällt leider spärlich aus. Zu vieles hat man in zwei Jahren Pandemie schon gehört und gelesen. Einzig die Schwierigkeit und Diffusität von Solidarität in der Coronakrise wurde etwas näher behandelt. Der vorliegende Sammelband steht hier also nur für eine begonnene Beschäftigung mit der Pandemie aus kritischer und aktivistischer Perspektive. Es muss weiter – und

auch mal tiefer – gegraben werden. Die geschehenen und noch geschehenden Umwälzungen durch die Pandemie werden uns noch einiges an Kopfarbeit abverlangen. Für die Linke geht es dabei auch um die veränderten Bedingungen, unter denen sie ihre Kämpfe führt.

Weiterführende Literatur

Datenbank Corona-Monitor. Hier geht es zur [Webseite](#).

Redaktion Corona-Monitor (Hg.) 2021:

Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie.

Mandelbaum Verlag, Wien.

ISBN: 978385476-911-8.

280 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Die Krise zu fassen bekommen. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1751>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Pandemien sind keine Gleichmacherinnen



Malte Thießen

Auf Abstand

Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie

Eine geschichtswissenschaftliche Einordnung der Corona-Krise zeigt, wie Seuchen bestehende Ungleichheiten verschärfen.

Rezensiert von [Felix Matheis](#)

Am 18. April 2020 fand in Berlin ein großer Staatsakt statt. Er war der Trauer über die Zehntausenden bis dahin an den Folgen von Corona Verstorbenen gewidmet. Obwohl die Pandemie bis dahin bereits so viele Tote gefordert hatte, schien das Gedenken auf wenig öffentliche Resonanz zu stoßen. Der Historiker Malte Thießen ist der Ansicht, dies habe mit der unerträglichen Nähe des Geschehens zu tun:

„Erst wenn wir ausreichend Abstand zum Ereignis gewonnen haben, wenn die Pandemie also historisch geworden ist und in Geschichten aufgeht, wird Corona in erinnerungskulturellen Wegmarken aufgehen.“ (S. 182)

Thießen hat nun mit „Auf Abstand“ eine Gesellschaftsgeschichte der Covid-19-Pandemie vorgelegt, deren Manuskript er im Juli 2021 abschloss. Angesichts der Diagnose des Autors lässt sich indes fragen, ob eine historiografische Abhandlung über ein laufendes Ereignis nicht ebenfalls unter zu großer Nähe zum Geschehen leiden muss. Der Autor gesteht zu, dass er als Vergangenheitsforscher möglicherweise ungebührlich in der Gegenwart wandelt, und beansprucht folgerichtig, die Pandemie „in ihrer historischen Dimension“ zu erzählen, „um Distanz zur Gegenwart zu gewinnen“ (S. 11). Mit seiner Vogelperspektive ordnet er Corona am Beispiel Deutschlands durch geschichtliche Kontextualisierungen und Vergleiche als gesellschaftlich-historischen Vorgang ein. Thießen präsentiert seine Ergebnisse in zehn Kapiteln und einem Nachwort, die auf wissenschaftlicher Quellenarbeit basieren, sprachlich aber für ein breiteres Publikum aufbereitet sind.

Keine Naturkatastrophen – Seuchen als soziale Verhältnisse

Die Studie befasst sich also nicht mit dem Virus selbst, sondern mit den zahlreichen Gesellschaftsphänomenen, die mit der Verbreitung von Krankheitserregern zu tun haben. Anhand eines breiten Panoramas unterschiedlicher Aspekte lassen sich historische Wandlungen oder Kontinuitäten im Umgang mit Seuchen zeigen sowie die Art und Weise wie diese auf die Gesellschaft wirken. Das betrifft staatliche Reaktionen, wie etwa Lockdown-Maßnahmen, kulturelle Normen, wie etwa den Stellenwert von Gesundheit, Alltagspraktiken, etwa das „social distancing“, oder politische Protestphänomene wie Impfgegnerschaft, die so alt sind wie das Impfen selbst.

Den meisten der Themenbereiche, die Thießen behandelt, ist gemein, dass sie Phänomene sozialer Ungleichheit betreffen. Ein Beispiel sind die rassistischen Übergriffe auf ‚asiatisch‘ gelesene Personen in Deutschland als vermeintliche Seuchenträger. Der Autor interpretiert das als

„Othering“, übersetzbar mit „Zum-Anderen-Machen“. Dabei handelt es sich um ein Prinzip, das Menschen in eine Wir-Gruppe und in „Anderer“ einteilt, wobei die „Anderen“ häufig negativ charakterisiert sind. Othering stellt eine wichtige Dimension von Rassismus, Antisemitismus und anderen sozialen Ungleichwertigkeitsideologien dar. Während Pandemien ist Othering, so Thießens, der historische Normalfall. So machte man etwa im 19. Jahrhundert sogenannte „Ostjuden“ für Pockenausbrüche verantwortlich, während AIDS in den 1980ern als vermeintliche „Schwulenseuche“ stigmatisiert wurde. Auf Othering geht es laut Thießens überdies zurück, dass in der frühesten Phase der Covid-19-Pandemie, die in Wuhan begann, man in Deutschland oder anderen europäischen Ländern keine vorsorglich Maßnahmen ergriff. Corona schien zunächst ein Problem „der Anderen“ zu sein. Damit beruhen also nicht nur Ausgrenzungsprozesse auf dem Othering, betont der Autor, es könne auch die Grundlage dafür sein, sich in falscher Sicherheit zu wiegen.

Staatliche Pandemiebereitungen waren 2020 in der Bundesrepublik keineswegs neu. Krankheitserreger wie SARS, MERS und die Schweinegrippe erinnerten Anfang des Jahrtausends daran, dass auch Deutschland von Seuchen schwer getroffen werden könne und man sich vorbereiten müsse. Historische Beispiele sind nicht nur die Spanische Grippe von 1918/19 und die lange Zeit virulenten Pocken, sondern auch die katastrophale Hongkong-Grippe, die 1969/70 beide deutschen Staaten heimsuchte. Die deutsche Gesellschaft sei inzwischen aber gleichsam Opfer ihrer eigenen medizinischen Erfolge geworden, meint Thießens: Dank Impfungen und medizinischem Fortschritt gelten viele Krankheiten kaum noch als Gefahr.

Eigenverantwortlichkeiten und Ungleichheiten – Pandemie des Neoliberalismus

Bei den Pandemien des 20. Jahrhunderts reagierten Regierungen kaum mit harten und flächendeckenden Gegenmaßnahmen; auch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wurden schwere Infektionskrankheiten als eher normal hingenommen. So galt die hohe Sterblichkeit unter älteren Menschen während der Hongkong-Grippe „letztlich als Kollateralschaden“ (S. 51). In der Coronapandemie seit 2020 setzte sich allerdings eine Sichtweise durch, die beanspruchte, die Gesundheit insbesondere vulnerabler Gruppen zu schützen, also gerade diejenige älterer Menschen. Vielmehr akzeptierten Regierungen „Kollateralschäden“ in der Wirtschaft durch „Lockdowns“ durchaus, obwohl diese freilich hoch umstritten waren, nicht nur wegen der Nachteile für die Wirtschaft, sondern weil sie teilweise demokratische Grundrechte massiv verletzen, etwa das Recht auf Bewegungsfreiheit oder die Versammlungsfreiheit. Das mache, so Thießens, eine neue gesellschaftliche Risikobewertung aus, die teilweise auch auf die Aufwertung älterer Menschen zurückgeht, die seit einigen Jahrzehnten unter anderem als Konsument*innen zunehmend wirtschaftlich an Bedeutung gewonnen haben. Er betont, dass dieser Wandel die Coronapandemie deutlich von den Pandemien des 20. Jahrhunderts unterscheidet, wobei man sich als Leser*in hier eine gründlichere Diskussion der Widersprüche zwischen Gesundheitsschutz und Wirtschaftsinteressen im staatlichen Handeln während der Covid-19-Pandemie gewünscht hätte.

Deutlich wird in Thießens Ausführungen hingegen, dass die Pandemieeindämmung auch zur individuell-moralischen Verpflichtung geriet, also eine „allgemein[e] Achtsamkeit“ (S. 53) forderte, die staatliche Maßnahmen ergänzen, wenn nicht teilweise ersetzen sollte. Die Eindämmung wirke sich daher stark auf Alltagspraktiken aus: Maskentragen sowie das laut Autor historisch neue Abstandhalten mit einhergehender Kontaktbeschränkung seien intrinsisch zu erfüllende Aufgaben aller Einzelnen. Dieser Imperativ der Eigenverantwortlichkeit, der also ohne umfassende und strenge Durchsetzung „von oben“ funktioniert, wäre vermutlich leicht auf neoliberale Prinzipien zurückzuführen, auch wenn Thießens diesen Schluss nicht explizit ausformuliert.

Verstärkung sozialer Ungleichheiten

Viel Aufmerksamkeit widmet der Autor gesellschaftlichen Disparitäten, die Corona verschlimmerten und durch Corona schlimmer geworden seien. Die Covid-19-Pandemie zeige nicht nur, dass Seuchen unter ärmlichen und beengten Lebensverhältnissen besser gedeihen. Umgekehrt vertiefen sich bestehende Gräben: Die Pandemiesituation verstärkte beispielsweise die Doppelbelastung von Frauen oder benachteiligte schlecht bezahlte Jobs durch das erhöhte Infektionsrisiko noch stärker als bisher, etwa in Pflege, Einzelhandel und bei Lieferdiensten. Dass trotz ungleicher Möglichkeiten unterschiedslos gleiche eigenverantwortliche Eindämmungsmaßnahmen von den Einzelnen abverlangt würden, kann Thießen zufolge mit dem Soziologen Stephan Lessenich als „asoziale[r] Neoliberalismus“ (S. 122) bezeichnet werden. Mithin sind Pandemien keineswegs „große Gleichmacherinnen“ (S. 111), wie das sinngemäß Angela Merkel im März 2020 meinte und sich damit auf einen alten Mythos bezog. Der Autor bringt überzeugend auf den Punkt: „Soziale Ungleichheiten verstärken Seuchen, und Seuchen verstärken soziale Ungleichheiten.“ (S. 117) Insofern, möchte man hinzufügen, steht der Anspruch, verletzte Gruppen zu schützen, trotz des festgestellten Wandels der Risikobewertung also durchaus in einem Spannungsfeld zur Praxis. „Vulnerabel“ ist offenbar nicht gleich „vulnerabel“.

Thießen ist ein lesenswerter Überblick über eine erste Phase der Coronapandemie gelungen, die zwar gesellschaftskritische Gehalte besitzt, dabei allerdings kaum die Wurzeln der diskutierten Probleme anrührt. „Auf Abstand“ orientiert sich also implizit an einem linksliberalen Mainstream. Das betrifft beispielsweise die zu oberflächliche Behandlung des Widerspruchs zwischen öffentlicher Gesundheit und dem kapitalistischen Verwertungszwang, dem eine Prise materialistische Staatskritik gutgetan hätte. Ebenso vermisst man eine systematischere Einordnung der individualisierten Pandemiebekämpfung in die Epoche neoliberaler Eigenverantwortlichkeit mit der für sie spezifischen Subjektivierungsformen der Gesellschaftsmitglieder, für die ja ebenfalls ein großes theoretisches Instrumentarium – Foucault und andere – vorhanden wäre.

Malte Thießen 2021:

Auf Abstand. Eine Gesellschaftsgeschichte der Coronapandemie.

Campus Verlag, Frankfurt a. M..

ISBN: 9783593448343.

222 Seiten. 22,99 Euro.

Zitathinweis: Felix Matheis: Pandemien sind keine Gleichmacherinnen. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1754>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Corona, Care und eine überfällige Diskussion

Frédéric Valin
Pflegeprotokolle

*Pflegekräfte und Sozialarbeiter*innen berichten über den alten neuen Pflegenotstand: Wie hat die Corona-Pandemie ihre Arbeitsbedingungen, aber auch die Beschäftigten selbst verändert?*

Frédéric Valin
**PFLEGE
PROTOKOLLE**

Rezensiert von [Sebastian Jürss](#)

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege und in sozialen Berufen sind schlecht und ein Pflegenotstand vorprogrammiert. So in etwa lässt sich die Diskussion um die Pflege und allgemein soziale Berufe zusammenfassen. Doch was hat die Corona-Pandemie verändert? In den „Pflegeprotokollen“ lässt Frédéric Valin diejenigen sprechen, die tagtäglich mit den Konsequenzen eines vernachlässigten (man könnte auch sagen: kaputtgesparten) sozialen Bereichs zu kämpfen haben: Pflegekräfte und Sozialarbeiter*innen, also diejenigen die seit Jahren vor der Situation eines „Pflegenotstandes“ warnen, der sich für sie als Dauerzustand jedoch längst eingestellt hat.

Das Buch besteht aus 21 Gesprächen mit Beschäftigten aus Pflege und sozialer Arbeit. Sie berichten von ihrer Arbeit in der Altenpflege, im Krankenhaus, im Hospiz oder der Jugendhilfe - Valin lässt ein breites Spektrum an Beschäftigten zu Wort kommen. Die einzelnen Gesprächsprotokolle sind gerahmt durch eine Einleitung, in der die Gesprächspartner*innen vorgestellt werden, und ein Outro, in dem ihr weiterer Weg beschrieben wird. Diese knappen Einordnungen machen einen großen Reiz aus, werfen aber auch die Frage auf, warum sie die einzige Einordnung bleiben. Ein Nachwort, das die Gespräche zusammenfasst oder Hinweise auf die politischen Zusammenhänge gibt, fehlt leider.

Erlebte Nicht-Anerkennung

Das Buch kann auf zwei Weisen gelesen werden. Wer sich ohne allzu großes Vorwissen einen Einblick in die Themenbereiche Pflege und soziale Berufe verschaffen will, kann durch die Geschichten im Buch viel über die Arbeit selbst lernen. Durch die Gespräche wird deutlich, was diese Berufe und Arbeitsbedingungen mit den Pflegenden selbst machen. Frida berichtet beispielsweise davon, wie eine Putzkraft von anderen Erzieherinnen diskriminiert wird: für ihre Gewohnheit Cola zu trinken und weil sie aufgrund ihrer geistigen Behinderung als erziehungsbedürftig gesehen wird. Diese Behindertenfeindlichkeit stößt ihr stark auf. Wenn die Mitarbeiterin als „Downie“ bezeichnet wird, spiegelt sich darin auch die gesellschaftliche Abwertung und der Paternalismus der Mehrheitsgesellschaft wider. Von der Anekdote distanziert sich Frida selbst deutlich und macht einen Generationenkonflikt aus, in dem die älteren Erzieher*innen sich mit allem arrangiert haben und den Ideen der jüngeren Kolleg*innen mit Skepsis und Ablehnung begegnen. Dass sich die Arbeitsbedingungen zum Teil deutlich unterscheiden, wird deutlich, wenn beispielsweise Maxi als Krankenpflegerin auf einer Geriatriestation von zu wenig Zeit für die Patient*innen und zu viel Dokumentation berichtet. Ein Zustand, der auch vor Jahren schon so war und den sie eindrücklich auf den Punkt bringt:

„Wir haben einen guten Ruf. Als Arbeitsplatz nicht, weil wir viel machen müssen, harte Arbeit. Man kann sein Geld leichter verdienen. [...] Man muss viel pflegen, viel lagern. [...] Viele haben Burn-Out, weil es einfach viel und auch schlimm ist.“ (S. 15)

Letztlich hat Maxi, erfährt die Leser*in, ihre Stelle gekündigt, um als Leasingkraft zu arbeiten. Anders als in anderen Sektoren, haben sich in der Pflege die Verhältnisse zwischen Festangestellten und Leiharbeitskräften mittlerweile so umgekehrt, dass die Leiharbeit für die besseren Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlung steht.

Ein weiteres Beispiel für die erlebte Nicht-Anerkennung ist Yolá, die als Coach Langzeitarbeitslose betreut und dabei selbst prekär angestellt ist und diese Prekarität auch spürt: „Es fühlt sich an, als hielte man uns für verzichtbar.“ (S. 166) Wenn pandemiebedingt die Teilnehmenden nicht zur Maßnahme kommen dürfen, hat das für beide Seiten enorme Probleme zur Folge. Yolá verliert nicht nur an Einkommen (Maßnahmen werden nicht mehr vom Jobcenter bezahlt; sie muss in Kurzarbeit gehen), sondern auch den Kontakt zu den Teilnehmenden, für die abermals keine Alternativen bereitstehen. Sie zeigt große Sympathien und macht vor allem die unflexiblen Strukturen der Jobcenter als Problem aus, da gerade während der Schließungen auch keine Alternative für die Erwerbslosen gesucht wurde. Das Kurzarbeitergeld bedeutet für sie gerade die Unsicherheit, die sie sonst ihren „Leistungsbeziehern“ zu nehmen versucht.

Diese gesellschaftskritischen Perspektiven sind in nahezu allen Protokollen enthalten, denn die Beschäftigten haben oftmals einen Blick für die Hintergründe. Wie angesprochen nimmt das Buch leider keine eigene Systematisierung oder Kontextualisierung vor. Die Leser*in muss sich bei bestimmten Themen – wie der Leiharbeit – zumindest in Grundzüge eingelezen haben, um die Tragweite der Probleme zu verstehen. Auch wenn das Buch keine „soziologische Studie“ sein will, läge genau in einer solchen Kontextualisierung ein großes Potenzial. Damit ließen sich nicht nur die Geschichten des Pflegealltags erzählen, sondern auch „Lösungsvorschläge“ aus den Geschichten ableiten. Das muss nicht als trockene wissenschaftliche Studie erfolgen, aber gerade die durchdachte Anlage der Protokolle – mit den rahmenden Intros zur Person und dem Outro zur weiteren Situation – wäre der Ort gewesen, der Leser*in zumindest einen begleitenden Kommentar mitzugeben.

Nicht alle Gespräche sind anonymisiert und bestimmte öffentlich auftretende Personen sind auch als solche benannt. Gerade hier wäre ein einordnender Kommentar hilfreich gewesen. Mit Diana Hennings von Moabit hilft e.V. dürfte er durchweg sympathisieren. Wenn sie die Probleme des Vereins reflektiert,– wie etwa die fragile Spendenfinanzierung und die kritische Haltung der etablierten Politik zum Verein, spricht sie auch die politischen Dimensionen immer wieder an. Bei ihr und dem Verein zeigt sich deutlich, wie sich eine, sich selbst als politisch verstehende Zivilgesellschaft eben auch positionieren kann: „Wie gesagt: Mittäterschaft gibts bei uns nicht.“ (S. 124) Die Distanz zur institutionalisierten Politik ermöglicht es dem Verein, sich klar zu positionieren und parteiisch zu sein.

Soziale Arbeit als politische Arbeit

Wie eine pragmatisch-politische Perspektive als Gegenbeispiel aussehen kann, zeigt sich dann bei Thomas de Vachroi. Er ist Armutsbeauftragter des Diakonischen Werks Simeon und Einrichtungsleiter des Diakonie-Hauses Britz. Außerdem ist er Sozialbeauftragter der CDU Neukölln. Mit seiner Erzählung gehen einige diskutabile Positionen einher, die natürlich nicht dem Autor der Pflegeprotokolle anzulasten sind, und gerade deshalb einer kritischen Einordnung bedürfen. Einige Beispiele herausgegriffen: Dass der christliche Glaube in seiner Arbeit eine große Rolle spielt, zeigt sich beispielsweise in einem problematischen Armutsverständnis, das dieser religiösen Perspektive zugrunde liegt: Armut solle bekämpft und nicht verhindert werden; tendenziell werden die „Armen“ auf ihre Hilfsbedürftigkeit reduziert. So führt die starke Verankerung kirchlicher Träger im sozialen Bereich in diesem Fall folgerichtig zur Beschreibung de

Vachroi: „Im Sozialstaat ist ja nicht der Staat allein verantwortlich dafür, wie wir leben. Jeder lebt für sich. Jeder hat Verantwortung für sich selbst.“ (S. 186) Das mag sich zunächst unproblematisch anhören, aber die Eigenverantwortung im Kontext der Obdachlosigkeit zu betonen, kann doch leicht zynisch wirken, oder beinhart realistisch? Auch die Ursachen von Obdachlosigkeit sind nicht immer selbstverschuldet. Das räumt auch de Vachroi ein. Aber was würde daraus resultieren, wenn sie es wären? Das klingt doch sehr nach einer Unterscheidung von „richtigen“ und „falschen“ Armen.

Ebenso problematisch ist die behauptete Verpflichtung zur Neutralität des Armutsbeauftragten. De Vachroi schreibt: [D]er Armutsbeauftragte bleibt neutral und gibt dem Land Hinweise was notwendig ist.“ (S. 188) Diese Neutralität lässt sich durchaus bezweifeln. Muss er das sein? Oder besser gefragt: sollte er das müssen? Natürlich ist er als institutionalisierter Armutsbeauftragter bestimmten politischen Logiken unterworfen (er hat eine bestimmte Rolle als Armutsbeauftragter und muss sich dieser entsprechend verhalten), die aber dennoch nicht alles bestimmen muss(t)en. Die Gegenüberstellung mit Diana Hennings kann genau das zeigen. Einerseits gibt es ein breites Spektrum an sozialer Arbeit, andererseits besteht die politische Frage durchaus darin, wie mit den Menschen gearbeitet wird und wie auch die eigene Rolle ausgefüllt wird.

Die Krise verlangt politisches Handeln

Andere Geschichten zeigen auf, wie der Arbeitsschutz und die Organisation in der Pflege auch unter der Pandemie leiden: Georg arbeitet als Krankenpfleger in der mobilen Pflege und zeichnet in seiner Geschichte deutlich nach, wie ernst auch vor Corona die Lage schon war, was vor allem auf die Ökonomisierung der Pflege zurückzuführen ist. So werden beispielsweise aus Urlaubs- und Weihnachtsgeld Gesundheitsprämien, die an diejenigen ausgezahlt werden, die eben nicht krank werden. Er beschreibt die Veränderungen im Gesundheitssystem wie folgt: „Dann haben das so Leute aus der Start-up-Branche übernommen. Die dachten sich wahrscheinlich, in der Pflege kann man Geld machen.“ (S. 232) Die Bandbreite der Probleme während, aber auch schon vor der Pandemie aufzuzeigen, ist Valin dabei auf jeden Fall gelungen.

Das Buch von Valin wird seinem eigenen Anspruch, den Alltagsexpert*innen Gehör zu verschaffen, mehr als gerecht, versäumt es aber, eine Einordnung über dieses Anliegen hinaus zu liefern. Das ist kein Problem, verlangt aber von den Leser*innen viel mitzudenken und auch Vorwissen, um die Tragweite der Protokolle zu verstehen. Wer sich darauf einlassen kann, nicht alles geliefert zu bekommen, findet in den Pflegeprotokollen eine Materialsammlung, die einiges an Diskussionspotenzial bereithalten (wie das Beispiel von Thomas de Vachroi zeigt). Wer schon einiges zum Thema Pflegenotstand, Care-Arbeit und Kapitalismus gelesen hat, wird viel von den politischen Diskursen auch hier wiederfinden. Auch die Gesprächspartner*innen von Valin betonen vielfach dass die Krise in der Pflege nicht erst mit Corona gekommen ist, sondern schon deutlich länger besteht und ohne explizites politisches Handeln auch darüber hinaus bestehen wird. Gerade das Format der Protokolle kann umstandslos auch eine willkommene Abwechslung in der publizistischen Begleitung der Corona-Pandemie sein. Eine Stimme haben die Sprecher*innen auf jeden Fall bekommen.

Frédéric Valin 2021:
Pflegeprotokolle.
Verbrecher Verlag, Berlin.
ISBN: 9783957324979.
240 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Jürss: Corona, Care und eine überfällige Diskussion. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1755>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Katastrophe mit Ansage



Karl Heinz Roth
Blinde Passagiere
Die Corona-Krise und ihre Folgen

Die Pandemie kann ohne den Blick auf ihre desaströse Vorgeschichte nicht verstanden werden.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Karl Heinz Roth ist ein operaistisches Urgestein, politischer Aktivist seit Jahrzehnten - und war gleichzeitig jahrelang praktizierender Arzt und Sozialhistoriker. Ihm zuzuhören, was er über die Pandemie und die sozialen und politischen Implikationen davon zu sagen muss also Sinn machen. Oder?

Jahrhundertelanges Versagen

Mit „Blinde Passagiere“ ist Roth eine grundlegende, wenn auch etwas ausschweifende Gesamtdarstellung des Pandemieverlaufs gelungen. Das ist auch insofern verdienstreich, weil er um eine Übersicht innerhalb der sich krisenhaft überschlagenden Medienberichte bemüht ist, und diese zumindest bis zu Rechercheende Mitte 2021 auch immer wieder zueinander in Beziehung setzt. Zentrale Thesen seines Bandes: Die Lockdown-Politik in vielen Ländern der Welt war nicht alternativlos – und die Pandemie ist ein Desaster mit Vorlauf. Mit einem knappen historischen Einstieg über vorhergegangene Pandemien zeigt Roth: Es gab seit vielen Jahren ein enormes Wissen um Pandemiegeschehen, internationale Pandemiepläne und -übungen wurden mit enormen Kosten hochgefahren und so weiter und so fort. Warum aber haben die Machthabenden daraus so wenig gelernt?

Den politischen Entscheidungszentren war „das nationale Hemd näher als der Rock der internationalen Solidarität“ (S. 282), wie Roth schreibt. Impfnationalismus, Impfprotektionismus – „stillschweigende“ Exportverbote für im Inland erzeugte Vakzine, etwa in den USA und in der EU, aber auch in Indien – „Blankochecks“ (S. 282) mancher Staaten für Impfstoffe und so weiter sorgten im Verlauf der Pandemie dafür, dass Pläne der gerechten Impfstoffverteilung weltweit ins Abseits gerieten. Die Kapitel, in denen der Autor diese Entwicklungen zusammenfasst, gehören zu den lesenswertesten, zusammen mit den Darstellungen ökonomischer Paradoxien der Coronakrise am Ende des Bandes.

Der biotechnisch-pharmazeutische Komplex

Dem Autor gelingt eine differenzierte Kritik an der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Die Gesundheitssysteme der westlichen Länder wurden nach ökonomischen Effizienzkriterien ausgeblutet, was systematisch zu fehlenden Kapazitätsreserven im Kontext der Gesundheitsversorgung führte. Die Umschichtungen von Personal im Kontext der Covid-19-Versorgung und damit die Überlastung der Kapazitäten in der Krankenversorgung insgesamt verstärkten diesen Misstand und wurden auch seitdem nicht behoben. Roth macht mit Blick auf die weltweiten Übersterblichkeitsstatistiken deutlich, in welchem Maße Menschen auch deshalb

sterben mussten, weil medizinische Funktionsketten erschwert oder unterbrochen wurden. Die Verquickungen von Staaten, Privatstiftungen und Pharmaindustrie werden von Roth genau dargestellt, ohne dabei in verschwörungsideologische Mutmaßungen abzudriften. Wichtig sind hier auch seine Ausführungen zu Impfkampagnen und Machtpolitik rund um die Erstellung und Distribution von Impfstoffen. Roth zeigt, dass durch die einseitige Bearbeitung der Folgen eine Entwicklung beschleunigt wurde, die er als „neuartige(n) biotechnisch-pharmazeutische(n) Komplex“ bezeichnet – spannenderweise als einen, „der an die Seite des militärisch-industriellen Komplexes tritt“ (S. 438).

Roths Ansatz ist international und auch in Bezug auf Klassenlagen ausgerichtet. So gelingt ihm ein Blick auf die Ungleichheitsdimensionen weltweit; etwa, wenn er über die die „Polizeistaatsmethoden“ (S. 303) in weiten Teilen des Globalen Südens berichtet. Mittels Schließung von Märkten und öffentlichen Plätzen sowie dem erschwerten Zugang zu lebensnotwendigen Alltagsstrukturen wurde, so der Autor, „die in den informellen Sektoren lebende Armutbevölkerung dem Hunger aus(geliefert)“ (ebd.). Roth jongliert in diesen Kapiteln mit zahlreichen internationalen Beispielen. Das führt zwar zu einem etwas labyrinthartigen Lesevergnügen, aber ist zur Dokumentation und Grundlage für spätere Vertiefungsarbeiten sicherlich sinnvoll.

Für mehr Staatskritik

Aus einer materialistischen Kritik an den Zuständen wird seine Darstellung allerdings dann unvollständig, wenn Roth alle möglichen durch die Covid-Priorisierung in der Gesundheitsversorgung und die durch die Maßnahmen zusätzlich erschwerten Krankheiten pauschal als „negative gesundheitliche Folgen des Lockdowns“ (S. 314) bezeichnet. Ja, durch die längeren Phasen der eingeschränkten sozialen Kontakte stiegen beispielsweise vielerorts die Anzahl derer, die von psychischen Erkrankungen berichteten: Depressionen, Ängste, Suchtmittel-Missbrauch und so weiter. Dies einzig als negative Folge der Lockdowns zu beschreiben, greift allerdings zu kurz. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vulnerabilität im kapitalistischen Verwertungssystem und die in den Pandemie Jahren gestiegene Akzeptanz, psychische Erschöpfung auch nach außen zu tragen und nicht individualisiert auszuhalten, sind ebenfalls Faktoren, die diese Statistik beeinflussen. Was war zuerst da, der Lockdown oder der Kapitalismus, diese Differenzierung ist für ein genaueres Bild von Bedeutung. Wenn die gestiegene Zahl von Frauen in Japan, die sich im Jahr 2020 suizidierten, angeführt wird, woran gilt es dann Kritik zu üben, einzig an den Pandemie-Maßnahmen – oder auch an einer gesellschaftlichen Normalität, in der Frauen diese in einem überproportionalen Maße auffangen müssen (prekäre Lohnarbeit, Reproduktionsarbeit, patriarchale Strukturen...)? Da fehlt insofern die Kohärenz, als Roth auch wenige Seiten später Japan als Vorzeigeland für die Pandemiebewältigung ausmacht.

So oft Roth also wichtige Punkte aufmacht – etwa, dass Pandemie Krisen vor allem schon zuvor aufgekommene wirtschaftliche Krisen verstärken und selbst nicht ursächlich sind – und mit seinem enormen Wissen glänzen kann, so viele blinde Flecken weist der Band auf. Ausnahmestände auszurufen und elementare Bürgerrechte einzuschränken, so resümiert Roth etwa angenehm unaufgeregt, seien nicht „in der Absicht (geschehen), das politische System dauerhaft autoritär umzugestalten“ (S. 404). Er übt dabei auch Kritik an alarmistischen Stellungnahmen wie der des Theoretikers Giorgio Agamben. Die Kampagne ZeroCovid reduziert er aber im gleichen Atemzug darauf, einzig eine Stimme für eine „mit Solidaritätsfloskeln bemäntelte Verschärfung der autoritären Maßnahmen“ (S. 402) zu sein. Er speist sie mit einigen unsolidarischen Worten ab, anstatt die Forderungen des linken Bündnisses als das zu verstehen, was sie sein sollen: Als Staatskritik und Aufruf für eine umfassende Veränderung des Gesellschaftssystems und als solche notwendigerweise auch utopisch. Es wird so gedreht, als seien die Linken, die demokratische Maßnahmen für wichtig erachten, plötzlich zu autoritären, eurozentrierten Diener:innen des Staats geworden. Dass die Kritik an den staatlichen Maßnahmen als ungenügend und schlichtweg tödlich, nicht gleichzeitig Unterstützung des autoritären Staatshandelns ist, müsste eigentlich einem alten

Hasen wie Roth klar sein. Eine weitere Kritikerin von ZeroCovid, Tove Soiland, macht im Übrigen (etwa in einem jüngst publizierten Artikel beim *Neuen Deutschland*) noch einen unsolidarischeren Move: Die Forderungen seien aus einer feministischen Perspektive in höchsten Maße zu kritisieren, eine Erfüllung derselben „käme(n) (...) einer radikalen Umwälzung gegenwärtiger kapitalistischer Ökonomien gleich.“ Ja, genau! Da sich Roth auf nur einer handvoll Seiten seines Buches überhaupt mit der Frage nach Reproduktionsarbeit, der Lage von Frauen* in der Pandemie oder feministischen Analysen dazu beschäftigt, kommt diese Argumentationslinie bei ihm wenigstens gar nicht erst vor. Dazu passt, dass bislang nach Homepage des Autors nur Männer den Band besprochen haben. Das muss ja nicht an sich schlecht sein, Männer sollen ja komplexe soziale Problemlagen ebenfalls ganz gut durchdenken können, aber es zeigt, dass diese Leerstelle – der kaum vorhandene Blick auf die sekundäre Care-Ökonomie, die Reproduktionsarbeiten, die zusätzlichen Mehrbelastungen vor allem für Frauen*, im Falle fehlender oder falsch ausgearbeiteter Maßnahmen erhöhte Verantwortung zu tragen und so weiter – bislang noch nicht wirklich aufgefallen ist.

So gibt es an einigen Stellen sehr viel Verständnis und analytische Klarheit für Ambiguitätstoleranz, an Widersprüchlichkeiten und Dilemmata. An anderen verfährt der Autor holzschnittartig; etwa, wenn nach seitenlangen Ausführungen doch wieder die richtige Lösung des Autors danach klingt, einfach stärker auf Basishygiene und Eigenverantwortlichkeit zu achten. Leo Fischer schrieb dazu passend kürzlich im *Neuen Deutschland*: „So wird die eigentlich soziale Aufgabe, die Individuen vor Katastrophen zu retten, zum Gegenteil: Die Individuen nehmen Katastrophen hin, damit die Systeme nicht mehr in die peinliche Lage geraten, sie verhindern zu müssen.“ Während ich dieses Buch durcharbeite, kämpfen alleine in Deutschland immer noch zigtausende Menschen täglich mit den schweren Auswirkungen des Virus, viele sterben daran. Weiterhin. Ab jetzt geht es aber wieder um Eigenverantwortung des Infizierens, viele staatliche Maßnahmen fallen weg. Und wir sind, auch aufgrund der harten Bandagen, mit denen im linken Lager gekämpft wird, nicht viel weiter gekommen mit einer gemeinsamen solidarischen Perspektive des Umgangs. Schade.

Karl Heinz Roth 2022:

Blinde Passagiere. Die Corona-Krise und ihre Folgen.

Verlag Antje Kunstmann, München.

ISBN: 978-3-95614-484-4.

480 Seiten. 30,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Katastrophe mit Ansage. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1756>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Die Welt kann sich einen Stillstand leisten



Adam Tooze

Welt im Lockdown

Die globale Krise und ihre Folgen

Austeritätspolitik und fiskalische Härte bieten auf die multiplen Krisen dieser Zeit keine Antwort.

Rezensiert von [Vanessa Redak](#)

Christian Lindner sei als Finanzminister für Deutschland ungeeignet – wer wissen will, warum Adam Tooze (gemeinsam mit dem Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz) in einem im Oktober 2021 veröffentlichten Kommentar für die Wochenzeitung *Die Zeit* zu diesem Schluss kommt, findet in „Welt im Lockdown“ genügend Argumente. Zentral für Tooze ist dabei, dass Austerität und fiskalische Disziplin keine Antworten auf die Polykrisen unserer Zeit sein können. Vielmehr habe die Corona-Krise gezeigt, dass sich große Teile der Welt einen Stillstand buchstäblich leisten können. Die milliardenschweren Hilfsprogramme der Regierungen, insbesondere in der EU und in den USA, waren Tooze zufolge demnach die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Pandemie. Damit führt er den schon in seinem Finanzmarktkrisen-Buch „Crashed“ geäußerten Gedanken weiter, wonach die der Finanzmarkt-Krise 2008 folgenden Austeritätspolitiken wirtschaftliche und politische Spannungen verschärft haben.

Adieu neoliberale Dogmen!

Die Corona-Krise habe, so der Autor, nun endlich jene wirtschaftspolitische Reaktion hervorgebracht, die bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise 2008 fehlte. Denn während 2008 „nur“ die Notenbanken durch die geldpolitische Öffnung versuchten, die Krise abzufangen, habe seit 2020 das Tandem aus geld- und fiskalpolitischer Lockerung entscheidend zur Bewältigung der wirtschaftspolitischen Folgen der Corona-Pandemie beigetragen. Die Leichtigkeit, mit der neoliberale Dogmen in der Krise über Bord geworfen wurden und die Bereitschaft zu Schuldenaufnahme, hohen budgetären Ausgaben, zur Quasi-Finanzierung des Staates durch die Notenbanken, zur Vergemeinschaftung der EU-Schulden, zu Niedrigzinsen und so weiter stieg, hätten laut Tooze das Potenzial, von einem neuen Gesellschaftsvertrag oder zumindest von einem Neustart zu sprechen. Gleichzeitig ist ihm jedoch bewusst, dass die außerordentlichen staatlichen Interventionen infolge der Pandemie auf tönernen Füßen stehen. Und deshalb solle Lindner nicht deutscher Finanzminister werden - tja. Gleichzeitig deutet Tooze an, dass die Reaktionen auf die zwei Krisen, die erstens von ihrer wirtschaftlichen Tragweite in den letzten Dekaden einzigartig sind und zweitens in historischer Perspektive zeitlich nah beieinander liegen, lediglich Pflaster für oberflächliche Wunden sind. Die dahinterliegenden und grundlegenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen Missstände werden in dem ansonsten extrem faktenreichen Buch leider jedoch zumeist ausgespart, was schade ist, da Tooze selbst davon ausgeht, dass weitere schwere Krisen drohen (für die Klimakrise ist dies ja bereits evident).

Analytische Lücken

Überhaupt ist die einzige theoretische Bezugnahme, die Tooze für die politische Einordnung der

gegenwärtigen Gesellschaft macht, die „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck – der Annahme, alle Individuen seien den Risiken der Moderne, unabhängig von ihrem Status, ausgesetzt. Diese führt er selbst an mehrfacher Stelle ad absurdum, wenn er auf die sowohl wirtschaftlich wie gesundheitlich ungleiche Verteilung hinweist. Diese analytische Lücke führt auch zu einer sehr enttäuschenden Schlussfolgerung für zukünftige Politikanforderungen: Notfallbedingtes Ad hoc-Krisenmanagement sei gefragt, auch wenn dies „nicht die Erhabenheit oder Ambition transformativer Politik“ hat. Da ging selbst Angela Merkel weiter, als sie im Rahmen des Klimagipfels COP 26 im Herbst 2021 festhielt: „Denn es geht um eine umfassende Transformation unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens.“ Alle paar Jahre riesige fiskalische und geldpolitische Rettungspakete schnüren kann ja nicht das Ziel fortschrittlicher Politik sein.

**

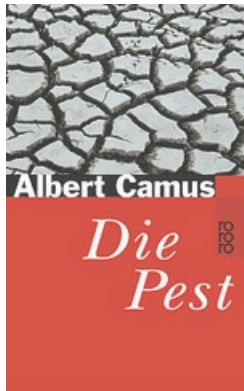
Diese Rezension erschien zuerst in der N°12/1 2021 der österreichischen Monatszeitschrift *Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung* und wurde für diese Ausgabe von kritisch-lesen.de geringfügig redaktionell bearbeitet.

Adam Tooze 2021:

Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen. Übersetzt von: Andreas Wirthensohn.
Verlag C.H. Beck, München.
ISBN: 978-3-406-77346-4.
408 Seiten. 26,95 Euro.

Zitathinweis: Vanessa Redak: Die Welt kann sich einen Stillstand leisten. Erschienen in: *Pandemisches Zeitalter*. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1741>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Hoffnung in der sinnfreien Welt



Albert Camus

Die Pest

1947 erschien der Roman, der Albert Camus weltberühmt machen sollte. In diesem Meisterwerk entwickelte er am Beispiel von Krankheit, Tod und Sterben seine Philosophie des Absurden – mit einer zutiefst menschenfreundlichen Botschaft.

Rezensiert von [Christian Baron](#)

Da war es wieder, dieses im Inneren der Wand vom einen zum anderen Ende kriechende Knattern im Gebälk. Es fiel dem alten Asthmatiker sofort auf, denn monatelang durfte er es überhaupt nicht mehr vernehmen. Und wie der Greis jetzt jauchzte, als er die Tür seiner Hütte aufriss und nach draußen in die Schar arg gebeutelter Dorfbewohner hineinrief: „Man muss sie laufen sehen! Das ist eine Freude!“ (S. 301) Just in diesem Moment sausten weitere in seine Wohnung hinein. Und der ergraute Herr ließ es nur zu gerne geschehen. Sie sahen aber auch wirklich gesund aus, diese beiden quietschfidelen Ratten.

Natürlich gelten die Nager mit den langen Schwänzen gemeinhin als wüste Schädlinge, die mit dem Menschen den Lebensraum teilen und unablässig fiese Krankheiten übertragen. Ganz und gar unbeliebt sind sie; einmütig teilt die Menschheit darum ihren angstvollen Ekel gegen die Kleintiere. Doch in diesem Fall liegen die Dinge anders. Monat um Monat waren die Einwohner der algerischen Küstenstadt Oran von einer unheilvollen Pest-Epidemie geplagt, die sich anfangs angekündigt hatte über besagtes Viehzeugs: „Des Nachts hörte man in den Korridoren oder Gassen ihre hohen Todesschreie.“ (S. 21) Es ist ein durch und durch düsteres Setting, in das Albert Camus seinen berühmten Roman „Die Pest“ hineingleiten lässt; ein sanftes Driften in eine bedrückende Geschichte, denn zu Beginn beschreibt der Erzähler floral jenen idyllischen Handlungsort, der so unscheinbar, so gewöhnlich, so normal, ja geradezu geleckert daherkommt.

Hier wird die Gewöhnlichkeit exzessiv inszeniert. Blumen werden herbeigeschafft, der Frühling wird „auf den Märkten verkauft“ (S. 7), Vergnügen gibt es nur am Samstag, ansonsten steht die Arbeit im Mittelpunkt allen Lebens. Krank werden darf niemand, denn die Krankheit isoliert vom Geschäftsleben. Wie Camus von diesem Setting aus der heraufziehenden Seuche in der Sprache geradezu puristisch und im Duktus letztlich doch lebendig entgegen schreibt, zeugt vom literarischen Können des großen Existenzialisten.

Eine gewöhnliche Stadt im Ausnahmezustand

Dreh- und Angelpunkt ist der Mediziner Dr. Bernard Rieux, der irgendwann in den 1940er Jahren seine Stadt in die Fänge des „Schwarzen Todes“ geraten sieht und sich mit aller Kraft dagegen stemmt. Zuerst sind da nur die vielen toten Ratten und wenige Fälle einer unbekanntes, letalen Krankheit, die Menschen befällt. Nach und nach dämmert dem Protagonisten, dass es sich nur um die Pest handeln kann. Tatsächlich versetzt die Krankheit die Stadt zusehends in einen Ausnahmezustand, deren Bewohner „schweben mehr als dass sie leben, richtungslosen Tagen und unfruchtbaren Erinnerungen ausgesetzt, umherirrende Schatten, die nur zu Kräften hätten kommen können, wenn sie bereit gewesen wären, im Boden ihres Schmerzes Wurzeln zu schlagen“

(S. 84).

Was folgt, ist Menschlich-Allzumenschliches: Da werden Zusammenhänge konstruiert, die es nicht geben kann. Da wird eine Logik gesucht, wo keine ist. Da wird nach Schuldigen gefahndet, wo keine zu finden sind. Dennoch weisen die Maßnahmen der Stadt-Oberen in eine irrationale Richtung: „Man kam auf die Idee, innerhalb der Stadt bestimmte besonders stark betroffene Viertel zu isolieren und nur den Menschen, deren Dienste unentbehrlich waren, zu erlauben, sie zu verlassen.“ (S. 191) Die Pestkranken werden ghettoisiert, Oran wird regelrecht abgeriegelt.

Immer wieder ist in den vergangenen Jahrzehnten gedacht, gesagt und geschrieben worden, Camus habe mit seinem Werk etwas anderes als die bloße Seuche beschreiben wollen: Die Pest, sind sich Heerscharen an Interpret_innen sicher, das sind die deutschen Truppen in Frankreich zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Ein Blick in die Tagebücher des algerisch-französischen Schriftstellers offenbart, dass er sein Buch darüber weit hinaus gehend verstanden wissen wollte:

„Ich will mit der Pest das Ersticken ausdrücken, an dem wir alle gelitten haben, und die Atmosphäre der Bedrohung und des Verbanntseins, in der wir gelebt haben. Ich will zugleich diese Deutung auf das Dasein überhaupt ausdehnen. Die Pest wird das Bild jener Menschen wiedergeben, denen in diesem Krieg das Nachdenken zufiel, das Schweigen – und auch das seelische Leiden.“ (Camus 1997, S. 252)

Die bedrückende Erfahrung des Absurden

In nahezu jeder seiner präzise formulierten Zeilen gelingt es Camus, das Konkrete auszusprechen und unverkennbar das große Ganze zu meinen: Die Pest geht jeden an, jeder kennt sie, jeder kann von ihr angesteckt werden und muss sich dann mit der unausweichlichen Tragödie abfinden:

„Jeden Abend heulten Mütter so, mit abstraktem Ausdruck, angesichts von Unterleibern, die sich mit all ihren Todesmalen darboten, jeden Abend klammerten sich Arme an Rieuxs Arme, überstürzten sich sinnlose Worte, Versprechungen und Tränen, jeden Abend lösten bimmelnde Krankenwagen Krisen aus, die so vergeblich waren wie aller Schmerz.“ (S. 104)

Die wenigen Figuren, die Camus genauer fokussiert, bewegen sich im klassischen Gewand von Spielern und Gegenspielern. Frauen haben, wie stets in Camus' Texten, kaum einen Platz. Rieuxs Mutter strickt, ganz ihrem Schicksal ergeben, lethargisch im Romanhintergrund herum. Sie ist „ein stummes Denkmal für die einzige Frau von Bedeutung im Leben des Autors“ (Radisch 2013, S. 227), dessen enge Bindung zur Mutter im zeitlebens schwierigen Umgang mit dem weiblichen Geschlecht ihre unschöne Kehrseite fand. Rieux hingegen ist der tragische Held, der alles tut, um die Seuche einzudämmen; sein Freund Tarrou ebenso, der eine Schutzgruppe gründet; auch Grand, der arme Literat mit Schreibblockade; der große Antagonist hingegen ist Paneloux, ein Jesuitenpater mit betoniertem Weltbild.

In seinen Predigten wendet er die christliche Ideologie konsequent auf die Pest an: „Des Wartens auf euer Kommen müde, hat Gott deshalb die Geißel euch heimsuchen lassen, wie sie alle Städte der Sünde heimgesucht hat, seit die Menschen eine Geschichte haben.“ (S. 112) Später vermengt der Pfaffe die perverse christliche Liebe am Leid mit der unbegreiflich-erbarmungslosen Härte, in der die Krankheit zuschlägt und beschwört darum den Gehorsam des Menschen gegenüber Gott, der allein alles Leid schaffen und beenden könne. Für Rieux ist das zu viel, denn die Pest folgt keiner Logik, sie rafft Kinder ebenso hinweg wie Alte, Schwache und Reiche. Das Erdulden der Krankheit, ihr Auftreten und ihr Verlauf sind völlig absurd und einfach nicht begreifbar.

Was helfen kann: Solidarität, Freundschaft und Liebe

Wer sich aus diesem brutalen Umstand durch religiösen Hokusfokus zu retten trachtet, verschleiert

Misstände weit mehr, als dass er die Ursachen derselben bekämpft. Im Disput mit dem ebenfalls an der Pest sterbenden Pater ruft Rieux dementsprechend aus: „Ich habe eine andere Vorstellung von der Liebe. Und ich werde mich bis zum Tod weigern, diese Schöpfung zu lieben, in der Kinder gemartert werden.“ (S. 247) Dass Camus seine philosophischen Grundthemen, das Leben und der Tod im Angesicht des unüberwindbaren Absurden, auf diese Weise in die Story einwebt, ist ein weiterer der vielen genialischen Momente in diesem Meisterwerk.

In einer gottlosen Welt geschehen die Dinge aus Gründen, nicht zu Zwecken. Beim romanhaften Erzählen aber bleiben Zwecke eigentlich unverzichtbar, und eben darum ist es so famos, wie Camus sich das Religions-Thema krallt und kunstvoll mit ihm auf der Klaviatur seiner absurden Philosophie spielt. Seinen Rieux lässt er nach den Gesetzen der Physik und des Humanismus walten, den Pater Paneloux nach jenen des Fanatismus. Objektiv ist diese Welt sinnlos. Sie mit Sinn zu füllen, obliegt einzig und allein den sie bewohnenden Wesen. Ob wir überhaupt leben wollen, hat uns ja nie jemand gefragt. Uns mit dem Sein dennoch abzufinden und alles uns Mögliche zu tun, um die kurze Zeit unserer Existenz zu einer schönen Phase zu machen, und sei es im Angesicht von Tod, Elend und Verderben, das ist die frohe Botschaft der „Pest“.

Für Camus bedeutet das konkret: Solidarität, Freundschaft und Liebe müssen die Eckpfeiler des menschlichen Zusammenlebens sein. Das gilt auch und vielleicht sogar erst Recht ab jenem Moment, in dem die Krankheit urplötzlich den Rückzug antritt. Rieux kann mit seinem bislang nutzlosen Serum nun scheinbare Wunderheilungen vollbringen und mit der ganzen Stadt „diese zusammengedrängte Minute feiern, in der die Zeit der Leiden endete und die Zeit des Vergessens noch nicht angefangen hatte“ (S. 335). Kämpfen gegen jedes Übel lohnt sich immer, so die Prämisse dieses Buches, auch wenn es erkennbar nicht immer erfolgreich sein kann. Was Camus in seinen philosophischen Texten immer wieder auf den Punkt brachte, hier rundet es ein bewegendes Lese-Erlebnis ab. Seinem Rieux nämlich legt der Autor in den Mund, er wisse, „was man in Plagen lernt, nämlich dass es an den Menschen mehr zu bewundern als zu verachten gibt“ (S. 350).

Zusätzlich verwendete Literatur

Camus, Albert (1997): Tagebücher 1935-1951. Reinbek: Rowohlt.

Radisch, Iris (2013): Camus. Das Ideal der Einfachheit. Eine Biographie. Reinbek: Rowohlt.

Albert Camus 2014:

Die Pest. 82. Auflage.

Rowohlt Verlag, Reinbek.

ISBN: 978-3-499-22500-0.

352 Seiten. 9,99 Euro.

Zitathinweis: Christian Baron: Hoffnung in der sinnfreien Welt. Erschienen in: Leben und Sterben. 35/ 2015, Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1259>.

Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Notbremsung vor der Naturschranke



Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown

Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus

Die Idee des grünen Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich. Um der Umweltzerstörung entgegenzuwirken, braucht es eine neue Art des Wirtschaftens.

Rezensiert von [Lara Wenzel](#)

Im 19. Jahrhundert trafen sich im Versuch, das Nordpolarmeer zu durchqueren, ökonomische Interessen mit nationalistischem Forscherdrang. Auf der Suche nach einer Nordost- oder Nordwestpassage froren Expeditionsflotten im Eismeer ein, überwinterten in der Finsternis und benannten noch mit abfrierenden Fingergliedern jede neuauftauchende Insel nach ihren Finanziers. Die Naturbezwinger wurden immer wieder von der Polarnacht in ihre Schranken verwiesen, ohne eine neue Handelsroute erschlossen zu haben. Aus den Tagebüchern und Logbucheinträgen melden sich in der Eiswüste wahnsinnig Gewordene, die im gleißenden, sich ständig verändernden Weiß den Sinn für Raum und Zeit verloren haben.

Doch nicht für lange entzogen sich die Pole dem menschlichen Vermessungs- und Kommodifizierungsdrang, der alles zu einer Ware machen will. Heute braucht es kaum noch die sowjetischen Eisbrecher, um an die Erdölvorkommen zu gelangen. Diese legen sich im exponentiellen Wechselspiel mit der Erderwärmung selbst frei – ein prägnantes Beispiel der „sich selbst beschleunigende[n] Zerstörungsdynamik der abstrakten Reichtumsproduktion“ (S. 74).

Um nicht die Naturschranke zu erreichen, auf die der wachstumsorientierte Kapitalismus unweigerlich zusteuert, fordert der von den Krisis-Autoren Ernst Lohoff und Norbert Trenkle herausgegebene Band „Shutdown – Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus“ ein radikales Umdenken. Die Wirtschaft dürfte nicht mehr an der Vermehrung des Reichtums, also an der marxischen Formel „Geld – Ware – mehr Geld“, ausgerichtet sein, sondern an der „Herstellung nützlicher Dinge zur Befriedigung der konkret-sinnlichen Bedürfnisse aller Menschen“ (S. 9).

Es war der Tauschwert, nicht der Gebrauchswert

Der Sammelband analysiert in sechs Texten das krisenträchtige, kapitalistische System, in dessen Folge Pandemien und Umweltzerstörung die Notwendigkeit eines neuen Wirtschaftens vor Augen führen. Angesichts der „dynamischen Krisenlage“, die im Falle der Corona-Pandemie stetig betont wird, geht die Publikation das Risiko ein, schon veraltet zu sein, bevor sie überhaupt erschienen ist. Doch die Analysen rücken vom oberflächlichen Schein der kapitalistischen Alternativlosigkeiten schnell vor zu dem, was das System im Grunde bewegt. Innerhalb der Theorieströmung der Wertkritik, zu der die Autoren gehören, sind die vorgebrachten Grundlagen nicht neu, aber gegen die Idee eines grünen Kapitalismus bringen die Autoren die marxischen Begriffe und Erkenntnisse mit großer Klarheit in Stellung.

Bei der Produktion von Waren steht nicht die Herstellung von Gebrauchswerten im Vordergrund, sondern die Vermehrung von abstraktem Reichtum. Dass das hergestellte Produkt einen Nutzen

hat, ist für den Wert der Ware zweitrangig, wichtig ist nur der sogenannte Tauschwert. „Was die kapitalistische Produktionsweise antreibt, ist der endlose Zwang, den abstrakten Reichtum zu vermehren, oder, einfacher ausgedrückt, der Zwang, aus Geld mehr Geld zu machen.“ (S. 60) Dieser Bewegung liegt ein gesellschaftliches Verhältnis zugrunde, in dem sich die „vereinzelten Einzelnen“ im Tausch beziehungsweise der Veräußerung ihrer Ware Arbeitskraft aufeinander beziehen. Vermittelt durch Geldbeziehungen stehen die Warensjekte in einem Entfremdung produzierenden Zusammenhang, in dem der entpersonifizierte Kapitalismus auf alle als Zwang einwirkt. Versucht man so verstrickt in Akkumulationslogik und Lohnarbeitszwang auf die Klimakrise zu reagieren, gerät man in einen unauflösbaren Widerspruch, denn es bleibt „entweder aufgrund der ökologischen Zerstörung oder aus wirtschaftlicher Not zu sterben.“ (S. 9)

Abspaltung, Externalisierung, Othering

Reproduktionstätigkeiten fallen aus dieser Form der Vergesellschaftung heraus, was ihre Abwertung begründet, denn nur wertproduzierende Arbeit erhält Anerkennung. Während Kindergärten und Schulen in der Pandemie geschlossen waren, stellte sich die vergeschlechtliche Sphärenteilung schnell wieder ein und es wird stillschweigend angenommen, dass das Gros der Sorgearbeit (wieder) von Frauen übernommen wird. Darauf weisen Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff in ihrem Beitrag „Gestohlene Lebenszeit – Warum Kapitalismus zu Verzicht nötigt und wir viel weniger arbeiten könnten“ im Band hin. Die binäre Verteilung von Wertschätzung offenbarte sich in den letzten Monaten nicht nur in der privaten Sphäre, auch die prekären Arbeitsverhältnisse in der Pflege wurden stärker skandalisiert. In ihnen zeigt sich, wie patriarchale und kapitalistische Strukturen miteinander verwachsen sind und ein feministischer Kampf nicht ohne den Bruch mit der Produktion von abstraktem Reichtum geführt werden kann.

In seinem Beitrag „Verdrängte Kosten – Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung“ begreift Norbert Trenkle diese Auslagerungsbewegung aus der produktiven Sphäre als ein Grundmotiv des Kapitalismus. Ein eingeschlossenes Außen, das wie zum Beispiel das Weibliche oder die Natur unter bedingungslose Verfügungsgewalt gestellt wird, kann angeeignet und ge-, beziehungsweise „vernutzt“ werden. Die Herrschaft des abstrakten Reichtums „folgt dem inneren Zwang, sich die gesamte Welt einzuverleiben und zum Material ihrer endlosen Selbstzweckbewegung zu machen, und zwar auch dann noch, wenn die Grenzen dieser destruktiven Expansion längst in greifbare Nähe gerückt sind.“ (S. 74)

Die Extraktion natürlicher Ressourcen und vor allem ihre Folgen spielen sich bislang besonders im globalen Süden ab. Wenn die Aneignung und Zerstörung der Natur die dort lebenden Menschen zur Migration zwingt, kommt schnell das Argument auf, die Welt sei überbevölkert. Dabei sind es „nicht nur zu viele, die da essen – es sind vor allem die Falschen“ (S. 144). Julian Bierwirth zeigt, wie jene zu Überflüssigen werden, die momentan die Folgen der kapitalistischen Expansions- und Wachstumsbewegung am intensivsten zu spüren bekommen. Sein Text „Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen – Ideologiekritik in Zeiten von Corona- und Klimakrise“ verfolgt an historischen Beispielen das Aufkommen und die Rhetorik der Auslagerungsbewegungen im Kolonialismus bis zu seinen postkolonialen Nachwirkungen.

„So wie in der Frühphase des Kapitalismus die Menschen in den kolonialisierten Gebieten massenhaft verklavt oder umgebracht wurden, um den ‚Überflüssigen‘ aus den Zentren Platz zu machen und ihnen den Raum zu verschaffen für ihre ‚zivilisierte‘ kapitalistische Lebensweise, so werden nun die ‚Überflüssigen‘ in der Peripherie, die für die kapitalistische Verwertung nicht benötigt werden, nur noch als Ballast angesehen, der am besten beseitigt werden sollte.“ (S. 169)

Transformation statt Etatismus

Zunehmend werden die Auswirkungen dieser Vergesellschaftungsform auch im globalen Norden spürbar und ziehen die Frage nach sich, wie man jenseits des Wachstumszwangs wirtschaften soll. „Kann der Kapitalismus ohne seine extensiven Qualitäten weiterexistieren?“, fragen sich liberale Sozialwissenschaftler wie Harald Welzer und verkennen dabei, dass die Akkumulationslogik nicht abtrennbar, sondern das grundlegende Bewegungsprinzip des Kapitalismus ist. Dagegen fordern die Krisis-Autoren eine gesellschaftliche Organisationsform, die überhaupt erst aufgrund einer Reichtums- und Arbeitskritik vorstellbar wird. Gerade in einer Zeit, in der Viele die Macht des Staates anrufen, damit dieser vermeintlich schnelle Lösungen findet, gilt es radikal weiterzudenken:

„Deshalb ist es kein Luxus, sich gerade jetzt die emanzipative Aufhebung der kapitalistischen Reichtumsproduktion auf die Fahnen zu schreiben, sondern der einzig wirkliche Ausweg aus der Spirale der ökologischen Zerstörung, der sozialen Exklusion und der autoritären Formierung der Gesellschaft.“ (S. 88)

In den Nischen sozialer Bewegungen können Vergesellschaftungsformen jenseits der Tauschlogik gefunden werden. Gegen die gängige Aufforderung des individuellen Verzichts für das Klima, fordert der Sammelband im letzten Text das Ende des Verzichts. Mit der Überwindung des Lohnarbeitszwangs stünde den Menschen Lebenszeit zur Verfügung, um bedeutungsvolle soziale Beziehungen zu führen und kreative Potenziale zur Entfaltung zu bringen. Besonders bewegungsnah zeigt sich die Analyse trotz einiger eingestreuter Beispiele jedoch nicht. Ihre Stärke ist die Kritik, die sich gelungen gegen Staatsanrufer*innen und grüne Kapitalismusideolog*innen richtet.

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.) 2020:

Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.

Unrast-Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-292-8.

200 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Lara Wenzel: Notbremsung vor der Naturschranke. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022, Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1731>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Uns eint die Unsicherheit



Isabell Lorey Die Regierung der Prekären

Warum Prekarisierung wesentlich älter als die Finanzkrise ist und welches Potenzial sie für politische Organisation haben könnte.

Rezensiert von [Johanna Tirmthal](#)

Wir sind das Prekariat. Junge Menschen in europäischen Großstädten verwenden diesen Begriff selbstverständlich. Sie sind nicht arm, so wie sie es von der Generation der Großeltern kennen. Hunger leiden sie meist keinen, auch haben sie ein Dach über dem Kopf. Aber die Zukunft ist immer ein bisschen ungewiss. Der nächste Auftrag muss kommen, sonst kann die nächste Miete nicht bezahlt werden und die Krankenversicherung steht infrage. Und wehe, der Computer geht kaputt! Er ist zugleich wertvollster Besitz und wichtigstes tägliches Arbeitsgerät. An die ferne Zukunft, in der man möglicherweise alt und krank sein könnte, wird lieber nicht gedacht.

So selbstverständlich, wie die Selbstbezeichnung als Prekariat über die Lippen kommt, so diffus ist für die meisten die Herkunft des Begriffs. Und warum kennt das Microsoft-Word-Wörterbuch 2017 weder „Prekariat“ noch „Prekarisierung“? Der Geschichte dieses „Begriffsgefüges des Prekären“ (S. 24) geht Isabell Lorey in „Die Regierung der Prekären“ auf die Spur. Dabei versucht sie einerseits Prekarisierung als eine spezielle Regierungsform zu verstehen und andererseits den Begriff in einen historischen Kontext zu stellen. Am Ende möchte sie die möglicherweise subversiven Potenziale der Prekarität ausloten: Wie kann das Erkennen der eigenen Prekarität zu einer neuen Form der politischen Organisation beitragen?

Das Adjektiv „prekär“ beschreibt also einen unsicheren Zustand. Gegenbegriffe wären Sicherheit, Aufgehobensein oder Stabilität. Das Wort prekär geht zurück auf das römische Recht, das eine unsichere Leihgabe als precarium bezeichnet: Der Leihgeber oder die Leihgeberin kann seine Sache jederzeit willkürlich zurückfordern. Eine prekäre Angelegenheit. In die Sozialwissenschaft hat der Begriff erst in den 1990er-Jahren in Frankreich Einzug gehalten. Es ging darum, die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu beschreiben, die oft verharmlosend als „Flexibilisierung“ bezeichnet werden. Festanstellungen verschwinden. Das ganze Leben über den gleichen Job zu haben, wird immer unwahrscheinlicher. Kurz- und Leiharbeit werden verbreiteter, der Kündigungsschutz gelockert. Auch Krankenversicherung, Arbeitslosengeld und Rente verlieren ihre Selbstverständlichkeit. Als diese Entwicklung sich im Zuge der Finanzkrise seit 2008 vor allem in Südeuropa noch verschärft, stellt sich für Lorey die Frage, ob wir es hier mit einer neuen Regierungsform zu tun haben.

Außerdem liegt in den Neologismen „Prekarität“ und „Prekariat“ die Hoffnung, eine verbindende Eigenschaft zu finden: eine neue soziale Klasse nach dem Verschwinden des traditionellen Proletariats. Die jungen Kreativen in den Großstädten sind damit ebenso gemeint wie Fabrikarbeiter*innen in Kurz- und Leiharbeit oder Arbeitsmigrant*innen in schlecht bezahlten Sorge-Berufen. Die Selbstbenennung als Prekariat kann bislang versteckte Gemeinsamkeiten der verschiedenen Gruppen sichtbar machen und funktioniert auf diese Art vielleicht besser als

traditionelle Klassen-Begriffe. Ob der Fokus auf die akute Unsicherheit der Betroffenen immer sinnvoll ist, bleibt fraglich. Denn im Kapitalismus können auch Menschen bedroht sein, die sich grundsätzlich sehr sicher fühlen. Sie bleiben vom Prekariat ausgeschlossen.

Prekarität nach Judith Butler

Die beiden wichtigen Bezüge in Loreys Buch sind die amerikanische Philosophin Judith Butler und der französische Philosoph Michel Foucault. Ihre große Stärke liegt darin, Foucaults und Butlers schwierige und über viele verschiedene Werke verteilte Theorien verständlich und kompakt zusammenzufassen. Die Lektüre von „Die Regierung der Prekären“ bleibt trotzdem anspruchsvoll. Wer aber mit Foucaults und Butlers Begriffen schon einmal in Berührung war und sich eine Zusammenfassung mit tagesaktuellem Bezug wünscht, wird bei Lorey fündig.

Eine grundlegende Gefährdetheit von (menschlichem) Leben ist für Butler eine gegebene und soziale Kategorie. Leben ist per se gefährdet – Menschen können krank sein, verletzt werden oder sterben, ob durch Unfälle oder Gewalt. Babys und alte Menschen können nicht ohne fremde Hilfe überleben – *precariousness* ist also ein Zustand, dem jeder Mensch auf jeden Fall ausgesetzt ist. *Precarity* definiert Butler im nächsten Schritt als die durch Machtverhältnisse unterschiedliche Verteilung der *precariousness*: Manche Menschen sind ihrer grundlegenden *precariousness* stärker ausgesetzt als andere. Hier spielen zum Beispiel die Krankenversicherung oder die Möglichkeit der Pflege eine Rolle. Diese Definition von Prekarität geht also über die marktwirtschaftliche Form von Prekarisierung hinaus. Während Butler *precarity* und *precariousness* nur verwendet, um über Diskurse zu Krieg und Terror nachzudenken, findet Lorey viele historische Beispiele, vom Feudalismus im Mittelalter bis zur Austeritätspolitik, bei denen die Unterscheidung wichtig ist. Dabei problematisiert sie auch die deutsche Übersetzung von *precariousness* in „Gefährdung“ und *precarity* in „Gefährdetheit“ – es gehe die dezidiert politische Stoßrichtung verloren – Lorey übersetzt in „Prekär-Sein“ und „Prekarität“, was die politische Dimension verdeutlicht. Dass das grundlegende Prekär-Sein alle Menschen betrifft, verweist auch auf den Ausblick am Ende des Buchs, der den subversiven Potenzialen des prekären Lebens nachspürt.

Das Selbst und die Prekarität mit Foucault

Zunächst aber stellt Lorey fest, dass Prekarisierung als Regierungsstrategie wesentlich älter ist als die neoliberale Welle seit den 1990er Jahren. Die Prekarität sei ein grundlegender Teil der Subjektivierungsform im Kapitalismus – also der Art, wie Menschen ihr Selbst produzieren und gleichzeitig als Selbst produziert werden. Die Prekarisierung erscheint nur „neu“ im Vergleich zur relativen Sicherheit der fordistischen Arbeit und des Sozialstaats in westlichen Industrienationen. Die Art, in der Lorey eine spezielle Weise der Subjektivierung, also der Selbst-Werdung, als Regierungsform versteht, ist von Michel Foucault geprägt. Foucault verwendete in diesem Zusammenhang den Begriff der *Gouvernementalität*. *Gouvernementalität* bezeichnet die moderne Regierungsform, in der Menschen nicht schlicht beherrscht, sondern regiert werden. Sie werden angehalten, ein Selbst zu entwickeln, das sich in diese Regierungsform einfügt, das zu einem gewissen Grad frei ist und auf das die Individuen auch selbst achtgeben. Dieses Subjekt entsteht in Abgrenzung zum Prekären. Es wird also ein Rahmen hergestellt, in dem es ein prekäres Außen gibt, das bedrohlich wirkt: Obdachlose, Verbrecher, Vagabunden. Das sind die Lebensformen, die den Subjekten vorgeführt werden. Die Botschaft ist: Wenn du nicht auf dich achtest, fleißig bist und dich an die Gesetze hältst, wirst du enden wie sie: in der Gosse. Das moderne Subjekt versucht sich also als anti-prekär zu definieren und glaubt, selbst für die nie ganz verschwindende Unsicherheit verantwortlich zu sein (zu wenig fleißig, zu wenig korrekt) – während es eigentlich die Verhältnisse sind, die unablässig Unsicherheit produzieren.

Das eigene Prekär-Sein erkennen

Das Nicht-Prekäre Subjekt entsteht zu großen Teilen in Abgrenzung zu den prekären Anderen: den

Frauen, den Arbeitslosen und den Fremden. Menschen – so sieht es Foucault – werden regierbar, weil man ihnen Sicherheit vor dem prekären Außen verspricht. Darin, dass die neoliberale Regierungsform die Prekariät wieder näherbringt und sie konkret begreifbar macht, sieht Lorey auch eine Chance: Wenn alle Menschen ihr grundlegendes Prekär-Sein bemerken, können daraus neue Allianzen für den Kampf entstehen:

„Prekärsein ist mithin weder eine unveränderbare Seinsweise noch eine existenzielle Gleichheit, sondern eine vielfältige unsichere Konstituierung von Körpern, die immer sozial bedingt ist. Als Geteiltes, das zugleich scheidend und verbindend ist, bezeichnet Prekärsein eine relationale Differenz, eine geteilte Verschiedenheit. Das Verbindende ist nichts Gemeinsames, auf das zurückgegriffen werden könnte; es ist vielmehr etwas, das im politischen und sozialen Handeln erst hergestellt wird“ (S. 34).

Aus der „geteilten Verschiedenheit“ soll nun eine Kampfstrategie werden – aber wie? Am Ende der wirklich erhellenden und gut zu lesenden Monographie bleibt diese Frage ein wenig im Dunklen. Lorey findet zwar gute Beispiele dafür, wie die geteilte Prekarität in krisengeplagten Ländern neue Kampfstrategien hervorbringt: den Sorgestreik der spanischen Feministinnen Precarias a la deriva, die Organisation der französischen Bühnenarbeiter*innen Intermittents du spectacle und die EuroMayDay-Bewegung. Im Jahr 2017 blickt die Leserin ernüchtert auf diese Kämpfe: Ein Ausstieg aus den neoliberalen Prekarisierungsmechanismen ist nicht in Sicht. Das Erkennen der eigenen Prekarität und jener der anderen führt nicht automatisch zu einer besseren Organisation, sondern kann auch sehr erschöpfend sein. Sich nur als Prekariat zu erkennen, reicht also offenbar nicht aus, um die Verhältnisse wirklich zu verändern. Die von Lorey beschriebenen Mechanismen erst einmal zu verstehen, kann aber schon hilfreich sein, um mehr Menschen zu politisieren und über neue Formen des Protests nachzudenken.

Isabell Lorey 2012:
Die Regierung der Prekären.
Turia + Kant, Wien.
ISBN: 9783851326697.
155 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Tirnthal: Uns eint die Unsicherheit. Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1439>.
Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Das glückliche Bewusstsein des Antisemitismus



Holz, Klaus / Haury, Thomas
Antisemitismus gegen Israel

Ein Buch versammelt neue und alte Erkenntnisse darüber, wann Kritik an Israel angemessen ist und wann nicht.

Rezensiert von [Gerhard Hanloser](#)

Das neueste Buch über Antisemitismus von Klaus Holz, der in der Vergangenheit wissenssoziologisch das Wesen des modernen Antisemitismus als Weltanschauung herausarbeitete, und Thomas Haury, der materialreich und quellengesättigt den nationalistischen Ideologien der frühen DDR nachgegangen ist, trägt den irritierenden Titel „Antisemitismus gegen Israel“. Irritierend, denn Antisemitismus trifft und agiert gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden. „Gegen Israel“ zu sein, ist kein hinreichendes Merkmal des Antisemitismus. Mit Aussagen wie: „So gilt zu Recht als ein Kennzeichen der antisemitischen Israelfeindschaft, dass der Staat Israel delegitimiert wird“ (S. 14), scheinen die Autoren sich der fragwürdigen Drei-D-Definition von Natan Scharanski anzuschließen, die besagt, dass Aussagen, die Israel dämonisieren, delegitimieren oder doppelte Standards an israelisches Handeln anlegen, antisemitisch seien. Richtig ist zweifelsfrei, wenn Haury und Holz schreiben, dass

„dem weltweiten Antisemitismus durch die bloße Existenz eines sich als jüdisch definierenden Staates (ganz abgesehen und unabhängig von dessen Politik im Realkonflikt im Nahen Osten) eine neue Projektionsfläche entstanden [sei], der die antisemitischen Fantasien von jüdischer Weltverschwörung, jüdischer Macht, Bösartigkeit und Zersetzung auf sich ziehen kann“ (S. 85).

Richtig ist wiederum auch, dass es bis heute in der deutschen Gesellschaft eine klassische Täter-Opfer-Umkehr gibt: Sie kann entlastende Funktion haben, indem Vergleiche angestellt werden, die das Handeln des israelischen Staates auf eine Stufe mit dem Handeln der Nazis im Dritten Reich stellen (S. 94). Und natürlich sind die krypto-antisemitischen Passepartout-Begriffe bekannt, die allesamt den Antisemitismus ummanteln, aber ihn doch in aller Deutlichkeit transportieren und auch transportieren sollen: Begriffe wie „Ostküste“, „Rothschild“, „Goldman-Sachs“, „Soros“ und so weiter; Symbole und Personen, denen allesamt eine geheime und zersetzende Macht attestiert werden.

Lernerfolge der deutschen Linken?

Doch diese Begriffe und Attacken beziehen sich ja mehrheitlich gerade nicht auf Israel. Wer sind also nun – folgt man Haury und Holz – die Protagonist*innen einer antisemitischen Israelanfeindung? Fünf Gruppen werden behandelt, war bereits im Inhaltsverzeichnis übersichtlich dargelegt wird: Linke Protagonist:innen aus dem Spätstalinismus bis zur westdeutschen antiimperialistischen Szene der 1970er Jahre; Islamistische Akteure; Antirassistische Gruppen und Theoretiker*innen; Christ*innen für und wider Israel; sowie die Neue Rechte.

Haury und Holz stellen heraus, dass es eine aus dem Sozialismus kommende Zionismuskritik als Kritik einer nationalen und mit dem Kolonialismus in Verbindung gebrachten Bewegung gibt. In dieser sozialdemokratischen „Zionismuskritik“ sei „nichts zu finden, was als antisemitisch zu werten wäre“ (S. 66). Hier möchte man nachfragen: Gilt diese Aussage nur für die Sozialdemokratie? Gilt dies nicht auch für andere Spielarten des Sozialismus, etwa den Bolschewismus und Trotzismus, einige Strömungen und Protagonist*innen des Anarchismus, ja weite Teile des Neomarxismus um 1968?

Im Abschnitt über Antisemitismus von links werden nochmals bekannte Quellfunde präsentiert, viele aus den maoistischen K-Gruppen der 1970er Jahre oder der DDR-Ideologie. Sie gehen allesamt in einer Melange aus Affirmation eines nationalistischen Volksbegriffs, einer simplizistischen Frontstellung gegenüber „dem Imperialismus“ und einer Dämonisierung Israels zuweilen über den aufklärerischen und materialistischen – also auf den wirklichen Konflikt um Land im Nahen Osten bezogenen – Rahmen des Marxismus oder imperialismustheoretischer Analysen hinaus und nehmen zumindest sprachlich Anklänge an antisemitischen Feindschaftserklärungen. Die beiden Autoren machen dafür „[d]as dichotome antiimperialistische Weltbild“ (S. 130) verantwortlich. Auffallend und problematisch ist, dass Henryk M. Broder hierbei als historische Referenzfigur in Sachen „Antisemitismus von links“ angegeben wird, obwohl dessen Seriosität in der Quellenarbeit von mehreren Historiker*innen in Zweifel gezogen wurde. Allerdings attestieren die beiden Autoren der Linken in Deutschland in Hinblick auf die Behandlung der Nahostproblematik und dem Israelbild „Lernerfolge“ (S. 240). Worin diese allerdings bestehen, wird nicht näher ausgeführt; andere Autor*innen machen ja gerade in Deutschland und unter sich aktuell links fühlenden Protagonist*innen einen „postarischen Streberzionismus“ aus (etwa Per Leo). Tatsächlich könnte man auch zu dem Ergebnis kommen, dass vor dem Hintergrund eines deutschen Schuldbewusstseins notwendige Kritik an israelischer Politik zuweilen ausgespart bleibt. Sollte diese Diagnose stimmen, wären auch diese „Lernerfolge“ der deutschen Linken zweifelhaft.

Solidarität und Abgrenzung

Für Haury und Holz scheinen besonders aktuelle Protagonist*innen einer Palästina-Solidarität von einem „Antisemitismus gegen Israel“ angetrieben, wobei sie auch hier differenzieren: Die Boykottbewegung BDS sei „erstens zwar nicht komplett antisemitisch, aber erhebliche Teile von BDS sind eindeutig antisemitisch“ (S. 220). Allerdings schließt sich hier wiederum die Frage an, von welchen BDS-Gruppen gesprochen wird. In Berlin beispielsweise sind es oftmals linke bis linksradikale Israelis, für die die gewaltfreie Boykottforderung ein Austritt aus dem Teufelskreislauf von Besatzung, Terror und Staatsterrorismus verspricht. Mit Haury und Holz kann man aber *d'accord* gehen, dass die „Solidarisierung mit BDS im Namen von Anti-Rassismus, Universalismus und Menschenrechten“ zu einer Verstrickung in „schwerste Selbstwidersprüche“ (ebd.) führt. Denn tatsächlich haben weltweit in dieser Organisation islamistische, autoritäre, antifeministische und homophobe Positionen eine Stimme. BDS hat also in der Tat ein Abgrenzungsproblem. Dennoch werden reaktionäre Stimmen von den linken, aufklärerischen, sogar queer-feministischen, neutralisiert. Eine Autorin, die in diesem Zusammenhang prominent behandelt wird, ist die Philosophin Judith Butler, der die beiden Antisemitismuswissenschaftler hauptsächlich vorhalten, dass sie BDS kritiklos unterstütze und Antisemitismus als eine Kategorie des Rassismus behandle. Allerdings müssen sie festhalten: „Ihr Text selbst reproduziert jedoch keine antisemitischen Stereotype.“ (S. 221) Warum sie dennoch prominent Beachtung in einem Buch unter dem oben diskutierten Titel findet, ist folglich fragwürdig.

Irritierend unklar bleibt insgesamt die Auseinandersetzung mit linken Protagonist*innen der Israelkritik. Hier scheitern die Autoren auch an ihrem Anspruch, hermeneutisch zu arbeiten. So wird ausgerechnet der Theologe Ulrich Duchrow als Vertreter einer „antijudaistischen Palästina-Solidarität“ (S. 288) bezeichnet. Bei diesem liegt allerdings eher – um mit dem Moralphilosophen Michael Walzer zu sprechen – eine merkwürdige Form von Philosemitismus vor, der erwarte, dass

„die Juden eine höhere, universelle Moralität repräsentieren würden“ (Walzer 2004, S. 53). In dieser verheerenden Logik kann man sich dann empört abwenden, wenn die realen Jüdinnen und Juden oder Israelis diesem an sie herangetragenen Ideal nicht entsprechen. Dies trifft sicherlich auf Duchrow zu. Schließlich versucht dieser theologisch-aktivistisch und unter positivem Verweis auf „Propheten und Thora“ das Regierungshandeln Israels als vom eigentlich rebellischen Anspruch des Juden Jesus entfremdetes Handeln zu kritisieren. Das kann als problematische Moralisierung kritisiert werden, aber zum gewichtigen und gefährlichen Protagonisten eines „Antisemitismus gegen Israel“ wird Duchrow so mitnichten.

In begrifflich verwirrender, Kategorien der Kritischen Theorie auf den Kopf stellender Weise attestieren sie „dem Antirassismus“ schließlich ein „unglückliches Bewusstsein“ (S. 229), weil dieser keine angemessene Antisemitismuskritik (wohl auch gegenüber antisemitisch agierenden Opfern von Rassismus und Kolonialismus) formulieren könne; Antisemitismus nicht kritisch integrieren, nur autoritär in den eigenen Reihen als abwesend behaupten könne. Doch zeigt eine qualitativ wie quantitativ unzureichende Behandlung des Antisemitismus bereits einen Antisemitismus selbst an?

Bewertung ohne Maßstab

So bleibt der Befund doch etwas dünn: Einige Beispiele eines vermeintlichen „Antisemitismus gegen Israel“ sind schlicht „Israelkritik“, so falsch man sie auch finden mag. Handfester Antisemitismus, der Israel ins Zentrum seiner Aggression rückt, bleibt so entweder Nazi-Ideologie oder folgt einer antisemitischen Verschwörungsmithologie, die „Israel“ oder „die Zionisten“ in die Rolle bringt, die vor Auschwitz ganz direkt „dem Juden“ zuteil wurde: Strippenzieher, Inkarnation des Bösen, mächtiger Verantwortlicher wie Profiteur aller möglichen Erscheinungen der kapitalistischen Moderne. Hier liefert das Buch klarerweise wenig neue Erkenntnisse. Am überzeugendsten sind jene Passagen des Buches, die den islamistischen Antisemitismus – also Hamas, Islamischer Staat, türkische Gruppen – als große Gefahr für Israel, Israelis wie generell Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt herausstellen. Dieser Antisemitismus gegen Israel agiert sich im arabischen Nationalismus und nahöstlichen Islamismus aus und gehorcht dabei auch spezifischen Konjunkturen des Israel-Palästina-Konflikts, der längst fundamentalistisch-religiös und mit Kulturkampfszenarien überwölbt ist. Über Migrationsprozesse findet dieser Antisemitismus auch einen Weg in andere Regionen. Dass dabei migrationsfeindliche, rechtskonservative und rechts-christliche Akteure durchaus „für Israel“ sein können und trotzdem Rassismus, Antisemitismus und andere reaktionäre Feindbilder pflegen, bemerken die Autoren, widmen dem Problem aber nur ein eher inkonsistentes Abschlusskapitel, das für die Grundkonstruktion des Buches folgenlos bleibt.

Es bleibt auch fraglich, wie sich die beiden Autoren zu tagesaktuellen Themen und Streitpunkten stellen, wie zum Beispiel der Amnesty International-Positionierung, wonach Israel ein „Apartheid-Staat“ sei. Hermeneutik als Anspruch ist edel, aber die Sache selbst muss immer noch der Bewertungsmaßstab sein, ob ein Urteil falsch oder richtig ist. Erst dann könnte man klären, ob die Verkehrung oder eine falsche Zeichnung antisemitischen Motiven folgt. Ohne eine klare Darlegung des Gegenstands, also Israels, das ja nicht nur Heimstätte der Juden sein will, sondern auch Besatzungsmacht ist, lässt sich nur schwer sagen, ob man von Antisemitismus gegen Israel sprechen kann.

Zusätzlich verwendete Literatur

Walzer, Michael (2004): Über linke Israel-Kritik. Ein Gespräch. In: Rabinovici, Doron / Speck, Ulrich / Sznajder, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Suhrkampverlag, Frankfurt am Main, S. 52-59.

**

Gerhard Hanloser ist Herausgeber des Sammelbandes „Linker Antisemitismus?“, der 2020 beim Wiener mandelbaum Verlag erschienen ist.

Holz, Klaus / Haury, Thomas 2021:

Antisemitismus gegen Israel.

Hamburger Edition, Hamburg.

ISBN: ISBN 978-3-86854-355-1.

424 Seiten. 35,00 Euro.

Zitathinweis: Gerhard Hanloser: Das glückliche Bewusstsein des Antisemitismus. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1743>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

In Erwartung einer alternativen Zukunft



Susemichel, Lea / Kastner, Jens (Hg.)

Unbedingte Solidarität

Um die herrschende Ordnung zu überwinden, muss Solidarität als eine Grundhaltung verstanden werden, mit der man einer anderen Person begegnen will.

Rezensiert von [Jonathan Eibisch](#)

Solidarität ist in aller Munde: Eingefordert, proklamiert, postuliert und getwittert wird der Begriff jedenfalls auf inflationäre Weise – und dies umso mehr, als Regierungen ihn zur Durchsetzung der Maßnahmen der Pandemiebekämpfung für sich entdeckten. Den meisten Linken muss dies wahrscheinlich nicht erklärt werden – denn sie haben von sich aus ein Bedürfnis nach solidarischem Handeln. Das unterscheidet sie von jenen Menschen, deren postfaktisches, Ressentiment geladenes und oft esoterisches Weltbild eine eminent anti-moderne Reaktion auf emanzipatorische Errungenschaften darstellt.

Zugleich kann man sich fragen, ab welchem Punkt die Selbstvergewisserung, solidarisch zu sein, nicht in problematischen Gehorsam umschlägt. Denken wir etwa an die fatale Bewilligung der Kredite für den Kriegseintritt des Deutschen Reichs durch die Sozialdemokratie. Auch hinsichtlich der „internationalen Solidarität“ können sich Widersprüche und Probleme auftun. Etwa, wenn sozial-revolutionäre Guerilla-Gruppen mafiose Strukturen annehmen; gleich denen, die sie bekämpfen. Schließlich sollten sich Linke die Frage stellen, inwiefern sie das, was sie groß auf ihre Banner schreiben, selbst praktizieren können. Oder ob die Anrufung von Solidarität nicht gelegentlich bedeutet, Schritte von anderen einzufordern, die man selbst nicht zu tun bereit ist.

Ein wichtiger Sammelband zur richtigen Zeit

Dies sind nur einige wenige Beispiele für die Bedeutung des Solidaritätsbegriffs, der weiterhin diskutiert werden muss. Doch was verstehen wir überhaupt unter Solidarität? Lea Sussemichel und Jens Kastner gaben zu dieser Frage im Sommer 2021 einen Sammelband heraus, in dem sie 15 Beiträge verschiedener Autor*innen mit intersektionaler Herangehensweise versammeln. Um den linken Solidaritätsbegriff zu unterfüttern, beziehen sich Sussemichel und Kastner in ihrem einleitenden Beitrag auf das Konzept der *groundless solidarity*, wie es die feministischen Denkerin Diane Elam entwickelte. Im Wesentlichen betonen sie damit, dass Solidarität anhand von Differenzen entsteht. Aus diesem Grund sind weder die gegenseitige Unterstützung von Mitgliedern einer homogenen Gemeinschaft, noch paternalistische Wohltätigkeit oder sozialstaatliche Verwaltung von Armut oder diskriminierten Gruppen als solidarisch zu begreifen. Vielmehr wird Solidarität in Anerkennung der Unterschiedlichkeit möglich und stellt dennoch einen reziproken Prozess dar; einen Prozess, welcher Veränderungen bei den jeweils Beteiligten bewirkt. Solidarität ist demnach nicht hauptsächlich als Entscheidung für ein bestimmtes Handeln zu begreifen, sondern als eine Grundhaltung, mit der man einer anderen Person begegnen will. Haltungen oder Einstellungen von Personen können nicht als abstrakte Lippenbekenntnisse stehen bleiben, wo sie selbst erfahren und verinnerlicht wurden. Daher gilt es, praktisch solidarisch zu werden und sich selbst in einer Verbundenheit mit den anderen zu begreifen.

Echte Solidarität sprengt damit die Grenzen derjenigen Herrschaftsordnungen, die Menschen auferlegt werden und trennen. Doch dies geschieht nicht durch harmonisches „Gutmenschentum“, sondern gerade durch Konflikt und Auseinandersetzung. Darüber hinaus soll mit dem von Kastner und Susemichel beschriebenen Solidaritätsbegriff die problematische Abspaltung von Emotionalität aufgehoben werden, welche – allen Rationalisierungen zum Trotz – ja der Ausgangspunkt dafür ist, gesellschaftliche Verhältnisse verändern zu wollen. Als „Kampfsolidarität“ richtet sie sich nicht nur gegen den gemeinsamen Gegner, um eine kämpfende Bewegung zusammenzuschweißen, sondern ebenso nach innen, um die eigenen Ansprüche umzusetzen und immer weiterzuentwickeln. Daran anschließend, ließe sich ergänzen, dass Solidarität „präfigurativ“ ist: Mit ihr wird also die angestrebte alternative Gesellschaftsordnung – nennen wir sie Sozialismus von unten – bereits vorweggenommen und experimentell verwirklicht.

Die Bedeutung des Solidaritätsbegriffs

Wie erwähnt, ist es unter aktuellen Bedingungen enorm wichtig, dass Menschen, die in linken Bewegungen aktiv sind oder mit ihnen sympathisieren, über ihre Grundbegriffe nachdenken. Die Debatte über den Solidaritätsbegriff zielt letztlich auf die Frage ab, wie, in einer heterogenen und sich rasend schnell wandelnden Gesellschaft, emanzipatorische soziale Bewegungen entwickelt werden können, die pluralistisch, offen und schlagkräftig zugleich sind. Kontroversen, Konflikte und Streits sind unabdingbar, um ein sozial-revolutionäres Kollektivsubjekt zu formieren. Die entscheidende Frage ist aber, ob diese vor allem geführt werden, um sich seiner eigenen Identität zu versichern und den Führungsanspruch von bestimmten Gruppierungen zu bekräftigen, welche bereit sind, dominant Macht auszuüben. Oder, ob sie darauf abzielen, in der Vielfältigkeit Gemeinsames herzustellen. Solidarität kann eine Chiffre für das Bestreben sein, Spannungen auszuhalten und gemeinsam revolutionäre Projekte zu entwickeln. Dies gilt insbesondere in Zeiten, in denen sich ein liberaler Individualismus tiefer in den Menschen verankert hat als je zuvor; während zunehmend bewusst ist, dass eine umfassende Gesellschaftstransformation im Gange ist. Ob sie allerdings emanzipatorischen Anliegen gerecht wird, ist eine offene Frage. Auf sie eine Antwort zu suchen, setzt voraus, sich aufeinander beziehen und miteinander kooperieren zu können. Dies verlangt allerdings ebenso, die eigenen Grenzen klar zu haben. Denn aus den Feldern von Klimagerechtigkeit, Antirassismus, Feminismus, Alternativökonomie oder Gewerkschaftsarbeit werden dahingehend bereits gute Anregungen formuliert.

Susemichel, Lea / Kastner, Jens (Hg.) 2021:

Unbedingte Solidarität.

Unrast Verlag, Münster.

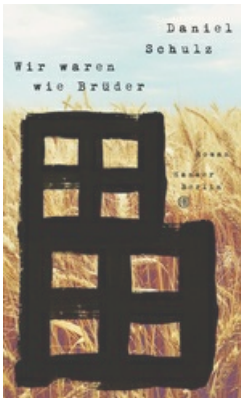
ISBN: 978-3-89771-291-1.

312 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Jonathan Eibisch: In Erwartung einer alternativen Zukunft. Erschienen in:

Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1744>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Noch ein Nachwenderoman aus der Provinz



Daniel Schulz Wir waren wie Brüder

Waren wir nicht alle mit Nazis befreundet? (Noch) ein Roman über fest verschlossene Augen, Kompromisse und ein Coming of Age.

Rezensiert von [Friederike Jahn](#)

In seinem autobiografischen Debutroman beschreibt Daniel Schulz das Aufwachsen als Jugendlicher in der Wendezeit in der brandenburgischen Provinz. Es geht um jugendliche, zumeist männliche Freundschaft, die Schulzeit, das Verhältnis zu den Eltern, das Verhältnis zum alten und neuen Staat, die massiven gesellschaftlichen Veränderungen, aber auch das Verliebtsein – und immer wieder Gewalt. Schulz hat das Aufblühen der so genannten Baseballschlägerjahre im wahrsten Sinne des Wortes hautnah miterlebt und könnte so zu einem guten Chronisten ebenjener Jahre werden. 30 Jahre nach dem Mauerfall scheint es, dass sich ein kollektives Gedächtnis über die Nachwendejahre etabliert hat. Von dem Untergang der DDR überrumpelt, nachdem man in ihr als Kind eigentlich gut klargekommen war, tauchen Nazis wie aus dem Nichts auf und dominieren den Alltag. Der Roman „Wir waren wie Brüder“ bedient diese Allgemeinplätze und das funktioniert, weil wir Klischees und Vorannahmen so unglaublich gut verinnerlicht haben und daran glauben wollen.

Aufwachsen

Der Einstieg in das Buch ist – abgesehen von dem Vorgriff, der uns erklärt, dass es um keine schöne Erinnerung geht – ähnlich den Büchern, die seit einiger Zeit über die Nachwendejahre in der Provinz geschrieben wurden, wie Grit Lemkes „Wir Kinder von Hoy“ oder Manja Präkels „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“. Die eigentliche Geschichte beginnt kurz vor dem Untergang der Deutschen Demokratischen Republik: mit einer aus Kindersicht positiven Bezugnahme auf den Sozialismus und vielleicht auch auf die DDR. Wobei schnell deutlich wird, dass sich die Kinder durchaus innerhalb des Systems sehen, man könnte hämisch behaupten, dass die Propaganda auch bei Kindern gut funktionierte: „Wenn ich mir vorstelle, dass der Westen gewinnt, wird es in meinem Magen ganz heiß.“ (S. 17) Durch die gewählte Darstellung einer glücklichen Kindheit und der Angst vor dem Westen wird aber auch die drastische Veränderung, die durch den Mauerfall alle Lebensbereiche und Familien betraf, herausgestellt. Der Protagonist und seine Kinderfreund*innen haben tatsächlich Angst vor dem westlichen Imperialismus und der Vereinnahmung der DDR durch den Westen. Mit reichlich DDR-Insidern und -Vokabular gespickt, setzt das Buch die Messlatte des Lesevergnügens hoch. Das liegt auch daran, dass literarische Größen wie Stokowski und Kapitelman sich in lobenden Tönen über den Roman äußern.

Der Roman ist in kurze, fast möchte man meinen knappe Kapitel gegliedert, die nicht unbedingt zusammenhängen, letztlich aber ein großes Ganzes ergeben und eine Kindheit und Jugend in der Brandenburger Provinz schildern. Die Erzählung ist zwar individuell – beispielsweise war es zu

DDR-Zeiten eher unüblich, einen ranghohen NVA-Offizier als Vater und eine überzeugt praktizierende Protestantin als Mutter zu haben – trotzdem ist der Lebensweg an sich eher beispielhaft für einen von vielen in dieser Zeit. Es bleibt unklar, ob die Szenen, die beschrieben werden, nur in Brandenburg hätten spielen können. Die Gewalt in der Schule, der Klassenhass, der bereits bei den jungen Schüler*innen sichtbar wird bei der Frage, wer aufs Gymnasium geht und wer nicht, die Konkurrenz, Gemeinheit und Prügelei auf dem Schulhof: All das ist weder eine Besonderheit Brandenburgs noch der Nachwendezeit. Die Besonderheit ist vielleicht, in welchem Ausmaß und Häufigkeit rassistisches und antisemitisches Vokabular bedient wird. Zwar ist dem Buch eine Triggerwarnung vorangestellt, die leicht zu überlesen ist – doch es bleibt fraglich, welchen Mehrwert die Reproduktion dieser Sprache hat.

Gewalt ohne Namen

Dass ein Buch über die gewaltvolle Nachwendezeit nicht ohne gewaltvolle Darstellungen auskommt, scheint klar. Unklar ist manchmal, wann es sich um die allgemeine Gewalt der Gesellschaft und eines Umbruchs und wann um neonazistische Gewalt handelt. So zum Beispiel die Szene einer Demütigung eines Kindes, sehr wahrscheinlich durch einen Nazi. Allerdings ist die einzige Beschreibung der Person: „Auf seinem rechten Arm steht etwas in alter Schrift [...]. ‚Tannenberg‘ steht da.“ (S. 46). Hier wird exemplarisch deutlich, was sich durch das gesamte Buch zieht: eine Szene, die vor allem durch eine vage Beschreibung der Beteiligten und die Vorannahme der lesenden Person zu einer Erzählung neonazistischer Gewalt wird. Es wird etwas ungreifbar Schlimmes transportiert, das nicht weiter definiert wird. Die tief sitzende Angst, die solche Szenen in ihrer Unbegreiflichkeit und Absurdität bei den Kindern und Jugendlichen entfachen, wird sehr explizit geschildert. Durch den Allgemeinplatz, „alles Nazis im Osten“ wird diese Gewalt vermeintlich verständlich, verliert aber ihre Spezifik. „Was ist Angst? [...] Was ist Verrat?“ (S. 45) Die Frage wird nicht aufgeklärt, aber die Angst, die bleibt trotzdem.

Die konkrete Beschreibung von Nazis kommt relativ spät. Bei der Bezeichnung der „Kinderglatzen“ beispielsweise wird sichtbar, dass Nazis eine solche Normalität sind, dass schon der Nachwuchs sich anpasst. Das lässt aufhorchen, mehr aber auch nicht. Die Region des Gehirns, die Vorannahmen bestätigt sieht, ist mit dieser lapidaren und knappen Beschreibung befriedigt.

Eine Stärke des Buches hingegen ist, dass die Feinheiten der Misere der Nachwendezeit erzählt werden. Und zwar unaufgeregt, fast schon nebenbei: der Krebs derjenigen, die nach der Wende arbeitslos wurden und sich tot gesoffen haben, der Streik der Arbeiter*innen in Bischofferode, die Verzweiflung derer, die sich nur noch durch den Freitod zu helfen wussten.

Coming of Age

Eine sehr zentrale Rolle nimmt die mehr oder weniger unerwiderte Liebe des Protagonisten ein: Mariam wird als „Werwolfina“ (S. 51) eingeführt. Sie spielt mehrere Rollen: das toughe Girl, die es schafft, auch die hart gesottenen Jungs in die Schranken zu weisen; die mysteriöse Fremde, die durch die Beschreibung ihres Aussehens und ihres Temperaments exotisiert wird; das Objekt der Begierde eines Teenagers, aber auch die Fremde, die anders ist als die anderen Jugendlichen der Brandenburger Provinz. Die Figur, die Mariam spielt, ist mehr als unangenehm: Sie zeigt einmal mehr, dass Frauen keine Rolle gespielt zu haben scheinen, außer den Muttis, die am Rand als diejenigen erscheinen, die die Wäschekörbe und Aufträge verteilen. Mariam wird als eine Person dargestellt, die die Beschreibung „Klischee“ in jeder Hinsicht verdient: als exotisierte Person, die über ihre Herkunft – die *anders* sein muss als die der anderen – ungenaue Auskunft gibt. Als unabhängige Frau, die sich am Ende ein bisschen fies aus der Beziehung stiehlt (die schlussendlich dann doch noch kurz eingegangen wird). Als eine der wenigen weiblichen Personen im Buch, die eine zentrale Rolle spielt und die das vor allem durch einen rabiaten Auftritt und schlechte Kommunikation schafft. Ein bisschen habe ich mich beim Lesen betrogen gefühlt: Wollte ich einen Roman über die Nachwendezeit lesen, meinethwegen auch mit allem was dazugehört, habe ich eine

durchgenudelte Kitschromanze bekommen, der vor Allgemeinplätzen und Klischees nur so trieft. Das traurige ist, dass Daniel Schulz in einem Podcast zu seinem Buch sagt, dass er genau das will: „Ein bisschen Romantik muss sein“.

Der Horror der Nazis

Das gesamte Buch hindurch werden vereinzelte Szenen geschildert, bei denen die Menschenverachtung der „Freunde“ des Protagonisten klar wird. Unverständlich bleibt, warum er daneben sitzt und nichts tut. Ist es die viel zitierte Angst? Nein, denn die wird an anderer Stelle schonungsloser, ehrlicher und eindringlicher beschrieben. Es erscheint, dass es die Normalität des Ganzen ist, die Alternativlosigkeit. Doch es werden auch immer wieder kleinere Situationen geschildert, die anmuten, der Protagonist sei ein Held. Oder sich als Linker sieht? Es wird letztlich nicht ersichtlich, warum der Protagonist sitzen bleibt, wenn Auschwitz in Frage gestellt wird, die einzigen Schwarzen Jugendlichen des Dorfes beleidigt werden, die Reichen aus Zehlendorf (woher kommen die eigentlich auf einmal, warum werden sie Buletten genannt und was genau machen die?) sich rassistisch über Kreuzberg auslassen.

Der Roman von Schulz hat Potenzial – das leider nicht genutzt wird. Die Kapitel sind zu kurz, immer, wenn man gerade das Erzählte durchdringen will, ist auch schon wieder Schluss mit der Erzählung. Das ist schade, denn dadurch verharren sie in den genannten Allgemeinplätzen, muss viel hinzu interpretiert oder sich der Feuilletons der letzten Jahre bedient werden. Dadurch wirkt der Roman wie ein Verstärker dieser Erzählungen und Klischees. Die Reflexion der eigenen Rolle kommt dabei genauso zu kurz wie eine irgendwie geartete Erklärung. Die jedoch wird erwartet, weil so oft die Erzählung weniger literarisch als vielmehr Oberlehrer*innenhaft daherkommt. Es erscheint, dass der Autor die eigene Enttäuschung über sich selbst verarbeiten wollte.

Das Buch könnte ein weiterer Beitrag sein zum Verständnis über die ostdeutsche Provinz und der fast selbstverständlichen Etablierung von Nazistrukturen, vor allem aber der Naivität und dem Nicht-Wahrhaben-Wollen. Leider lässt der Roman den roten Faden vermissen und damit auch eine Stringenz, die für das Verstehen vonnöten gewesen wäre. Am Ende des Buches erscheinen die Protagonist*innen nach wie vor farblos und austauschbar, es gelingt auf knapp 300 Seiten nicht, ihnen das Leben einzuhauchen, was für einen Roman nötig wäre, den man mit Spannung liest.

Obwohl es laut Klappentext des Buches um das Jahrzehnt nach der Wende und die Nazistrukturen in der brandenburgischen Provinz gehen soll, fühlt es sich eher an wie ein Coming-of-Age-Roman, bei dem wir dem Protagonisten beim männlichen Pubertieren zugucken müssen und bei dem zufälligerweise Nazis auch eine Rolle spielen. Die Stärke des Romans liegt darin, dass der Autor ehrlich ist: Ja, ich habe mit Nazis gehangen, ja ich hatte Angst, ja, ich war ein Teil davon. Genau das zeigt ein wichtiges Problem – welches aber durch die Lektüre von „Wir waren wie Brüder“ nur in Teilen verständlicher wird und durch die Lektüre der anderen, besseren Romane über die Nachwendezeit ergänzt werden muss.

Daniel Schulz 2022:
Wir waren wie Brüder.
Hanser Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-446-27107-4.
288 Seiten. 23,00 Euro.

Zitathinweis: Friederike Jahn: Noch ein Nachwenderoman aus der Provinz. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1760>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Kampf in der digitalen Abwärtsspirale



Simon Schaupp

Technopolitik von unten

Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung

*Die Analyse algorithmischer Arbeitssteuerung in Deutschland beleuchtet die Bedrohungspotenziale für Arbeiter*innen durch digitale Technik – und Strategien dagegen.*

Rezensiert von [Valentin Niebler](#)

Etwas mehr als zehn Jahre ist der derzeitige Tech-Boom mittlerweile alt. Kurz nach der letzten Finanzkrise formierten sich damals neue Geschäftsmodelle in rasender Geschwindigkeit. Startups wie Uber versprachen autonomes Fahren per App, Airbnb eine „Sharing Economy“ und wie Pilze schossen Lieferdienst-Plattformen aus dem Boden. Während sich große Teile Europas im Austeritätsmodus befanden, riefen schwäbische Maschinenfabrikanten eine „vierte industrielle Revolution“ aus. Gerade in Zeiten des Abstiegs hatten solche rosigen Prognosen offenbar Konjunktur.

Zwar halten die Investitionen in Technologie beständig an und haben Tech-Unternehmen mittlerweile zu wichtigen Playern der Weltwirtschaft gemacht. Der Glaube an ihre Versprechen ist aber mittlerweile vielerorts Ernüchterung gewichen. Weder ein Ende der Arbeit noch die Automatisierung der Mobilität sind in Sicht; stattdessen drohen prekäre Jobs und eine Klimakrise. Selbst auf den Streamingdiensten der Tech-Firmen bebildern dramatische Dokumentationen einen „Techlash“, die Umkehr der Zukunftsträume ins Gegenteil. In welche Richtung entwickeln sich also die Dinge, und was hat sich tatsächlich in der Praxis getan?

Eine Antwort mit Blick auf die Arbeitswelt liefert das Buch „Technopolitik von unten“ des Soziologen Simon Schaupp. Sie fällt zunächst düster aus, zeigt aber auch Horizonte auf. In seiner mehrjährigen Studie hat Schaupp vier große Unternehmen untersucht, die in Deutschland digitale Arbeitssteuerung einsetzen. Was dabei passiert, hört sich mittlerweile bekannt an: Statt Prozesse zu erleichtern, werden Arbeitskräfte mittels digitaler Technik kontrolliert und diszipliniert. Schaupps Fälle zeigen auch, dass die Steuerungstechniken qualifizierteres Personal überflüssig machen können, wenn deren Wissen getrackt und in Steuerungssysteme überführt wird.

Arbeiten, um sich überflüssig zu machen

Diese Entwicklung geht in der neuen Plattform-Logistik (Amazon, Deliveroo) radikaler von statten als in deutschen Industrieunternehmen. Die Tendenz lautet aber in allen Fällen: das Management ist immer weniger auf Fachwissen und soziale Bindungen von Arbeitskräften angewiesen, sondern kann mit einem Set an vorgegebenen Techniken den Arbeitsprozess orchestrieren, prüfen und in Teilen auch automatisieren.

Schaupps Buch bleibt nicht bei der Beschreibung dieser Vorgänge stehen, sondern systematisiert sie mit Blick auf Klassenverhältnisse. Als „kybernetische Proletarisierung“ konzeptualisiert er die Abwärtsspirale aus Kontrolle, Verdichtung und Automatisierung von Arbeit, die schließlich in einer

Reintegration von Arbeiter*innen zu schlechteren Bedingungen mündet. Kybernetisch ist dieser Prozess, weil Arbeiter*innen in digitale Rückkopplungsschleifen eingebunden sind, die ihrer eigenen Automatisierung dienen. So bestehe also „ein Teil ihrer Arbeit [...] darin, sich selbst überflüssig zu machen“ (S. 245). Dadurch können auch neue Gruppen dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Eines der untersuchten Unternehmen akquiriert etwa gezielt Geflüchtete aus Asylzentren, um sie dann zu niedrigen Löhnen unter den neuen Systemen zu beschäftigen.

Mit der Reaktivierung des Begriffs der Proletarisierung will Schaupp nicht nur eine sich zuspitzende Abhängigkeit der lohnabhängigen Bevölkerung verdeutlichen. Er betont auch ihr Konfliktpotential, wenn etwa Essenskuriere die Abwesenheit von Vorgesetzten zur Streikplanung nutzen oder sich Beschäftigte gemeinsam über Industrieroboter lustig machen. In Schaupps Studie wird anschaulich, dass sich algorithmische Arbeitssteuerung nie bruchlos in den Arbeitsprozess übersetzen lässt, sondern auf Widerspruch und Subversion trifft. Solche Auseinandersetzungen prägen nicht nur den Arbeitsprozess selbst, sondern können auch den Weg für soziale Kämpfe pflastern: Die Organisierung von Amazon-Lagerarbeiter*innen und Lieferdienst-Rider*innen in den letzten Jahren sind Antworten auf diese Zumutungen, die sich sogar zu transnationalen Netzwerken entwickelt haben.

Dass sich das Buch mit Gewinn liest, liegt auch an der Vielfalt der Zugänge. Sowohl die sehr deutsche, korporatistische Welt der Industrie 4.0, aber auch die global verbreitete Plattformökonomie werden untersucht. Obwohl sich die konkreten Strategien in den Branchen unterscheiden, ist die Spirale der kybernetischen Proletarisierung in beiden Fällen sichtbar.

Eine zweite Besonderheit ist der methodische Zugang: Schaupp hat für die Forschung ethnographisch in einem Maschinenbaubetrieb und als Lieferdienst-Fahrer gearbeitet. Die so wichtigen Bruchstellen und Subversionsmomente, auf die immer wieder verwiesen wird, speisen sich auch aus diesen ethnografisch gewonnenen Beobachtungen.

Angleichung oder Vervielfältigung?

Gleichwohl lässt das Buch auch Fragen offen. Sowohl die kybernetische Proletarisierung als auch die aus ihr entstehenden Kämpfe führt Schaupp auf eine „Angleichung der Arbeitsprozesse“ (S. 236, S. 283) durch algorithmische Arbeitssteuerung zurück. Solche Prozesse lassen sich ohne Zweifel beobachten. Sichtbar ist aber mindestens in der Plattformökonomie auch das Gegenteil, eine Vervielfältigung der Arbeit mit zahlreichen Facetten.

So macht gerade der leichte Einstieg in algorithmisch gesteuerte Arbeitsprozesse eine große Bandbreite an Nutzungsformen möglich. Wer als Rentnerin die Uber-App nutzt, um sich gelegentlich das Einkommen aufzubessern, ist dabei anders in die algorithmische Kontrolle von Uber eingebunden als Familienväter ohne Aufenthaltspapiere, die abhängig von Bonusprogrammen rund um die Uhr durch die Stadt fahren. Der Zugang zu Arbeit kann von Plattformen nicht nur unterschiedlich integriert, sondern dazu auch in verschiedenste Vertragsformen (Minijobs, Werkstudierende und so weiter) gegossen werden. Im Vergleich zu etablierten Beschäftigungsformen scheint sich daher eher eine „Multiplikation der Arbeit“ (Mezzadra/Neilson 2013) zu entwickeln als eine Angleichung.

Offen bleibt auch, wie Schaupp selbst andeutet, inwieweit sich seine Analyse auf Bereiche ausweiten lässt, in denen die Standardisierung von Prozessen komplexer ist als in Industrie und Logistik. In vielen Geschäftsmodellen der Digitalbranche werden Arbeitsprozesse unsichtbar gemacht oder outgesourct, selten aber wirklich ersetzt. Auch algorithmische Prozesskontrolle spielt etwa bei Reinigungs- oder Pflegeplattformen wie Helpling oder Care.com kaum eine Rolle – weder geben die Apps hier genaue Anweisungen, noch sind komplexe Rückkopplungsschleifen im Einsatz. Und selbst die Konflikte der Beschäftigten bei Gorillas, von denen Schaupp eingangs schreibt, drehen sich kaum um algorithmische Arbeitssteuerung. Die Kontrolle der Arbeit findet dort analog

durch Vorgesetzte im Warenlager statt, und statt um Technologie drehen sich die Streiks um die üblichen Themen im Niedriglohnssektor: Lohnraub, Kündigungen und Ausrüstung.

Wesensmerkmale der Digitalisierungsdebatte

Mit seinem Buch rückt Schaupp nicht nur eine Reihe von Mythen zu Automatisierung und algorithmischer Kontrolle zurecht. Er zeigt auch überzeugend, wie sich digitale Kontrolle und Klassendynamiken heute wechselseitig formen. Offen bleibt nach der Lektüre, worüber eigentlich im Kern gesprochen wird, wenn von Digitalisierung der Arbeit und den Konflikten um sie die Rede ist. Geht es um algorithmische Arbeitssteuerung? Um Automatisierung? Um Daten und Plattformen? Oder um eine Melange an Geschäftsmodellen und Management-Strategien, die unter dem Stichwort der Technologie Risikokapital und Staatsgelder einsammeln? Das Buch von Simon Schaupp liefert ein gut informiertes Analyseangebot, um diese Fragen zu diskutieren. Dass es dabei den Blick auf die Perspektive der Arbeiter*innen und deren Kämpfe richtet, macht es umso wertvoller.

Zusätzlich verwendete Literatur

Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, Multiplication of Labor*. Duke University Press.

Simon Schaupp 2021:

Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung. Matthes & Seitz, Berlin.

ISBN: 978-3-7518-0332-8.

352 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Valentin Niebler: Kampf in der digitalen Abwärtsspirale. Erschienen in: *Pandemisches Zeitalter*. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1747>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Nach der Postmoderne...



Beyer, Heiko / Schauer, Alexandra (Hg.)

Die Rückkehr der Ideologie

Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs

Jahrzehntelang wurde das Ende Ideologie verkündet. Die autoritäre Wende zeigt derzeit jedoch: Die Erneuerung des Ideologiebegriffs ist dringend geboten.

Rezensiert von [Emanuel Kapfinger](#)

Die Postmoderne hat das „Ende der Ideologie“ verkündet und den Ideologiebegriff durch Konzepte wie Diskurs und Narrativ ersetzt. Allerdings: Wie der postmoderne Pluralismus und das neoliberale „Ende der Geschichte“ sich in den gegenwärtigen Krisentendenzen immer mehr auflösen, so kommen offensichtlich auch die postmodernen Konzepte an ihr Ende. Heute driften immer größere Teile der Gesellschaft in autoritäre Ideologien ab. Die Ideologie scheint zurückzukehren. Oder war sie nie weg?

Das Ende der Ideologie war selbst die Ideologie

Ein umfangreicher Sammelband widmet sich der Erneuerung, oder vielmehr Kontinuität des Ideologiebegriffs. Die Autor*innen machen deutlich: Ideologie trat in der Postmoderne nur nicht mehr so laut und konzentriert auf wie früher, wie Sozialdemokratie, Stalinismus oder Faschismus. Vielmehr gab sie sich dezidiert „unideologisch“, war diffus in den Alltag verstreut, als unpolitische Freizeitkultur (wie etwa Germany's Next Topmodel) oder alternativloser Sachzwang (beispielsweise Austeritätspolitik). Heute, da das postmodern-neoliberale Legitimationsgefüge zunehmend in die Krise gerät – so versprach die SPD im Bundestagswahlkampf 2021 das Ende von Hartz IV –, wird auch sein damaliger Ideologiecharakter immer offenkundiger.

Allerdings gab es in den letzten Jahrzehnten durchaus eine Ideologiediskussion – wenn auch abseits des Mainstreams. Sie war sogar in zwei einander bekämpfende Lager geteilt, die auch die Beiträge des Sammelbands durchziehen: in das Lager der wertenden Ideologiekritik – die Frankfurter Schule – und der wertneutralen Ideologietheorie – der Strukturalismus. Der Ideologiebegriff dieser Diskussion, und damit auch des Sammelbands, ist nicht von der übersimplen Art, dass die Bourgeoisie die Massen manipuliert, dass die Klassenlage das Bewusstsein determiniert oder dass der Warenfetisch die Menschen verblendet. In der anspruchsvollen Diskussion wurde Ideologie, und zwar quer durch die Lager hindurch, vielmehr als ein komplexer Zusammenhang von ideellen mit materiellen Strukturen, von Ideen und Praktiken verstanden. Heute geht die Diskussion nun dahin – und daran beteiligen sich auch einige der Beiträge des Sammelbandes –, den Lagerkampf von Ideologiekritik und Ideologietheorie durch einen modernisierten Ideologiebegriff, als Synthese aus beidem, zu überwinden.

Die theoretischen Bezüge der Beiträge sind überaus vielfältig. Sie reichen von Karl Marx und Theodor W. Adorno über Antonio Gramsci und Frigga Haug bis hin zu Louis Althusser, Roland Barthes und Michel Foucault. Ein wenig irritierend ist, dass auch sehr bürgerlichen, unkritischen Bezügen wie Karl Mannheim und Niklas Luhmann ein breiter Platz eingeräumt wird, während mit Angela Davis eine der wenigen behandelten Theoretikerinnen nur hinsichtlich ihres angeblichen

Antisemitismus (wegen ihrer Unterstützung von BDS) zur Sprache kommt.

Darüber kann immerhin die große Bandbreite der untersuchten Ideologien etwas hinwegtrösten, zu denen unter anderem die Ideologie des Autos, die Identitätspolitik, der politische Islam und die Esoterik gehören. Sehr spannend zu lesen sind hier etwa die Beiträge von Robert Zwarg, der die Geschichte des Autos als eines hochgradig fetischisierten Alltagsgegenstands nachzeichnet, und von Jérôme Seeburger, der die esoterische Ideologie als eine Selbstfindung durch die Unterwerfung unter ein vermeintlich unausweichliches Schicksal dechiffriert.

Auf dem Weg zu einem revolutionären Ideologiebegriff

Trotz einiger hervorragender Beiträge ist das Gesamtbild des Bandes aber eher durchwachsen. Beispielsweise reiht Bassam Tibi in seinem Beitrag über den politischen Islam nur Gemeinplätze über Islam und Islamismus aneinander und Lars Rensmann zeichnet in einem dogmatischen Stil ein krasses Zerrbild des Antisemitismus, als dessen aktuelle Form er ausgerechnet die postcolonial studies identifiziert. Außerdem beschäftigt sich der Sammelband – abgesehen von ein paar Sätzen – nicht mit der Frage, warum es überhaupt Ideologien gibt und wie eine Emanzipation von Ideologie aussehen kann. Und diese Frage macht doch den praktischen Kern des Problems aus!

Mit seinen knapp 600 Seiten, seinen meist überlangen Beiträgen und seinem unattraktiven Äußeren stellt der klobige Wälzer also nicht unbedingt ein sinnliches Leseerlebnis dar. Da etliche Artikel inhaltlich oder handwerklich fragwürdig sind, sind es eher einzelne Beiträge – etwa die von Alex Demirović, Christian Schmidt und der erwähnte Jérôme Seeburger – die die Ideologiediskussion voranbringen.

Zur weiteren Lektüre

:

Eine ausführliche Version dieser Rezension ist im [Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie \(2022\)](#) erschienen.

Beyer, Heiko / Schauer, Alexandra (Hg.) 2021:

Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs.

Campus Verlag, Frankfurt a. M..

ISBN: 9783593511702.

584 Seiten. 34,95 Euro.

Zitathinweis: Emanuel Kapfinger: Nach der Postmoderne.... Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1748>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Mit Geld und Einfluss zu Gottes Reich auf Erden



Annika Brockschmidt

Amerikas Gotteskrieger

Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet

Eine umfangreiche Analyse untersucht die Entstehungsgeschichte religiöser Rechter in den USA und ihre Einflussnahme auf die US-Politik.

Rezensiert von [peps perdu](#)

Die Bilder des Sturms auf das Kapitol am 6. Januar 2021 gingen um die ganze Welt. Bei den Demonstrant*innen sah man neben Südstaatenflaggen riesige Holzkreuze und „Jesus is my saviour/Trump is my President“-Banner. Christen und extreme Rechte drangen nicht zufällig nebeneinander in das Zentrum der Macht der USA ein. Christlicher Nationalismus ist ein lang angelegtes Gesellschaftsprojekt der religiösen Rechten, in der Rassismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Wissenschaftsfeindlichkeit und Wohlstandschauvinismus propagiert und gesellschaftlich verankert werden.

Annika Brockschmidt geht in ihrem klugen und intensiv recherchierten Buch den Ursprüngen, Einflussnahmen und Netzwerken der religiösen Rechten in den USA nach. Sie zeigt die gefährlichen Strategien und ihre Effekte auf – sei es in Hinblick auf das Bannen von Filmen und Schulbüchern bis hin zu transfeindlicher Gesetzgebung oder Steuererleichterungen für religiöse Gruppen. Dabei bietet sie tiefe Einblicke, wie weitreichend diese Netzwerke sind – und wie groß die Nähe zu gewaltvollen und militanten Zukunftsfantasien ist.

Heterogene Hintergrundnetzwerke

Brockschmidt beginnt dankenswerterweise mit einer begrifflichen Einordnung und bietet so im weiteren Verlauf eine differenzierte Blickweise insbesondere auf Evangelikale. Die Begriffe Christlicher Nationalismus und christliche/religiöse Rechte als kulturelle und politische Bewegung werden von ihr deckungsgleich verwendet und beschreiben eine heterogene Akteursgruppe:

„Unter dem Begriff Christlicher Nationalismus finden sich konservative Katholiken ebenso wie Pfingstkirchler, Charismatiker (ebenfalls in pfingstkirchlicher Tradition), Wohlstandsevangelisten, Calvinisten und Baptisten, aber auch orthodoxe Juden, Mormonen und Menschen, die keiner bestimmten Glaubensgemeinschaft angehören oder nicht regelmäßig zur Kirche gehen.“ (S. 17)

Dabei zeichnet sie nach, dass die im christlichen Nationalismus aktiven Netzwerke oftmals im Verborgenen agieren, dafür aber über die letzten Jahrzehnte stetig ihre Einflussnahme ausgebaut haben. Historisch wird dabei häufig die Liberalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in der 1970er Jahren als Mobilisierungspunkt der Christlichen Rechten benannt. Dabei war dies eher eine strategische Entscheidung: Bereits in ihren Anfängen ist die christliche Rechte eine weiße Bewegung, die ganz klar eine multikulturelle und liberale USA ablehnt. Dies zeigt sich anhand der Auseinandersetzung um christliche Privatschulen, in der nur weiße Kinder unterrichtet werden –

während öffentliche Schulen als Orte des Sündenverfalls polemisch abgewertet werden.

Geschlechterrollen als Basis für den Kulturkampf

Brockschmidt zeigt die Verschiebung von Themen auf, mit der die christliche Rechte öffentlichkeitswirksam mobilisiert. So lösten „Pro Life“-Diskurse Forderungen nach der Aufrechterhaltung der Segregation in Bildungsinstitutionen ab, und nach dem Zerfall der Sowjetunion 1990 und dem Feindbild Kommunismus konnte mit den Anschlägen des 11. September 2001 mit „dem Islam“ ein neues Feindbild ausgebaut werden. Ähnlich zeigt sich eine Verschiebung in der Ablehnung von Homosexualität hin zu öffentlicher Stimmungsmache gegen trans*Personen. Dabei werden auch auf den ersten Blick widersprüchliche Themen vermengt, so lange dies dem höheren Ziel dient, den christlichen Kulturkampf voranzutreiben. Dies zeigt sich maßgeblich in Bezug auf Sexualität und Geschlechtervorstellungen.

Anhand von Dating-TV-Serien wie The Bachelor beziehungsweise The Bachelorette zeichnet Brockschmidt nach, dass sich hier Frömmigkeit und Purity Culture – der Glaube, dass sich für Sex in der Ehe aufgespart wird – bei evangelikalen Teilnehmenden und die ständige Thematisierung von Sex nicht ausschließen. Eine Modernisierung tradierter Geschlechtervorstellungen, ohne das Geschlechterungleichheit in Frage gestellt wird, bedient sich hier neuer medialer Formate. So werden evangelikale Themen einem breiteren Publikum vorgestellt. Dabei ist auch außerehelicher Sex besprechbar, solange er heterosexuell zwischen Mann und Frau stattfindet.

Auch die Unterstützung Donald Trumps durch die christliche Rechte lässt sich durch deren Geschlechtervorstellungen erklären. Trump verkörpert dabei den erfolgreichen Mann, dessen aggressives Auftreten Stärke suggeriert. So wird Trump als Instrument Gottes gesehen, der dessen Willen auf Erden kundtue. Dabei werden biblische Vergleiche zu Salomon und König David herangezogen, um zu legitimieren, warum Trump kein guter Christ sein muss, um trotzdem dem Christentum zu dienen. So wundert es nicht, dass diese Bestärkung des Trumpschen Größenwahns sich positiv für eine christliche Rechte auswirkte, indem zahlreiche Vertreter ihrer Bewegung in das Weiße Haus geholt wurden.

Mit langem Atem zum Königreich Gottes

Die Verbindung von Neoliberalismus und christlichem Nationalismus zeigt sich an dem Konstrukt der heterosexuellen Kernfamilie. Diese diene der Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen und geschlechtlicher Arbeitsteilung, die wiederum wirtschaftliche Stabilität und vermeintlichen Wachstum sichere. In Form von dog-whistle politics, also dem Nutzen bestimmter Codes und Kennwörter, die harmlos klingen, aber für Eingeweihte mehr Bedeutungsebenen mit sich bringen, fungiert beispielsweise der Begriff „Familie“ als klares Chiffre für die Ehe mit Kind(ern) zwischen Mann und Frau. Diese dog whistles zeigen sich auch im Diskurs gegen Gewerkschaften, wenn Arbeitskämpfe mit dem vermeintlichen Argument des „Recht auf Arbeit“ ausgehöhlt werden sollen. Christlicher Nationalismus lehnt dabei eine kollektive Selbstvertretung von marginalisierten Interessensgruppen strikt ab.

Das ausgeklügelte System der christlichen Rechten „aus politischen Organisationen, Medienimperien, Basis-Aktivismus und die Unterstützung von Großspendern“ (S. 171) hat dabei dazu beigetragen, die republikanische Partei zu übernehmen. Dabei geht es ihren Netzwerken gar nicht zwangsläufig um Erfolge in der jeweiligen Legislaturperiode, sondern um eine langfristige Veränderung der politischen Machtverteilung – in den Augen einiger Evangelikaler hin zur „weltweiten Expansion des Königreich Gottes“ durch die „totale Mobilisierung der Kirche“ (S. 251). Dass hier Bilder von faschistischer Weltherrschaftsvorstellung geweckt werden, kommt nicht von ungefähr. Der rechte christliche Kulturkampf setzt dabei nicht nur auf Worte, sondern auch auf gewalttätige Apokalypse-Fantasien, die in Filmen und Büchern mit der Bestrafung von Nicht-Christen dargestellt werden. Jesus ist dieser Vorstellung nach nicht barmherzig und fürsorgend,

sondern zieht mit Schwert in der Hand „gegen Satan, Sünde und Tod in den Krieg“ (S. 209).

Bei der Dichte und Menge an Netzwerken, Personen und Organisationen, die genannt werden, fällt es zum Teil schwer, den Überblick zu behalten. Ein Index oder auch eine Netzwerkgraphik hätten hier die Erleichterung schaffen können, sich in diesem gefährlichen Netz der Religiösen Rechten zu orientieren – vielleicht war dafür neben den 60 (!) Seiten Quellenangaben aber auch einfach kein Platz mehr. Stellenweise wäre eine Systematisierung und zusammenfassende Analyse der Themen in den einzelnen Kapiteln wünschenswert gewesen – auch wenn die angesprochenen Themen und Netzwerke verwoben sind, würde eine klare Schwerpunktsetzung dem Lesefluss gut tun.

Insgesamt hat Brockschmidt wichtiges und verstörendes Buch geschrieben – nicht nur, um die Religiöse Rechte in den USA zu verstehen, sondern auch, um Parallelen in deutschen und europäischen Netzwerken zu ziehen und deren Strategien im langsamen und stetigen Kampf um Einfluss zu entlarven.

Annika Brockschmidt 2021:

Amerikas Gotteskrieger. Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet.

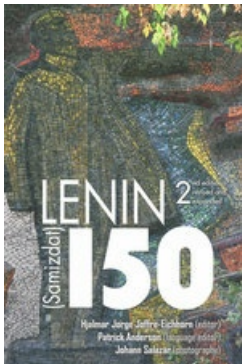
Rowohlt Taschenbuch, Hamburg.

ISBN: 978-3-499-00648-7.

416 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Mit Geld und Einfluss zu Gottes Reich auf Erden. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1750>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Make Lenin great again?



Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn (Hg.)
Lenin150 (Samizdat)
2nd expanded edition

*Ein Buch zum 150. Geburtstag des russischen Revolutionärs aktualisiert
Lenin für linkes Denken und Handeln von heute.*

Rezensiert von [Kerem Schamberger](#)

In einem Adventskalender für „wagemutige Frauen“ wird Rosa Luxemburgs als „Bürgerrechtlerin“ bezeichnet. In Trier gehört Karl Marx mittlerweile zum offiziellen Stadtbild und sein Geburtshaus sogar der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung. Beide würden sich angesichts dieser Vereinnahmung und des „Softwashings“, also des Zähmens und Einpassens ihres revolutionären Denkens und Handelns, im Grabe umdrehen.

Wladimir Iljitsch Lenin ist das (bislang – und vielleicht auch glücklicherweise) nicht passiert. Noch heute ist er Schreckgespenst und Buhmann für viele BürgerInnen. Sie denken mit Furcht an eine der ersten erfolgreichen Revolutionen, die die Produktions- und Eigentumsverhältnisse im Sinne der arbeitenden Menschen vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Dies ermöglicht es heute, sich Lenin aus einer revolutionären und kritischen Perspektive zuzuwenden, ohne ihn erst vom Schutt des „Softwashings“ befreien zu müssen.

Hommage aus den Kämpfen von heute

Das von Hjalmar Joffre-Eichhorn, Patrick Anderson und Johann Salazar herausgegebene Buch „Lenin 150 (Samizdat)“ sammelt Stimmen aus der ganzen Welt, die dem Politiker und Theoretiker nicht einfach nur gedenken, sondern versuchen, ihn mit Themen zu verknüpfen, die die weltweite Linke heute beschäftigt. Angesichts der weiteren Entwicklung des ersten sozialistischen Versuches nach Lenins viel zu frühem Tod im Januar 1924 ist klar, dass dies eine kritische Auseinandersetzung erfordert. Dafür steht schon der Zusatz „Samizdat“ im Titel des Buches. Es ist der russische Begriff für Selbstverlag und bezeichnet zugleich die Verbreitung alternativer, nicht systemkonformer Literatur zu Zeiten der UdSSR.

27 AutorInnen, die in den intellektuellen und politischen Kämpfen des 21. Jahrhunderts aktiv sind (neben Trotzki, der 1940 durch einen Agenten Stalins ermordet wurde und ebenfalls Raum im Buch erhält) haben sich die Zeit genommen, exklusiv für diesen Sammelband ihre Gedanken zu Lenin auf Papier zu bringen: Unter ihnen Tora Lane, die an der Södertörn-Universität zu russischem Modernismus forscht, Vashna Jagarnath, die im Vorstand der südafrikanischen Metallarbeitergewerkschaft NUMSA arbeitet, und Mohira Suyarkulova, eine queere Kommunistin aus Bischkek in Kirgisistan. Bewusst wurden hier die einem deutschsprachigen Publikum nicht so bekannten Namen genannt, doch natürlich dürfen auch Personen wie Alain Badiou, Michael Brie, Jodi Dean und Slavoj Žižek nicht fehlen. Dass die Beschäftigung mit Lenin nicht nur eine eurozentristische sein muss und sein bis heute anhaltender Einfluss sich über die ganze Welt erstreckt, belegen weitere Beiträge aus Lateinamerika, Afrika und Asien.

Das Buch ist dabei kein trockener Theorieschinken, sondern mit zahlreichen Aufnahmen von

Lenin-Monumenten bebildert, die bis heute in Kirgisistan das öffentliche Bild prägen. Eine Reise in das zentralasiatische Land brachte die Herausgeber überhaupt erst auf die Idee, einen solchen Band zum 150. Geburtstag Lenins in Angriff zu nehmen. Auch Gedichte lockern den Lesefluss auf, so zum ersten Mal übersetzte Arbeiten des kirgisischen revolutionären Dichters Joomart Bokonbaev (1910-1944) oder Bertolt Brechts „An die Nachgeborenen“, dass sich in einer englischen Übersetzung noch einmal ganz anders liest.

Auch wenn es im Sammelband Beiträge gibt, die Lenin etwas zu sehr romantisieren (etwa der von Wang Hui aus Peking), überwiegt die kritisch-solidarische Beschäftigung mit dem russischen Revolutionär. Unter den AutorInnen ist etwa Thomas Rudhof-Seibert vom Institut Solidarische Moderne, der sich den elf Thesen von Lenin in Zeiten von Corona nähert und fragt „Was tun?“. Er warnt vor der Falle eines reinen Ökonomismus, der die arbeitenden Menschen in den Fängen der „dictatorship of the bourgeoisie“ (S. 180) halten würde. Es käme, so der Autor, auf radikale politische Veränderungen an: Aufgabe von AktivistInnen sei es, spontane ökonomische Forderungen in radikal politische zu verwandeln. Es gehe – in Bezugnahme auf Lenin – um die Politisierung der proletarischen Existenz. Angesichts des Strukturkonservatismus einiger großer Gewerkschaften in Deutschland in Bezug auf die Klimakatastrophe ist das also ein Beitrag, der Beachtung finden sollte.

Make Lenin Lenin again?

Georgy Mamedov, kommunistischer LGBT-Aktivist aus Bischkek, beschäftigt sich aus leninistischer Perspektive mit heutiger Identitätspolitik. Lenin analysiert in seiner Schrift „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“ aus dem Jahr 1922 den Widerspruch „zwischen der Solidarität der Arbeiterklasse und den historisch gewachsenen Spaltungen innerhalb der multiethnischen und multikulturellen Bevölkerung des ehemaligen russischen Imperiums“ (S. 115, Übersetzung KS). Darin schlägt Lenin drei Prinzipien des Umgangs vor, die auch für die heutige Debatte fruchtbar gemacht werden könnten: proletarischer Internationalismus, die Nicht-Assimilierung und die Ungleichheit des Unterdrückten. Auch in queeren Kämpfen ginge es, so Mamedov, darum, sich der heteronormativen Gleichmacherei queerer Körper entgegenzustellen – so wie damals die Assimilierung der verschiedenen Völker der Sowjetunion in die dominante russische Identität verhindert werden musste. Bei der Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen gehe es um eine Politik der „affirmative action“ gegenüber nationalen Minderheiten (die von Lenin befürwortet, aber dann in den frühen 1930er Jahren von einer Kampagne großrussischen Chauvinismus‘ abgelöst wurde).

Bezogen auf identitätspolitische Kämpfe heute, geht es, so der Autor, um eine „eine Politik der Wiedergutmachung und der Umverteilung materieller Ressourcen, die unser Verständnis von Identitätspolitik radikal von einem rein repräsentativen zu einem polit-ökonomischen verschiebt“ (S. 121, Übersetzung KS). Sollte dieser Politikansatz Wirkung entfalten, ist, angesichts von „Cancel Culture“-Debatten von rechts, gesichert, dass Lenin nicht vereinnahmt werden kann und Bürgerschreck bleibt – diesmal im Gewand revolutionärer Identitätspolitik.

Am Ende seines Beitrages fragt Mamedov, ob es an der Zeit wäre „to ‚make Lenin great again‘?“ Die wichtigste Konsequenz, die revolutionäre MarxistInnen heutzutage jedoch aus Lenin ziehen müssten, sei, dass keine noch so radikale und kompromisslose Theorie der Vergangenheit eine einfache Blaupause für das Handeln unter den gegenwärtigen Umständen bietet. Konkrete Widersprüche benötigen konkrete Lösungen, die nur mit dialektischer Nüchternheit – wie Lenin es gezeigt hat – erarbeitet werden könnten. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn (Hg.) 2021:
Lenin150 (Samizdat). 2nd expanded edition. 2. Auflage.
Daraja Press, Wakefield.
ISBN: 978-3-00-066212-6.
344 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Kerem Schamberger: Make Lenin great again? Erschienen in: Pandemisches
Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1752>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Untergang im Untergang

Jenny
Erpenbeck

KAIROS.
ROMAN

Jenny Erpenbeck

Kairos.

*Der vielschichtige und kluge Roman verknüpft das Scheitern einer
Liebesbeziehung mit dem Scheitern der DDR.*



Rezensiert von [Nane Pleger](#)

Wie wir einen Text verstehen, hängt von verschiedenen Faktoren ab: von unserem Geschlecht, Alter, unserer Sozialisation, Bildung, unseren Erfahrungen – und wie wir all das erleben, in der Gesellschaft, in der wir leben. Das politische, gesellschaftliche System beeinflusst einen Text. Es hat Einfluss darauf, wie sein:e Verfasser:in ihn gestaltet, welcher Inhalt in ihm verhandelt wird, welcher Inhalt vielleicht überhaupt verhandelt werden darf. Wenn in einem Staat öffentlich nicht alles gesagt werden kann, finden die Menschen Möglichkeiten in ihrer Sprache, von diesen unsagbaren Dingen trotzdem zu erzählen.

In der DDR hat sich diese künstlerische Fähigkeit des Menschen auch in der Lektüre niedergeschlagen. „Zwischen den Zeilen“ betitelt Kathrin Gerlof ihren Essay für die [kritisch-lesen.de-Ausgabe #53](#) „DDR – Innenansichten in der Literatur“ und spielte damit auf die Doppelbödigkeit literarischer Texte an, die in der DDR produziert worden sind. Unter der Zensur der DDR war es Schriftsteller:innen nicht möglich, alles zu erzählen, ihre Kritik an Gesellschaft und Staat frei zu formulieren und so hatte sich gerade in intellektuellen Kreisen eine Schreib- und Lesart etabliert, die nach eben solcher Kritik „zwischen den Zeilen“ suchte.

Wenn Liebe zum Scheitern verurteilt ist

Vom Kunstschaffen in der DDR erzählt der neue Roman von Jenny Erpenbeck „Kairos.“, ein Text mit viel Subtext. Nicht, weil die Autorin den Zwängen eines Staates unterlegen ist, sondern weil sie eine Geschichte erzählt, von der es nicht die eine Wahrheit gibt: Sie erzählt von den Ambivalenzen einer zerstörerischen Liebe zwischen zwei Menschen, und von den Ambivalenzen, die die Bürger:innen auf- und zerrüttete in den letzten Jahren der DDR. Es ist eine Erzählung, die nahelegt, dass es keine Wahrheit von Geschichte gibt, die für alle gemeingültig ist. Es ist eine Frage der Perspektive, des Sehen-Wollens und des Sehen-Könnens. Die untergehende DDR ist der Schauplatz für die Erzählung einer Liebe, die von Anfang an zum Untergehen verdammt ist. Der Text selbst schaut dabei aus einem Winkel auf das Ende der DDR, aus dem nicht viele Erzählungen vorliegen. Sie schreibt als eine Autorin, die selbst in Ost-Berlin aufgewachsen ist und als Tochter und Enkeltochter von Schriftsteller:innen, die in der DDR geschrieben und publiziert haben. Wenn Erpenbeck über diesen Staat schreibt, schreibt sie von innen heraus. Sie hat selbst in ihm gelebt und das Kunstschaffen in diesem gesellschaftlichen Gefüge erlebt. Diese Erfahrung schreibt sich in den Text ein.

Protagonist:innen der Erzählung sind die 19-jährige Katharina und der 34 Jahre ältere Hans. Es ist die Geschichte einer Liebe zwischen zwei Menschen, die nicht voneinander lassen können, obwohl sie sich gegenseitig nicht guttun. So steht am Anfang dieser Liebesgeschichte ihr Ende, indem der

Prolog zeitlich vorgreift und den Leser:innen Katharina zu einem Zeitpunkt vorstellt, an dem Hans schon verstorben ist. Sie fragt sich Jahre nach ihrem Kennenlernen, als sie Kartons mit Erinnerungen an und von Hans anschaut: „War der Augenblick ein glücklicher, indem sie damals, als neunzehnjähriges Mädchen, Hans traf?“ (S. 7). Diese Frage lässt die darauffolgende Erzählung der völligen Unterwerfung der jungen Katharina unter ihre Liebe zu Hans in einem erträglichen Licht erscheinen. Die Leser:innen wissen so, während sie im weiteren Verlauf des Romans Katharina bei ihrer totalen Selbstaufgabe für Hans begleiten, dass sie es eines Tages schaffen wird, sich von ihm zu lösen. Dass sie sogar in Frage gestellt wird, ob diese Beziehung für sie Glück bedeutete.

Mit Glück scheint ihre Beziehung zu beginnen: es ist Liebe auf den ersten Blick. Doch sind die Bedingungen für eine funktionierende Paarbeziehung nicht gegeben: Hans, 43 Schriftsteller, „fester Freier“ (S. 22) für den Rundfunk, verheirateter Vater. Katharina, 19, in einer Lehre zur Setzerin im Staatsverlag, vor der Entscheidung ein Kunststudium zu beginnen, mit ihrer Mutter zusammenwohnend. Hans weiß, dass er sich von seinem Leben, das er sich aufgebaut hat, nicht trennen kann, doch will durch den Schleier der romantischen Gefühle die Unmöglichkeit des Auslebens einer Beziehung zu Katharina nicht sehen. Er weiß, dass ihre Zuneigung zueinander zum Scheitern verurteilt ist, will aber trotzdem nicht von ihr lassen. Katharina selbst kann im heftigen, unwissenden Rausch der ersten Liebe nicht sehen, dass Hans ihr nicht die Liebe, die Aufmerksamkeit geben kann, die ihr guttun würde. Abhängig von der Zuneigung zu und von ihm schaut sie zu ihm, dem Älteren, Erfahrenen herauf und kann trotz aller Schmerzen sich nicht von ihm trennen. Kann die Hoffnung auf ein gemeinsames Leben, in dem Hans zu ihr steht, nicht aufgeben.

Das Ende erfüllen

Eine Besonderheit des Textes ist es, dass er uns Situationen häufig aus der Sicht der beiden Figuren erzählt:

„Er denkt, solange sie will, kann es kein Fehler sein. Sie denkt, wenn er mir alles überlässt, wird er schon sehen, was Liebe ist. Er denkt, sie wird erst später verstehen, wozu sie jetzt Ja gesagt hat. Sie denkt, er vertraut sich mir an. All diese Gedanken werden an diesem Abend gedacht, und alle zusammen ergeben die vielschichtige Wahrheit.“ (S. 33f.)

Dadurch erfahren die Lesenden mehr von Hans' Wahrheit, als Katharina es je könnte. Eine Wahrheit, die in vielen Facetten daherkommt. Er ist Sohn eines NS-Offiziers, dessen hohe Position sein Garant zum Überleben im Krieg war. Als junger Mann wendet er sich nicht nur von seiner Familie ab, sondern auch vom Faschismus und will als überzeugter Kommunist Teil des Aufbaus eines neuen Staates sein. Nach über 30 Jahren scheint er desillusioniert zu beobachten, wie die DDR scheitert. Er spürt, wie die Parteiführung in eine Richtung geht, über die er keine Kontrolle hat. Je mehr ihm diese gesellschaftliche Dimension zwischen den Händen zerrinnt, umso stärker versucht er, Katharina zu kontrollieren. Er ist überzeugtes Parteimitglied mit der Vision, dass der sozialistische Staat die einzig richtige Möglichkeit ist; doch spürt er, dass die Realität nicht mehr viel mit seinen ursprünglichen Ideen gemein hat. Er lässt diese Gedanken, diese Kritik nicht zu, sondern scheint wie zum Ausgleich Katharinas Gefühle beherrschen zu wollen. Er verhört sie regelrecht in Gesprächen, indem er sie zwingt, sich ihm bis aufs Innerste zu offenbaren. Er misstraut ihr, unterstellt ihr Verrat und Lüge. In Kassetten monologisiert er über die Falschheit ihrer Gefühle und zwingt sie dazu, schriftlich Position zu nehmen. Trotz all seiner Negativität ihr gegenüber hält er vehement an der Beziehung fest, und scheint blind dafür zu sein, wie er Katharina und ihre Beziehung zu Grunde richtet.

Die Beziehung zwischen den Beiden kann als eine Reflexion gelesen werden. Sie reflektiert das Verhältnis der beiden Figuren zum staatlichen System, in dem sie sich befinden. Nicht nur in Hans Verhalten in der Beziehung spiegelt sich seine Ohnmacht in Bezug auf die politische Situation der

DDR wieder. Sondern es lassen sich auch in Katharinas Verhalten gegenüber Hans Parallelen zu ihrem Verhältnis zum Staat finden. Sie wird als eine unpolitischere Figur gezeichnet, die sich nicht als ein handlungsfähiges Subjekt begreift, sondern unter der DDR-Führung ihren Alltag eingerichtet hat. So wie sie die gesellschaftliche Ordnung als Existenzgrundlage bedingungslos annimmt, so sieht sie auch ihre Beziehung zu Hans als alternativlos lebenswichtig an. Auch wenn sie unter den Einschränkungen, die sie durch Hans und durch das strikte DDR-Regime erfährt, leidet, begreift sie sich nicht in der Position, sich aus einer der beiden Beziehungen zu lösen. Sie ist abhängig vom Staat, wie sie abhängig von Hans ist. Durch diese Beziehung stellt der Text die Frage, ob man dem Staat die Treue schuldig ist, weil man in ihm leben kann: „Muss sie ihn nicht lieben dafür, dass er sie mitgenommen hat, trotz alledem?“ (S. 254) Muss sie der DDR treu dienen, da sie ihr ein Leben ohne existenzielle Nöte möglich macht?

Liebe in Zeiten des Systemwechsels

Die Geschichte wird durch Referenzen auf Medien und Orte in die Realität geholt. Die Beziehung der Beiden wird von Anfang an von einem Soundtrack begleitet, der durch die Beschreibung der Musik, das Rezitieren der Liedtexte und den Rhythmus der Erzählung selbst bei der Lektüre förmlich hörbar wird. Der Text vermittelt das Gefühl, gemeinsam mit den Figuren durch die letzten Jahre Ost-Berlins in den Straßen zwischen Alexanderplatz und Friedrichstraße zu wandeln. Durch eine detaillierte, aufmerksame Beschreibung der Orte, an denen sich das Leben und die Liebe der Figuren vollzieht, werden diese greifbar. Nicht nur die räumliche Atmosphäre jener Zeit wird erfahrbar, sondern auch die politische. Im Text sind immer wieder Aufrufe von Aktivist:innen zitiert, die zeigen, welch ambivalentes Verhältnis das Volk zu seinem Staat Ende der 1980er Jahre hatte. Sie wollten eine Reform, durch die die DDR von einer sozialistischen Diktatur zu einem sozialistischen Staat werden sollte. Die DDR sollte zwar von Grund auf reformiert, aber nicht abgeschafft werden. Christa Wolf wird hörbar durch ein Zitat des Aufrufs „Für unser Land“ von Schreibenden der DDR:

„Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“ (S. 334)

Es wird klar, dass das Ende der DDR sich abzeichnete und Veränderung von ihren Bürger:innen verlangt wurde. Doch es wird auch klar, dass sich viele keine Angliederung an die BRD und ihre kapitalistische, neoliberale Gesellschaftsordnung vorstellen konnten oder wollten. „Kairos.“ bietet eine Perspektive auf das Ende des kommunistischen Staates, die bisher selten erzählt worden ist. Der Roman ist somit Teil der Verschiebung des heutigen Diskurses über die DDR. Er ist dabei aber keine Verklärung oder Romantisierung des real existierenden Sozialismus. Er ist vielmehr eine Schicht der Wahrheit, die auch erzählt werden muss, wenn wir uns der deutsch-deutschen Geschichte nähern wollen. Wenn wir verstehen wollen, wie es für die Menschen gewesen sein muss, den Regimewechsel eines Staats, der dem totalitären System und der Planwirtschaft der Sowjetunion nahe war, in einen durch die freie Marktwirtschaft bestimmten Staat zu erleben. Dass diese Zeit für die Menschen sich wie ein Erdbeben angefühlt haben muss, erfahren wir durch das Ende der Beziehung von Hans und Katharina. Die Trennung der Beiden versinnbildlicht die Haltlosigkeit, die sie durch den Untergang der DDR erleben.

„Manchmal, wenn Katharina allein in ihrer Wohnung ist, kann es passieren, dass sie auf einmal weinend am Türrahmen lehnt oder am Fenster, weil ihr Denken kein Ziel mehr weiß. Wo vorher eine Perspektive war, verknäult sich jetzt alles zu einem unüberschaubaren Gewirre von Möglichkeiten. Was vertraut war, ist im Verschwinden begriffen. Das gute, üble Vertraute.“ (S. 338).

Katharina erfährt im Jahr 1990 nicht nur die Bodenlosigkeit, die sich durch das Ende einer

romantischen Beziehung auflöst, sondern auch eine durch den Wegbruch der gesellschaftlichen, staatlichen Strukturen, der die Gegenwart unsicher werden lässt. Anders als das Wegbrechen einer romantischen Beziehung ist dieser Zerfall eines Staates ein unbekannter Abgrund für eine ganze Nation. Die Menschen in Katharinas und Hans' Umfeld verlieren nicht nur ihre Arbeitsplätze, sondern auch ihren Aufbruchswillen für eine selbstbestimmtere Organisation der DDR an die machtpolitische Realität, in der kein Platz für die Utopien der DDR-Bürger:innen mehr ist: „Wenn ihre Institutionen und damit ihre Arbeitsplätze den Herbst überleben sollen, müssten sie, die dazugehörigen Menschen, eine andere Vergangenheit haben als die, die sie haben, sie müssten andere sein als die, die sie sind, sie müssten werden, was sie nicht sind.“ (S. 341)

„Kairos.“ ist ein Roman, der viele verschiedene Schichten hat, der erzählt und der fragt. Er zeigt auf, woran die Menschen in scheiternden Beziehungen festhalten und woran gerade die intellektuelle Schicht in der DDR festhalten wollte. Durch den Text wird spürbar, wie die Zeit zwischen dem Untergang dieses Staates und der Eingliederung in die BRD für die Menschen ein Umbruch, ein Abbruch gewesen sein muss, der die Grundfesten des Lebens erschütterte und eine völlig neue Realität schuf. Es ist ein kluger Text, der in der literarischen Tradition der DDR viel Subtext hat, der einlädt zwischen den Zeilen zu lesen. Seine Geschichte und seine Erzählung machen deutlich, dass es immer mehrere Wahrheiten gibt. Dass bei einer Erzählung nicht auf Absolutheit bestanden werden sollte, sondern viel mehr auf den Widerspruch im Menschen und zwischen den Menschen: „Und wenn er nur Hegel glauben könnte, dass es in Wahrheit keinen Unterschied gibt zwischen einer Sache, die ist, und einer Sache, die nicht ist.“ (S. 84)

Jenny Erpenbeck 2021:

Kairos.

Penguin Verlag, München.

ISBN: 978-3-328-60085-5.

384 Seiten. 22,00 Euro.

Zitathinweis: Nane Pleger: Untergang im Untergang. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1753>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Der sichere Pfad des Reformismus



Detlef Lehnert / Christina Morina (Hg.)
Friedrich Engels und die Sozialdemokratie
Werke und Wirkungen eines Europäers

Auch wenn der Sammelband versucht, Friedrich Engels für die Sozialdemokratie zu vereinnahmen, lohnt sich die Lektüre.

Rezensiert von [Peter Nowak](#)

Schon lange wollen sozialdemokratische Theoretiker*innen Friedrich Engels zu ihrem geistigen Ahnherrn machen, der im Gegensatz zum vorgeblich utopischen und radikalen Karl Marx auf den sicheren Pfaden des Reformismus geblieben ist. Dafür werden bestimmte Texte herangezogen, die Engels nach dem Tod von Marx verfasst hat. Dort prognostizierte er einen evolutionären Übergang zum Sozialismus in bestimmten Ländern mit längerer parlamentarischer Tradition wie beispielsweise den USA oder Großbritannien. Wie weit die sozialdemokratische Vereinnahmung von Engels geht, zeigte eine Konferenz im November 2021, die unter dem Titel „Friedrich Engels und die Arbeitsfrage“ im Wuppertaler Jobcenter stattfand. Alex Struwe und Finn von Erp nannten diese Konferenz in der Wochenzeitung *Jungle World*:

„Ein Lehrstück über das, was man sozialdemokratische Ideologie nennen kann. Ihr erster Grundsatz lautet, dass die Klassengesellschaft überwunden sei. [...] Wenn zwischen Ungleichheit und Ökonomie kein Zusammenhang mehr besteht, dann wird die soziale Frage zu einer der möglichst effektiven Verwaltung.“

Die gar nicht satirisch gemeinte Konferenzparole „Engels, Denker, Macher, Wuppertaler“ zeigt, dass es hier um ein beliebiges Nebeneinander geht, aber nicht um eine politische Kontroverse.

Engels als Vordenker der EU?

Teil dieser sozialdemokratischen Engels-Vereinnahmung ist auch der im Metropol-Verlag von Detlef Lehnert und Christina Morina herausgegebene Sammelband „Friedrich Engels und die Sozialdemokratie“. Der Untertitel „Werke und Wirkungen eines Europäers“ ist ein Beispiel für eine bemüht wirkende Aktualisierung. Morina und Lehnert ziehen eine Linie vom Heidelberger Programm der SPD von 1925, in dem die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert wurde, zur EU; ohne zu kontextualisieren, dass die Formel von den Vereinten Sozialistischen Staaten von Europa auch von Trotzki oder den Bolschewiki verwendet wurde.

Wenn Lehnert und Morina ihren umfangreichen Einführungsaufsatz mit einem Zitat von Willi Brandt einleiten, in dem er 1979 zum 150. Geburtstag von Engels bekundet, diesem gegenüber „positiv voreingenommen“ (S. 9) zu sein, muss man schon befürchten, dass hier SPD-Propaganda statt Wissenschaft betrieben wird. Zumal darin auch noch der ehemalige SPD-Politiker Johannes Rau mehrmals zitiert wird, der in seiner Karriere sicherlich nicht als großer Theoretiker hervorgetreten ist. Zudem wird in der Einleitung positiv der US-Historiker Vernon L. Lidtke zitiert, der auf dieser Konferenz sagte: „Was der junge Engels über das Proletariat schrieb, war unmittelbar und lebendig, voll von Fleiß und Blut. Was der junge Marx schrieb, war Theorie und

abstraktes Denken“ (S. 14). Da ist wieder die Unterteilung in einen realistischen Engels, der sich gut für Reformkonzepte anbietet und einen utopischen Marx, mit dessen Revolutionskonzepten man keinen Staat machen kann, auch wenn es später viele versuchten und damit scheiterten.

In den Schlussbetrachtungen ihres Einleitungstextes lassen Morina und Lehnert ihre begründete kritische Distanz zu staatssozialistischen Konzepten gegenüber sozialdemokratischen Praxismodellen vermissen.

„Und tatsächlich entwickelten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Praxis mehr Geschick in der wohlorganisiert-routinierten ‚Verwaltung der Sachen‘ als in der ‚Zerschlagung‘ von Herrschaftsorganen oder der ‚Musealisierung‘ feudal- und obrigkeitsstaatlicher Staatlichkeit“ (S. 43).

Das liest sich doch eher wie eine Rechtfertigung dafür, dass die sozialdemokratische Regierung den kapitalistischen Staat verwaltete. Dass die Sozialdemokratie an der Macht den kapitalistischen Staat nicht nur verwaltete, sondern auch mit aller Gewalt gegen linke Räterevolutionär*innen und streikende Arbeiter*innen verteidigen ließ, indem sie die rechten Freikorps bewaffnete, wie nach der Novemberrevolution 1918 in Deutschland, wird dann großzügig übersehen. Wenn Lehnert und Morina Engels zum geistigen Vorgänger von Willy Brandt und dessen Motto „Links und frei“ (S. 46) machen wollen, werden die Bedenken, eine SPD-Geschichte zu schreiben, nicht ausgeräumt.

Doch trotz dieser Kritik sind die 13 Aufsätze des Buches größtenteils lesenswert. Sie sind in die drei Kapitel „Ursprünge, Grundlagen und Analysen“, „Kooperation und praktische Praxiskontexte“ und „Theoriefragen, Fortschreibungen und Rezeptionslinien“ aufgeteilt. Dass es sich überwiegend nicht um ein plattes Nachbeten von sozialdemokratischer Programmatik handelt, liegt daran, dass einige Autor*innen als kritische Linke positiv aufgefallen sind. Dazu gehört der in Leipzig lehrende Historiker Jan Gerber, der durch ideologiekritische Texte und Beiträge zur Antisemitismusforschung bekannt geworden ist. In seinen Buchbeitrag weist er alle Versuche zurück, zwischen Marx und Engels zu trennen und entweder den einen oder den anderen für spätere Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen. Der „wissenschaftliche Sozialismus“, als den Marx und Engels die gemeinsame Theorie gelegentlich bezeichneten, ging „aus einer großen Symbiose des Denkens der beiden Freunde hervor“ (S. 70), betont Gerber. Überzeugend weist er nach, dass erst durch Engels Beschreibungen des Alltags in der Textilstadt Manchester das Proletariat im Marx'schen Denken zur Industriearbeiterschaft wurde. Gerber widerspricht sich aber selbst, wenn er die Hoffnungen auf eine gesellschaftsverändernde Rolle der Arbeiter*innenschaft bei Marx und Engels nach dem Scheitern der Revolution von 1848 schwinden sieht, um dann einige Absätze später aus Texten des späten Engels zu zitieren, der sich schon wegen der großen Zahl der Proletarier*innen Hoffnungen auf ihre schnelle und unblutige Machtübernahme macht.

Schon Engels wollte Wehretat zustimmen

Der Historiker Peter Steinbach beschäftigt sich mit einigen Schriften von Engels nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848 und der Herrschaft Bismarcks. Auch er bemüht sich redlich, Engels zum Vorläufer der BRD und ihrer Verfassung zu machen: „Er hatte die Ebenen im Blick, die Ernst-Wolfgang Böckenförde (sozialdemokratischer Verfassungsrechtler, Anm. P.N.) viel später unterschied, als er die nationale, die konstitutionelle und die soziale Frage zur Verfassungsfrage bündelte.“ (S. 104)

Der Historiker Peter Brandt zerpflückt in seinen Aufsatz „Friedrich Engels und die internationale Politik“ manche Illusionen über die angeblich so antimilitaristische Politik der SPD vor 1914. „Es geht um unsere nationale Existenz und auch für uns um die Behauptung der Position und der Zukunftschancen, die wir uns erkämpft haben“ (S. 125), zitiert Brandt Engels aus einem Briefwechsel mit dem SPD-Vorsitzenden August Bebel aus dem Jahr 1891. Engels äußert in dieser

Korrespondenz die Befürchtung, dass Deutschland bei möglichen Gebietsverlusten an seine Kriegsgegner „die ihm zukommende Rolle in Europa“ (ebd.) nicht mehr spielen könne und es dann einen Revanchekrieg vorbereiten müsse. „Engels erwog 1891 im Schriftwechsel mit Bebel sogar die Möglichkeit ‚eines vorgebrachten Kriegsvorwands‘“ (ebd.). „Und mehr noch: Es könne sich die ziemlich fatale Lage ergeben, bei Kriegsgefahr den Heeresetat nicht einfach ablehnen zu können“ (S. 136), bereite Engels schon 1891 die Bewilligung der Kriegskredite argumentativ vor. Peter Brandt, Autor unter anderem bei der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* und der längst eingegangenen nationalrevolutionären Publikation *Wir selbst*, sieht diese nationalen Töne bei Engels positiv. Es ist bezeichnend, dass Brandt trotz seiner fehlenden Abgrenzung nach rechts, in einem Buch, das in der Reihe „Historische Demokratieforschung“ herausgegeben wurde, veröffentlichen kann. Man kann aber aus Brandts Aufsatz wichtige Informationen für eine antimilitaristische und antinationale Kritik an der SPD schon vor 1914 finden.

Erinnerung an Moses Hess

Das Buch endet mit einem interessanten Aufsatz von Mario Keßler vom Leibniz-Institut für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Er befasst sich mit dem Verhältnis zwischen Engels und Moses Hess, der zu den frühsozialistischen Denkern gehört und im Zionismus gewürdigt wurde. Nach der ersten Begegnung bei einem Besuch in der Redaktion der *Rheinischen Zeitung* in Köln im November 1842 klassifizierte Engels Hess als „der erste Kommunist in der Partei“ (S. 317). Während die Begegnung mit Karl Marx eher kühl verlief. Erst 1846 führten unterschiedliche Sozialismusvorstellungen zu Spannungen zwischen Marx und Engels einerseits und Hess, so dass sich deren Wege trennten. Auch später distanzierte sich allerdings Hess nicht vom Bund der Kommunisten und stand bei den Auseinandersetzungen zwischen den Bakunin-Anhänger*innen in der 1. Internationale auf Seiten von Marx und Engels. Dabei verweist Keßler auf antinationale Aspekte im Denken von Hess:

„Im Gegensatz zu Marx und Engels sah Hess den deutsch-französischen Krieg 1870/71 als reinen Aggressionskrieg Preußens. Nach dessen Sieg warnte er, dieser hässliche Raubvogel, den man in einen kaiserlichen Adler verwandelt hat“, sei das Symbol einer „Rassenherrschaft, die alle Volksfreiheit und nationale Unabhängigkeit töten und Europa um mindestens ein Jahrhundert zurückversetzen würde, wenn die europäischen Völker sich nicht verbinden, um ein für alle Mal einer Nation ein Ende zu machen, die in ihrer Altersschwäche so böse ist“ (S. 322).

So lernen wir am Schluss des Buches noch eine Stimme kennen, die schon 1871 eine linke Kritik an Deutschlands Rolle in Europa übte; eine Rolle, die Engels mit einer Zustimmung zur Wehrvorlage verteidigen wollte.

Detlef Lehnert / Christina Morina (Hg.) 2020:

Friedrich Engels und die Sozialdemokratie. Werke und Wirkungen eines Europäers.

Metropol Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-86331-554-2.

335 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Der sichere Pfad des Reformismus. Erschienen in: Pandemisches Zeitalter. 63/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1758>. Abgerufen am: 12. 04. 2022 13:10.

Lizenzhinweise

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.